Afrika-Europa
Stärker zusammen

Jahrbuch der Deutschen Afrika Stiftung 2021 | 2022

Die Deutsche Afrika Stiftung e.V. (DAS) ist eine überparteiliche Stiftung, die sich für die erfolgreiche Umsetzung der afrikapolitischen Leitlinien der deutschen Bundesregierung einsetzt. Als Vermittlerin bieten wir eine Plattform für den partnerschaftlichen Austausch zwischen deutschen und afrikanischen Akteuren und stärken so die Zusammenarbeit mit den Staaten und Institutionen unseres Nachbarkontinents. Eine unserer Kernaufgaben ist zudem die Vermittlung eines differenzierten Afrikabildes in der deutschen Öffentlichkeit. Seit 1993 verleihen wir jährlich den Deutschen Afrika-Preis, mit dem wir herausragende Persönlichkeiten unseres Nachbarkontinents auszeichnen.

Editorial

Am 9. Juli 2022 feierte die Afrikanische Union, die 2002 in Durban als Nachfolgerin der Organisation für Afrikanische Einheit gegründet wurde, um Afrikas gesellschaftliche, soziale und wirtschaftliche Entwicklung in Selbstverantwortung und Selbstbestimmung vorantreiben, ihr zwanzigjähriges Bestehen. In Deutschland wurde dieses Jubiläum wenig beachtetet. Aufgrund der tiefgreifenden Krisen, in der sich Europa und andere Regionen der Welt derzeit befinden, war der Blick auf dieses Ereignis leider verstellt. Die schwerwiegenden Folgen der Corona-Pandemie waren noch nicht ausgestanden, da wurde durch den völkerrechtswidrigen Überfall Russlands auf die Ukraine die bisherige Friedensordnung in Europa über den Haufen geworfen. Krieg und Sanktionen behindern seither Handel, Lieferketten sowie Produktion und gefährden sowohl Arbeitsplätze als auch die Versorgung von Menschen, gerade in afrikanischen Getreideimportländern.

Die Deutsche Afrika Stiftung (DAS) hat trotz aller Schwierigkeiten versucht, ihrem Auftrag nachzukommen und konnte in vielfältiger Weise in digitalen Dialogveranstaltungen verschiedenste Themen aufgreifen und Begegnungen zwischen deutschen und afrikanischen Gästen auch wieder in Präsenz durch führen. In diesem Jahrbuch werden diese Themen, die uns aktuell beschäftigen und die uns in den letzten zwölf Monaten begleitet haben, aufgegriffen.

Besonders hervorheben möchte ich hier, dass die seit 2020 wegen der Pandemie mehrfach verschobene Verleihung des Ehrenpreises an die namibische Journalistin Gwen Lister im Juni 2022 nachgeholt werden konnte. Zuvor konnte der Deutsche Afrika-Preis 2021, der an den äthiopischen Menschenrechtler Dr. Daniel Bekele für seinen jahrzehntelangen Einsatz für die Einhaltung der Menschenrechte verliehen wurde, aus diesen Gründen nur im kleinen Kreise übergeben werden. Besonderer Dank gebührt Alt-Bundespräsident Joachim Gauck, der in seiner Festrede wegweisende Worte auf dem Hintergrund seines eigenen Einsatzes für die Menschenrechte unter dem autoritären Regime in der DDR fand.

Auch der unfreiwillig ausgesetzte Sommerempfang zu Ehren der afrikanischen Botschafterinnen und Botschafter konnte wieder durchgeführt werden. Die DAS, zusammen mit dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK), empfing die Gäste in den Räumlichkeiten des DIHK und ermöglichte eine offene Gesprächsatmosphäre, in der die Ergebnisse des G7-Gipfels im Hinblick auf die Kooperation mit Afrika dargelegt und teilweise kontrovers diskutiert wurden.

Deutschland und die Europäische Union sind spätestens aufgrund der veränderten geopolitischen Lage zu einer Neujustierung ihrer Außenpolitik gezwungen. Die Abstimmung in der UN-Generalversammlung im vergangenen März zum Russlandkrieg in der Ukraine sollte als Weckruf verstanden werden. Dass afrikanische Staaten auf die Kooperation mit Europa nicht mehr angewiesen sind, zeichnet sich schon lange ab. Uns allen muss aber klar sein, dass globale Probleme nur in Kooperation mit afrikanischen Partnern, die rund 30 Prozent der Stimmen bei der UNO stellen, gelöst werden können.

Für die Deutsche Afrika Stiftung macht die gegenwärtige Situation mit sich überlappenden Krisen verstärkt deutlich, dass die globalen Herausforderungen nur durch gegenseitiges Verständnis für unterschiedliche Blickwinkel und über internationale Kooperation auf der Basis des gegenseitigen Respekts gemeistert werden können. Dies setzt interessiertes Zuhören und neugieriges Lernen von Sichtweisen der anderen Seite voraus. Als DAS sehen wir es als unsere Aufgabe, dieses neugierige Lernen zu fördern und den Dialog zu stärken. Eine Intensivierung der deutsch-afrikanischen Beziehungen und eine ehrliche respektvolle Gestaltung von Kontakten zwischen Entscheidungsträgern und Bürgern in Deutschland und Bürgern in afrikanischen Staaten ist aus unserer Sicht unabdingbar.

Dr. Uschi Eid
Präsidentin

3 *Editorial*

6 *Gegenseitige Inspiration ist der Weg aus der Krise*
Grußwort von Bundespräsident a.D. Joachim Gauck

8 *Wenn das Haus brennt, müssen alle löschen*
Grundsatzrede von S.E. Lazarus Chakwera, Präsident der Republik Malawi

Neue deutsche Afrikapolitik

10 *Attraktivere Angebote machen*
Die neuen Leitlinien der Bundesregierung

12 *Afrikas Entwicklung darf nicht behindert werden*
S.E. Dr. Sall, Botschafter der Republik Senegal

14 *Eine neue Afrikapolitik für das 21. Jahrhundert*
Kommentar von Prof. Dr. Horst Köhler, Bundespräsident a.D. und Dr. Uschi Eid

16 *Das Potential der afrikanischen Diaspora wird noch nicht ausgeschöpft*
Anregungen von Alhaji Allie Bangura

18 *„Es waren turbulente Jahre“*
Interview mit dem ehemaligen Afrika-Beauftragten des Auswärtigen Amtes Robert Dölger

Der Deutsche Afrika-Preis 2021

22 *Starkes Rückgrat und langer Atem*
Laudatio von Claus Stäcker

24 *Fotogalerie Preisverleihung*

28 *Äthiopien durchlebt eine schwere Krise*
Interview mit Dr. Daniel Bekele, Preisträger des Deutschen Afrika-Preises 2021

31 *Lebenslanger Einsatz für die Menschenrechte*
Rede von Dr. Uschi Eid, Präsidentin der Deutschen Afrika Stiftung

32 *Traumata einer ganzen Generation lindern*
Länderporträt Äthiopien

Afrika und Europa

34 *Eine neue Partnerschaft für strategische Autonomie*
Die Ergebnisse des EU/AU-Gipfels

36 *Vertrauensprobe Pandemie*
Covid19 und die Folgen

38 *Energiediplomatie als Win-win-Situation*
Der Green Deal der Europäischen Union

40 *Der Klimawandel in Afrika*
Infografik

Frieden und Sicherheit

42 *Mali braucht einen neuen Gesellschaftsvertrag*
Eine Analyse von Dr. Christoph Hoffmann, MdB

44 *Ukraine-Krieg: Blockfreiheit, die beste Wahl?*
Afrikas Positionen bei den Vereinten Nationen

46 *Ukraine-Krieg: Die wirtschaftlichen Folgen für Afrika*
Eine Analyse von Prof. Dr. Tobias Heidland

48 *Der Ukraine-Krieg und Afrika auf einen Blick*
Infografik

Wirtschaft und Entwicklung

50 *Mut zu neuen Partnerschaften*
Sommerempfang zu Ehren des afrikanischen Diplomatischen Corps

52 *Diplomatie von Mensch zu Mensch*
I.E. Masire-Mwamba, Botschafterin der Republik Botsuana

54 *Mehr Handel und Auslandsinvestitionen in Afrika*
Analyse von Prof. Dr. Heidland und Prof. Dr. Thiele

56 *Gemeinsam aus der Schuldenkrise*
Was Afrika und Europa jetzt tun müssen

Kultur und Medien

58 *Der Prozess war sogar anregend für meine Arbeit*
Interview mit der Schriftstellerin und Filmemacherin Tsitsi Dangarembga

64 *Die deutsch-afrikanische Problemlöserin*
Die Journalistin Ruth Weiss im Porträt

68 *Ehrenpreis für die Journalistin Gwen Lister*
Rede von Präsidentin Dr. Uschi Eid

70 *Pressefreiheit als Investition in die Zukunft*
Ein Essay von Gwen Lister

Blick zurück

72 *Afrikas Quälgeist für Frieden und Versöhnung*
Ein Nachruf auf Desmond Tutu

74 *Ein Repräsentant der Hoffnung Afrikas*
Ein Nachruf auf Maitre Yawovi Agboyibo

Die Deutsche Afrika Stiftung

76 *Über uns*

77 *Vorstand, Team & Kuratorium*

78 *Impressum*

© J. Denzel | S. Kugler

Gegenseitige Inspiration ist der Weg aus der Krise

Grußwort von Bundespräsident a.D. Joachim Gauck

Wenn wir aus Deutschland und Europa auf unseren Nachbarkontinent im Süden schauen, ist unsere Wahrnehmung vielfach geprägt von aktuellen politischen Debatten. Afrika wird pauschal zu einem „Kontinent der Chancen" erklärt, zu einem „Kontinent der Krisen" oder gar zum „verlorenen Kontinent". Diese Charakterisierungen werden den Lebensrealitäten der 1,4 Milliarden Menschen, die in Afrika leben, kaum gerecht.

Wer sich bemüht etwas genauer hinzuschauen, sieht die Vielfalt von 54 unterschiedlichen Staaten, unzähligen Ethnien, kulturellen und politischen Reichtum. Diese differenzierte Betrachtungsweise macht auch deutlich: Es existieren teilweise gegenläufige Entwicklungen in unterschiedlichen Regionen Afrikas, die im Widerspruch zu der Erwartung von Eindeutigkeit stehen. Da ist es naheliegend, die in Deutschland vorhandene afrikapolitische Expertise von Fachleuten in Anspruch zu nehmen.

Seit über 44 Jahren leistet die Deutsche Afrika Stiftung einen unentbehrlichen Beitrag zu einem tiefergehenden Verständnis des afrikanischen Kontinents. Wesentlich ist dabei die Kommunikation von politischen, wirtschaftlichen, kulturellen oder wissenschaftlichen Themen mit Afrikabezug in den parlamentarischen Raum und darüber hinaus. So kommen in Deutschland afrikanische Stimmen zu Wort, bei denen das Zuhören lohnt – im besten Fall mit einer Haltung der Offenheit und der Bereitschaft für echten Austausch.

Die Ehrung herausragender Persönlichkeiten unseres Nachbarkontinents trägt in besonderer Weise zu einem differenzierten Afrikabild in Deutschland bei. Dies gilt auch für die Verleihung des Deutschen Afrika-Preises 2021 an den Leiter der äthiopischen Menschenrechtskommission, Dr. Daniel Bekele, an der ich im vergangenen Jahr teilnehmen durfte. Auf Äthiopien und seinen Premierminister Abiy Ahmed wurden in der Vergangenheit zahlreiche hoffnungsvolle Erwartungen projiziert. Nun herrscht nur wenige Jahre nach der Verleihung des Friedensnobelpreises an den Regierungschef ein blutiger Bürgerkrieg im Norden des Landes. Die Dokumentation und Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen aller Beteiligten ist jetzt umso wichtiger.

„In Äthiopien ist die Dokumentation und Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen aller Beteiligten jetzt umso wichtiger."

Die Erkenntnis, dass die Schicksale von Europa und Afrika eng miteinander verwoben sind, ist in Deutschland zu einer Binsenweisheit geworden. Und die Bedeutung der deutsch-afrikanischen Beziehungen nimmt seit vielen Jahren spürbar zu. Dabei wird die Tagesordnung zunehmend von globalen Fragen bestimmt. Neben den Auswirkungen der Klimakrise und der immer noch grassierenden Corona-Pandemie haben die Folgen des völkerrechtswidrigen Angriffskriegs Russlands gegen die Ukraine zusätzliche Herausforderungen geschaffen. Die Unterbrechung der Lieferketten für Getreide und Düngemittel sowie steigende Lebensmittelpreise führen in einigen Ländern schon jetzt zu Ernährungskrisen.

Gleichzeitig ergeben sich neue politische Fragen – etwa durch das Stimmverhalten verschiedener afrikanischer Länder zur Verurteilung der Invasion Russlands. Der Systemwettbewerb zwischen den liberalen Demokratien Europas und autokratischen Staaten zeigt sich auch in den unterschiedlichen Kooperationsangeboten in Afrika. Sicher ist: Tragfähige Antworten können nur durch mehr Beschäftigung und mehr Aufmerksamkeit für afrikanische Länder und Stimmen in Deutschland gefunden werden.

Gegenseitige Inspiration – dieses Anliegen hatte bereits der berühmte senegalesische Philosoph und Staatsmann Léopold Sédar Senghor, der im Zweiten Weltkrieg als französischer Soldat in deutsche Kriegsgefangenschaft kam und später die deutsche Literatur entdeckte. Diese gegenseitige Inspiration kann uns bei der Bewältigung der vielfältigen Aufgaben, die unsere Gegenwart prägen, dienlich sein. Ich bin der Deutschen Afrika Stiftung dankbar, dass sie der Inspiration weiter engagiert zur Entfaltung verhilft.

Wenn das Haus brennt, müssen alle löschen

Rede von Lazarus Chakwera, Präsident der Republik Malawi, während der Veranstaltung „Africa's Role for the Future of Multillaterism" am 1. November 2021

Sehr geehrte Delegierte, meine Damen und Herren,

jede Nation der Erde steht vor Herausforderungen. Herausforderungen, die in ihrem Kontext einzigartig sind und sich aus ihrer einzigartigen Kultur, Geschichte, Geographie und Wirtschaft ergeben. Malawi etwa steht vor besonderen Herausforderungen, weil wir verglichen mit unseren Nachbarländern Sambia, Tansania und Mosambik ein kleines Land sind. Auch steht Malawi vor besonderen Herausforderungen aufgrund seiner Kolonialgeschichte, der Subsahara-Lage, des Klimas und der Kultur der Gemeinschaft.

Aufgrund dieses einzigartigen Erbes, das Malawi zuteil wurde, sind wir darauf bedacht, die Probleme Malawis mit einzigartigen Lösungen anzugehen, die in unserem Land entstanden sind und unserem besonderen Kontext Rechnung tragen. Ich bin sicher, dass dies auch für Ihr Land gilt. Ganz gleich, ob es sich um ein Land in Amerika, Europa, Asien oder irgendwo in Afrika handelt.

Doch irgendwann kommt der Zeitpunkt, an dem die ganze Welt vor einer Herausforderung steht, die nicht auf ein Land beschränkt ist. Es kommt eine Zeit, in der die ganze Welt zusammenkommen muss, um sich einem gemeinsamen Feind zu stellen. Es kommt eine Zeit, in der jeder von uns seine gemeinsame Menschlichkeit höher einschätzen muss als seine ungewöhnliche Nationalität. Ich glaube, dass eine solche Zeit gekommen ist. Wir leben in einer Zeit, in der wir als globale Gemeinschaft vor mindestens drei Herausforderungen stehen, die wir gemeinsam bewältigen müssen.

Die erste dieser Herausforderungen, die nur multilateral angegangen werden kann, ist der Klimawandel, der eine existenzielle Bedrohung für unser Überleben und die Bewohnbarkeit dieses Planeten darstellt. Die zweite Herausforderung, die nur multilateral angegangen werden kann, ist die Covid19-Pandemie, die alle Teile der Welt auf schmerzhafte Weise getroffen hat, die wir nie vergessen werden. Und die dritte Herausforderung, die nur multilateral angegangen werden kann, ist die wirtschaftliche Ungleichheit mit ihrer Ausbreitung der Armut im globalen Süden und in den ländlichen Teilen der Welt, die zu einer massenhaften und unhaltbaren Migration von Millionen von Betroffenen in den globalen Norden und in die städtischen Zentren führt.

Dringend notwendige Reformen

Die Realität dieser Herausforderungen ist, dass es sich um Probleme handelt, die wir nur lösen können, wenn alle mit anpacken. Wenn ganz Afrika und die Karibik keine Kohlenstoffemissionen haben, Nordamerika und China aber weiterhin die Liste der Umweltverschmutzer anführen, werden Afrika und die Karibik von den negativen Auswirkungen des Klimawandels nicht verschont bleiben. Aufgrund ihrer wirtschaftlichen und geografischen Nachteile werden sie am Ende sogar die Hauptlast zu tragen haben.

Und wenn Deutschland alle seine Bürger impft, aber nichts unternimmt, um Afrika zu impfen, wird die Pandemie auch Deutschland nicht vor neuen Mutationen des Virus verschonen, die von Afrika ausgehen könnten. Diese Herausforderungen müssen mit allen Händen an Deck angegangen werden. Wenn Ihr Bett unordentlich ist, können und müssen Sie es allein machen. Aber wenn Ihr ganzes Haus brennt, müssen alle Familienmitglieder und alle Nachbarn einen Eimer holen.

Multilateralismus ist der einzige Weg zur Bewältigung globaler Herausforderungen. Aus diesem Grund besteht die größte Notwendigkeit dieser Stunde in der Reform multilateraler Institutionen wie der Entwicklungsgemeinschaft des Südlichen Afrika, der ich derzeit vorsitze, der Afrikanischen Union (AU) und vor allem der Vereinten Nationen. Die wichtigsten Reformen, die in diesen Foren erforderlich sind, betreffen die Einbeziehung der Regierungsführung und den Zugang zu Ressourcen für unterentwickelte Länder wie die in Afrika.

Afrika besitzt eine tiefe Weisheit

Europa hat sich einst um Afrika gerissen, weil es glaubte, es bräuchte vor allem Afrikas Land, Wasser und Sklaven. Heute bemühen sich Asien und Amerika um Afrika, weil sie glauben, dass sie vor allem Afrikas Stimmen bei den Vereinten Nationen und Afrikas natürliche Ressourcen brauchen. Aber der Reichtum Afrikas liegt mehr in dem, was es ist, als in dem, was es hat. In Afrika gibt es eine tiefe Weisheit, eine Liebe zu Frieden und Koexistenz, eine Widerstandsfähigkeit angesichts von Verlusten und eine Solidarität mit den Mitmenschen, die die Weltgemeinschaft dringend braucht. Die Wahrheit ist also, dass das, was die Weltgemeinschaft am meisten von Afrika braucht, seine tiefe Hingabe an die Menschlichkeit ist, die es den Afrikanern ermöglicht, die Welt zu betrachten und keinen Feind zu sehen, den es zu vernichten, und kein Land, das es zu erobern gilt. Alles, was wir in der Welt sehen, sind längst verlorene Mitglieder unserer Menschheitsfamilie.

Ich behaupte daher, dass die Welt ihre schwindende Menschlichkeit niemals wiederfinden wird, wenn die Afrikaner nicht mit am Tisch sitzen. Afrika muss auf allen Ebenen der Institutionen wie der UNO, der Weltbank, des Internationalen Währungsfonds, der Weltgesundheitsorganisation und der Welthandelsorganisation an der Regierungsführung beteiligt sein und man muss darauf vertrauen, dass es Reformen anführt, die darauf abzielen, Politiken und Vorschriften zu schaffen, die alle menschlichen Gesellschaften zum Blühen bringen und niemanden zurücklassen.

Der erste Tag im November ist auch der erste Tag der UN-Klimakonferenz in Glasgow (COP 26). Die ganze Welt ist in Glasgow, um den Klimawandel zu bekämpfen, der uns alle betrifft. Dies ist ein Schritt in die richtige Richtung. Ein weiterer Schritt besteht darin, dafür zu sorgen, dass die Stimme Afrikas auf allen multilateralen Foren, wie der COP 26, besonders stark gehört wird. Denn Afrika weiß, wie man zuhört und wie man Weisheit und Freundschaft auf allen Seiten findet und sicherstellt, dass Afrika die Zukunft des Multilateralismus ist.

Diese Rede hielt Präsident Chakwera virtuell während der von der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Deutschen Afrika Stiftung organisierten Veranstaltung „Africa's Role for the Future of Multillaterism" am 1. November 2021.

Lazarus Chakwera ist führendes Mitglied der Malawi Congress Party, Theologe und seit dem 28. Juni 2020 Staatspräsident Malawis.

Foto: © picture alliance

KONRAD ADENAUER STIFTUNG

Wir müssen Afrika ein attraktiveres Angebot machen

Katja Keul

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine ist für Deutschland und Europa der größte sicherheitspolitische Einschnitt seit Ende des Kalten Krieges. Er verändert die Grundbedingungen unserer Außenpolitik. Das betrifft auch unsere Afrikapolitik. Diese verliert in der aktuellen Lage nicht an Bedeutung. Im Gegenteil: Sie wird noch wichtiger. Denn die Sicherheit und Stabilität von Afrika und Europa hängen eng miteinander zusammen.

Einerseits sind mittlerweile 21 Prozent der Bevölkerung in Afrika von Unterernährung bedroht. Grund hierfür sind insbesondere der Klimawandel, aber aktuell auch die wegfallenden Getreideexporte aus der Ukraine. Besonders betroffen sind der Sahel, das Tschadseebecken und das Horn von Afrika. Hier gilt es, unserer humanitären Verpflichtung gerecht zu werden und diese nicht wegen des Krieges in Europa aus den Augen zu verlieren.

Andererseits lehnen es viele unserer afrikanischen Partner ab, sich angesichts des russischen Angriffskrieges politisch klar zu positionieren. Bei beiden Abstimmungen in der UN-Generalversammlung zur Verurteilung des russischen Angriffs hat sich etwa die Hälfte der afrikanischen Staaten enthalten, was zu Enttäuschungen in Europa geführt hat. Aus unserer Sicht sollten doch alle Länder ein Interesse daran haben, die Grundprinzipien des Völkerrechts zu bewahren. Kein afrikanischer Staat kann eine neue Weltordnung wollen, in der ein mächtiger Nachbar die eigenen Grenzen oder Existenzberechtigung infrage stellt.

Das Bedürfnis sich nicht klar zu positionieren und den Aggressor klar zu verurteilen hat vielfältige Ursachen. Afrikanische Staaten haben eigene sicherheits- und wirtschaftspolitische Interessen.

Für uns heißt das: Wir müssen unsere Werte selbstbewusst vertreten, aber ohne in alte Formen von Paternalismus zu verfallen. Wir wollen niemandem die Welt erklären. Aber es ist klar, dass wir mit Ländern, die unsere Werte teilen, enger zusammenarbeiten als mit anderen. Auch in Afrika werden wir deshalb unsere Kooperation besonders mit demokratischen Staaten ausbauen.

Wenn wir eine verstärkte Partnerschaft mit Afrika wollen, müssen wir aber auch ein attraktives Angebot machen und unser Engagement auch besser als bisher kommunizieren. Afrikanische Staaten können in dieser neuen multipolaren Welt zwischen mehreren Partnern wählen. Viele Akteure werben sehr offensiv um Einfluss und Unterstützung auf dem afrikanischen Kontinent. Seit dem 24. Februar hat sich dieses Werben noch einmal intensiviert und wird besonders von Russland und China durch Propaganda und Desinformationskampagnen flankiert.

Es gibt viele Bereiche, in denen Afrika und Europa gleichermaßen von einer verstärkten Zusammenarbeit profitieren können. Hierzu gehört die Zusammenarbeit bei Energie und Klima. Wir sehen, wie abhängig Deutschland von einer stabilen und verlässlichen Energieversorgung ist, um Wohlstand zu schaffen und zu bewahren. Die einseitige Abhängigkeit von einem Lieferanten hat sich als Fehler erwiesen. Gleichzeitig müssen wir unsere Energieversorgung so schnell wie möglich umbauen, um den Klimawandel bewältigen zu können. In beiden Bereichen können Europa und Afrika von einer engeren Zusammenarbeit profitieren.

Besonders für Solarenergie und grünen Wasserstoff sind die Voraussetzungen in Afrika hervorragend. Wir wollen mit afrikanischen Ländern in den kommenden Jahren deshalb erstens verstärkt beim Ausbau der erneuerbaren Energien zusammenarbeiten. Mit Südafrika haben wir bereits eine umfassende Partnerschaft vereinbart. Bereits bestehende Energiepartnerschaften mit Algerien, Angola und Nigeria bauen wir gerade mit einem Schwerpunkt auf Wasserstoff aus. Wichtig bei alldem ist, dass wir nicht neue Abhängigkeiten schaffen. Es geht daher nicht nur um Energieexporte, sondern auch um die Energieversorgung in Afrika selbst. Angesichts von 600 Millionen Menschen in Afrika ohne gesicherten Stromzugang ist das eine zentrale Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung.

Zweitens sollten wir unsere Zusammenarbeit in den Bereichen Ernährungssicherheit und Gesundheit ausbauen. Das sind

Themen, die für afrikanische Staaten höchste Priorität haben und bei denen wir als Europäer viel anbieten können. In der aktuellen Situation geht es darum, die Mittel für humanitäre Hilfe und die internationalen Ernährungsprogramme aufzustocken. Das war ein wichtiges Ziel des G7-Gipfels in Elmau sowie der von Außenministerin Annalena Baerbock initiierten Ministerkonferenz „Uniting for Global Food Security" Ende Juni 2022. Mittel- bis langfristig müssen die Agrarsysteme in Afrika aber auch durch den Ausbau lokaler Produktionskapazitäten sowohl für Lebensmittel als auch für Düngemittel gestärkt werden.

Daneben müssen wir die Zusammenarbeit bei der Pandemiebekämpfung und der Produktion von Impfstoffen ausbauen. Nur ein Prozent der in Afrika verwendeten Impfstoffe werden auch vor Ort hergestellt. Ähnlich sieht es bei Masken und medizinischen Geräten aus. Europa kann dabei helfen, das zu ändern. Es war wichtig, dass es eine Einigung in der Welthandelsorganisation gegeben hat, die eine befristete Aufhebung von Patenten für Corona-Impfstoffe ermöglicht. Auch europäische Pharma-Unternehmen engagieren sich zunehmend in Afrika. Ende Juni 2022 wurde der Grundstein für die erste Impfstofffabrik von BioNTech in Ruanda gelegt. Bereits Ende des Jahres soll die Produktion von Corona-Impfstoff beginnen. Zukünftig sollen Impfstoffe gegen Tuberkulose und Malaria hinzukommen. Auch in Senegal und Südafrika sind BioNTech-Anlagen geplant. Die Bundesregierung unterstützt den Aufbau der Impfstoffproduktion in Afrika mit über 530 Millionen Euro.

Drittens möchten wir die Wirtschaftsbeziehungen zwischen Europa und Afrika deutlich ausbauen. Der afrikanische Bedarf an Infrastruktur und Investitionen ist hoch. Für die Erreichung der UN-Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 müssen laut IWF über 500 Milliarden US-Dollar in den Ländern südlich der Sahara investiert werden. Als ich den Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier nach Senegal begleitete, erzählte uns Präsident Macky Sall von seiner Vision: Eines Tages sollte man ganz Afrika mit Hochgeschwindigkeitszügen durchqueren können. Beim G7-Gipfel haben wir die „Partnership for Global Infrastructure and Investment" (PGII) gegründet. Damit können genau solche Projekte gefördert werden. Bis 2027 sollen bis zu 600 Milliarden US-Dollar an öffentlichen und privaten Mitteln für Infrastrukturprojekte weltweit investiert werden. Mehr als die Hälfte dieser Summe werden wir im Rahmen der Europäischen Union über die EU-Konnektivitätsstrategie „Global Gateway" aufbringen. 150 Milliarden Euro sind dabei nur für die Zusammenarbeit mit Afrika reserviert.

Europa und Afrika verbindet viel: einerseits eine leidvolle Kolonialgeschichte, die unsere Kontinente noch heute prägt, aber auch über 60 Jahre Partnerschaft in der Entwicklungszusammenarbeit, enge Wirtschaftsbeziehungen, kultureller Austausch und die privaten Bindungen unzähliger Menschen. Gerade diesen menschlichen Austausch gilt es weiter zu fördern: durch die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik, durch Stipendien- und Austauschprogramme, durch die weitere Aufarbeitung der Kolonialzeit, aber auch durch mehr legale Migrationsmöglichkeiten zwischen Europa und Afrika. Das ist nicht nur wirtschaftlich sinnvoll. Es ist auch eine große Chance, alte Stereotype abzubauen, Rassismus zu bekämpfen und eine gleichberechtige Partnerschaft im 21. Jahrhundert zu verwirklichen.

Mehr Zusammenarbeit mit Afrika ist kein „nice to have". Es ist eine entscheidende Stellschraube für Frieden, Klimaschutz und Wohlstand in beiden Kontinenten. Heute mehr denn je.

Katja Keul (Bündnis 90/Die Grünen) ist seit 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages und seit Dezember 2021 Staatsministerin für Internationale Kulturpolitik im Auswärtigen Amt.

Foto: © Bündnis 90/Die Grünen im Bundestag, Kaminski

Afrikas Entwicklung darf nicht behindert werden

S.E. Dr. Cheikh Tidiane Sall

In den letzten zehn Jahren gab es ein wachsendes Interesse und eine fast beispiellose Offenheit der deutschen Regierung gegenüber dem afrikanischen Kontinent. Dies hat sich in Afrika-Initiativen wie „Compact with Africa", Marshallplan mit Afrika und die Initiative „Pro! Afrika" niedergeschlagen. Das interministerielle Eckpunktepapier „Wirtschaftliche Entwicklung Afrikas" empfiehlt, die Finanzierungsstruktur afrikanischer Länder zu verbessern und sich für die Förderung des deutschen Außenhandels einzusetzen. Die Leitlinien „Vertiefte Partnerschaft mit Afrika" des Auswärtigen Amtes, des Entwicklungsinvestitionsfonds des Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) verfolgen das gleiche Ziel. Die „Afrikastrategie" des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) schließlich möchte Karrieremöglichkeiten im Bildungs- und Wissenschaftsbereich fördern.

All diese Maßnahmen zeigen, wie wichtig die deutsch-afrikanische Zusammenarbeit geworden ist, oder zumindest den festen Willen Berlins, eine privilegierte Beziehung mit dem Kontinent aufzubauen. Die jüngste Afrikareise von Bundeskanzler Olaf Scholz weniger als sechs Monate nach seiner Amtseinführung als Regierungschef ist ein weiterer Schritt in diese Richtung.

Zwar ist zu hoffen, dass die Blüten dieser Initiativen und Maßnahmen auch Früchte tragen, denn kein Baum hat Früchte getragen, ohne vorher Blüten gehabt zu haben, um ein Sprichwort der Elfenbeinküste zu zitieren. Doch wäre es für Berlin hilfreich, folgende Aspekten stärker zu berücksichtigen:

1. Einbeziehung Afrikas und zügige Umsetzung der Initiativen

Senegals Präsident Macky Sall bekräftigte auf dem EU/AU-Gipfel im Februar 2022, dass „Afrika mit Europa eine überdachte, erneuerte und neu begründete Partnerschaft vereinbaren möchte". Eine große Herausforderung bleibt aber die Umsetzung, die „den Test für die Aufrichtigkeit unserer Verpflichtungen und die Wirksamkeit unserer Maßnahmen" darstellt.

Afrika erwartet daher mit großem Interesse die Umsetzung des Global Gateway der EU und Berlin könnte dabei eine entscheidende Rolle spielen. Deutschland, das

← Senegals Präsident Macky Sall und Bundeskanzler Olaf Scholz beim G7-Gipfel im bayerischen Elmau

für seinen Pragmatismus bekannt ist, muss weiterhin als Lokomotive für die Umsetzung sowohl seiner eigenen Initiativen als auch der im Rahmen der EU/AU-Kooperation ergriffenen Initiativen dienen, genauso wie es eines der großen und effizienten Zugpferde der europäischen Integration war. Eine der größten Schwächen der europäisch-afrikanischen Partnerschaft liegt in der Tat in der unverständlichen Langsamkeit in der Umsetzung von Projekten und Programmen.

Des Weiteren muss Inklusivität zentrales Ziel des gesamten Prozesses bleiben. Dafür brauchen wir eine stärkere vor- und nachgelagerte Abstimmung mit den Strukturen der Zielländer, angefangen bei ihren in Berlin ansässigen Botschaften, die viel dazu beitragen könnten, den Erwartungen der begünstigten Bevölkerung besser gerecht zu werden.

In diesem Sinne ist die Entscheidung von Bundeskanzler Olaf Scholz zu begrüßen, Länder wie Senegal und Südafrika zum G7-Gipfel im Juni 2022 nach Elmau einzuladen. Seine Beobachtungen nach der Afrikareise im Mai 2022 gehen in dieselbe Richtung: Deutschland und alle Länder mit einer kolonialen Vergangenheit müsse „sehr ehrlich sein und zugeben, dass diese Vergangenheit Teil ihrer Geschichte ist und dass sie für die Verbesserung der Beziehungen zu den Ländern (...) in Afrika verantwortlich sind." Er fügte hinzu, dass die „Welt in den nächsten Jahrzehnten viele, sehr einflussreiche Länder haben wird, die nicht nur aus Russland, China, den USA und Europa bestehen werden."

2. Bessere Beteiligung Afrikas in den globalen Entscheidungsgremien

Es ist bekannt, dass Afrika in den Entscheidungsgremien unterrepräsentiert oder gar völlig abwesend ist. Die multilaterale Welt, die wir anstreben, kann ohne Afrika nicht verwirklicht werden. 50 Prozent der Themen auf der Tagesordnung des Sicherheitsrats und 70 Prozent der Themen in Kapitel VII der UN-Charta betreffen Afrika, und doch ist keines der 54 afrikanischen Länder ständiges Mitglied. Die G20 entscheidet in ihren Reihen für Afrika, mit Südafrika als einzigem afrikanischen Mitgliedsland.

Präsident Sall rief dazu auf, einen „solidarischeren Multilateralismus aufzubauen, der unsere Unterschiede und unsere gemeinsamen Werte respektiert". Er fuhr fort: „Die Tragödien des 20. Jahrhunderts und die aktuellen Ereignisse auf der ganzen Welt spiegeln die Gefahren (...) zersplitterter Ansätze und einer Politik des Gewinnens und Verlierens wider."

> *„Ein solidarischer Multilateralismus, der Unterschiede und gemeinsame Werte respektiert."*

Deutschland, Mitglied der G20 und der G7, ist heute einer der bevorzugten Gesprächspartner. Daher hat der Senegal, der aktuell den Vorsitz der Afrikanischen Union innehat, Berlin um Unterstützung für den Beitritt des panafrikanischen Gremiums zur G20 gebeten.

3. Energiewende

Das Engagement Deutschlands für Umweltfragen und den Klimawandel ist bekannt. Der afrikanische Kontinent unterstützt seinerseits das Pariser Klimaabkommen. So hat der Senegal über 30 Prozent seiner installierten Stromkapazitäten mit erneuerbaren Energien ausgestattet. Außerdem führt Afrika seit zehn Jahren die Initiative der „Great Green Wall" durch, die elf Länder der Sahel-Sahara-Zone von Senegal im Westen bis Dschibuti im Osten umfasst.

Von einem führenden Land wie Deutschland wird heute erwartet, dass es weiterhin mit gutem Beispiel vorangeht und auf das Ziel hinarbeitet, jährlich 100 Milliarden US-Dollar zu mobilisieren, um die Anpassungsbemühungen der Entwicklungsländer zu unterstützen und sich für eine gerechte und ausgewogene Energiewende einzusetzen.

Hinzu kommt, dass die Entscheidung der G7, die Finanzierung von fossilen Energieträgern einzustellen, selbst wenn sie wenig umweltschädlich sind wie Gas, in Afrika als „ein großes Hindernis für den Entwicklungsprozess und eine große Ungerechtigkeit gegenüber mehr als 600 Millionen Afrikanern, die immer noch ohne Strom leben" angesehen wird. Zur gleichen Zeit nutzen Industrieländer weiterhin weitaus umweltschädlichere Quellen wie Kohle. Die Industrialisierung Afrikas und der Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit setzen unweigerlich eine verfügbare, stabile, kontinuierliche und erschwingliche Energie voraus, die nicht allein durch erneuerbare Energien bereitgestellt werden kann.

Der Krieg in der Ukraine und die Pandemie haben gezeigt, dass die Industriestaaten, sofern sie es wollen, durchaus in der Lage sind, sich an ein Umfeld anzupassen, in dem Entscheidungen getroffen werden müssen, die nicht im Einklang mit den Verpflichtungen stehen, die sie auf gemeinschaftlicher und internationaler Ebene eingegangen sind.

Der afrikanische Kontinent wünscht sich, dass seine Entwicklung nicht durch überholte Regeln behindert wird. Länder wie Deutschland können dabei einen grossen Beitrag leisten. Unsere Länder brauchen Deutschland. Unsere Bevölkerungen vertrauen Deutschland, um andere Herausforderungen zu bewältigen: Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Terrorismusbekämpfung in der Sahelzone, Bekämpfung illegaler Finanzströme und andere. Es geht um die Stabilität der afrikanischen Staaten und den Frieden in der Welt.

S.E. Dr. Cheikh Tidiane Sall ist seit 2018 Botschafter der Republik Senegal. Er studierte Literatur und Administration.

Foto: © picture alliance

Eine neue Afrikapolitik für das 21. Jahrhundert

Dr. Uschi Eid, Präsidentin Deutsche Afrika Stiftung
Prof. Dr. Horst Köhler, Bundespräsident a.D.

Wirtschaftliche Erholung, Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft im Zeichen von Klimakrise und Digitalisierung, Zusammenhalt der Europäischen Union, Bestimmung der Rolle Europas in der neu heraufziehenden Großmachtkonkurrenz – die Aufgaben der neuen Bundesregierung sind enorm und bekannt. Eine Gestaltungsaufgabe wird aber fast immer unterschätzt: unsere Beziehungen zu Afrika.

Dabei wachsen nicht einmal 14 Kilometer südlich von Europa Chancen wie Herausforderungen heran, die dringend Antworten verlangen. Afrikas Bevölkerung hat sich seit Mitte des letzten Jahrhunderts auf heute 1,3 Milliarden verfünffacht. Bald kommt jeder vierte Mensch weltweit aus Afrika. Schon heute ist jeder zweite dort jünger als 18 Jahre. Diese größte Jugendgeneration aller Zeiten verlangt mit Recht Bildung, Arbeit und ein Leben in Würde.

In vielen der 54 Staaten Afrikas finden inzwischen demokratische Wahlen statt, entfaltet sich bürgerschaftliches Engagement, fordert die Jugend ihr Recht auf Teilnahme am politischen Geschehen ein, nimmt die wirtschaftliche Entwicklung durch innovatives Unternehmertum Fahrt auf und verteidigen Medien ihr Recht auf freie Presse. China ist zum mächtigsten Investor in Afrika aufgestiegen. Auch Japan, Indien, Russland und die Türkei bieten sich als Partner an. Afrika ist nicht länger auf Europa angewiesen, sondern kann sich seine Partner aussuchen.

Die Formulierung einer Afrikapolitik für das 21. Jahrhundert gehört angesichts dieser enormen Veränderungen zu den großen Fragen politischer Zukunftsgestaltung – sie ist eine Aufgabe für heute, nicht für später. Verschieben heißt auch hier: Chancen vergeben, Probleme verschärfen.

Vertrauensverlust durch Impfstoff-Egoismus

Denn viele Erfolge stehen derzeit auf der Kippe. Klimawandel und Pandemie haben die oft sehr erfolgreichen Anstrengungen für mehr wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Afrika zurückgeworfen. Neue Konflikte drohen zu eskalieren. Und während in Europa die Folgen von Pandemie und Transformation mit Milliarden abgefedert werden und die Kühllager voll sind mit ungenutzten Impfdosen, stehen Afrikaner ganz hinten in der Warteschlange. Nur fünf Prozent sind bisher vollständig immunisiert. Der Impfstoff-Egoismus Europas hat Vertrauen in Afrika gekostet – das haben uns afrikanische Gesprächspartner in aller Deutlichkeit vermittelt. Partnerschaftsrhetorik kann das nicht heilen, nur konkretes und glaubwürdiges Handeln.

Beweisen sollte sich dieses Handeln jetzt erstens in der raschen Weiterleitung von ungenutzten Impfdosen und einem wirksamen europäischen Beitrag zum Aufbau einer Impfstoffproduktion in Afrika. Zweitens brauchen viele afrikanische Länder dringend mehr finanziellen Spielraum für die Bewältigung der Folgen der Pandemie. Nach der Aussetzung des Schuldendienstes durch die G20 kann auch die Restrukturierung von Schulden notwendig sein. In jedem Fall sollte sich auch Deutschland an dem Vorhaben beteiligen, einen Teil seiner vom Internationalen Währungsfonds neu vergebenen Sonderziehungsrechte an jene Länder abzugeben, die sie dringend brauchen.

Jenseits der Pandemie sind zwei Themen fundamental für Entwicklung und Stabilität in Afrika: Arbeitsplätze und Sicherheit. Beide hängen eng miteinander zusammen, beide liegen im Argen.

Die Schaffung einer kontinentalen Freihandelszone ist eine strategische Weichenstellung für mehr Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze. Europa sollte die Implementierung dieses großen, wichtigen Schrittes aktiv unterstützen. Und die deutsche Wirtschaft sollte nicht auf weitere Absicherungen von Risiken durch den Staat warten, sondern die Entwicklung neuer, großer Märkte in Afrika mit unternehmerischer Kreativität voranbringen.

Nicht zuletzt die deutsche Industrie hat alle Kompetenz, Afrika zu helfen, seine reichhaltigen Rohstoffe selber zu verarbeiten und damit Arbeitsplätze zu schaffen. Die neue Bundesregierung sollte diesen Prozess durch die Ernennung eines Sonderbeauftragten für die Wirtschaftsbeziehungen mit Afrika kraftvoll unterstützen.

Gewalttätige Konflikte verhindern arbeitsplatzschaffende Investitionen. Armut und Perspektivlosigkeit heizen Konflikte an und zwingen Menschen, ihre Heimat zu verlassen. Europa muss im eigenen Interesse einen Beitrag dazu leisten, diesen Teufelskreis zu durchbrechen. Die in den Ampel-Sondierungen angekündigte „Nationale Sicherheitsstrategie" sollte deshalb auch Vorstellungen für die Bearbeitung der Konflikte auf dem afrikanischen Kontinent formulieren.

Hauptziel muss Konfliktprävention sein. Deutschland sollte sich aber nicht länger wegducken, wenn in Absprache mit den afrikanischen Partnern auch robuste Einsätze erforderlich sind. Militärische wie zivile Einsätze sollten sich auf die wichtigsten Konfliktherde konzentrieren, ausreichend ausgestattet werden und vom Anspruch getrieben sein, einen echten Beitrag zur Stabilisierung zu leisten. Die Zeiten halbherzigen Engagements sollten ein Ende finden.

> *„Die Schaffung einer kontinentalen Freihandelszone ist eine strategische Weichenstellung für mehr Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze."*

Darüber hinaus tut Europa gut daran, Afrika als Partner zu gewinnen. Die Stabilisierung des Weltklimas, der Schutz der Artenvielfalt, die Sicherung des Friedens sind Probleme, die gemeinsam angepackt werden müssen. Afrika und Europa werden nur durch Allianzen global gestaltungsfähig bleiben. Die Frage, ob die EU und mit ihr Deutschland weltpolitikfähig ist, entscheidet sich jedenfalls nicht zuletzt in Afrika.

Afrika als eigenständiger Akteur und Partner

Eine neue Philosophie der Zusammenarbeit verlangt dabei nicht nur einen differenzierten Blick, sondern auch mehr Wissen über die Dynamik der Veränderungen in Afrika. Dafür muss in Deutschland personell und politisch investiert werden – in Strukturen für einen Austausch mit afrikanischen Institutionen, in die Berufsausbildung in Afrika und in Stipendien für Studenten und junge Wissenschaftler und nicht zuletzt in die überfällige Schaffung eines Instituts für angewandte Afrikaforschung in Berlin.

Nötig ist eine Politik, die Afrika nicht länger als Kontinent begreift, für dessen Probleme es fürsorglich Lösungen zu ersinnen gilt, sondern als einen eigenständigen Akteur und Partner, dessen Potenziale auch zur Lösung unserer Probleme beitragen können.

Dr. Uschi Eid ist Präsidentin der Deutschen Afrika Stiftung.

Prof. Dr. Horst Köhler war von Juli 2004 bis Mai 2010 Bundespräsident der Bundesrepublik Deutschland. Von 2000 bis 2004 war der Ökonom geschäftsführender Direktor des Internationalen Währungsfonds.

Fotos: © Christian Kruppa

D><A

Das Potential der afrikanischen Diaspora wird noch nicht ausgeschöpft

Alhaji Allie Bangura

Schätzungen zufolge leben in Deutschland rund eine Million Menschen mit afrikanischer Abstammung. Die afrikanische Diaspora spiegelt die Vielfalt des Kontinents wider und fungiert als Brückenbauer zwischen Deutschland und seinen afrikanischen Partnern. Für viele afrikanische Volkswirtschaften ist die Diaspora neben der Entwicklungshilfe einer der größten Geldgeber. Aus Deutschland fließen knapp 1,5 Milliarden Euro an Rücküberweisungen zurück auf den afrikanischen Kontinent.

Wie eine Studie der Afrikanischen Entwicklungsbank belegt steigt das Bildungsniveau der afrikanischen Diaspora exponentiell und damit auch ihr entwicklungs- und afrikapolitisches Engagement. Hierdurch bietet sich für politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger die Chance, das Wissen der Diaspora gewinnbringend für eine erfolgreiche und nachhaltige deutsche-afrikanische Zusammenarbeit einzusetzen und neue Denkanstöße für die deutsche Afrikapolitik zu erhalten.

Bisher wird das Potential der afrikanischen Diaspora als facettenreicher, wichtiger Akteur im Rahmen der deutschen Afrikapolitik jedoch nicht voll ausgeschöpft. Hierzu bedarf es einer zielgerichteten Einbindung in einen institutionellen Rahmen, der diasporischen Akteurinnen und Akteure die Möglichkeit eröffnet, sich in den afrikapolitischen Diskurs und entsprechende Entscheidungsprozesse einzubringen.

Die afrikanische Diaspora ist nicht homogen

Die afrikanische Diaspora ist nicht homogen, was es schwer macht, überhaupt zu definieren, wer dazu gehört. Hinzu kommt, dass es weder feste Ansprechpartnerinnen oder Ansprechpartner gibt, noch Organisationen, die das Verständnis sowie die Zeit aufbringen können, um politischen Akteurinnen und Akteuren beratend zur Seite zu stehen. Die Herausforderungen für Diaspora-Organisationen liegen in der Selbstorganisation ohne entsprechende Ressourcen. Das limitiert die bestehenden Organisationen dabei, Ihr Ansinnen in entsprechender Sorgfalt und Tiefe gegenüber Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger zu präsentieren.

Es ist von höchster Relevanz die afrikanische Diaspora in die Gestaltung der deutschen Afrikapolitik miteinzubeziehen, um neben finanziellen Ressourcen auch das hohe Bildungsniveau von Akademikerinnen und Akademikern mit afrikanischen Wurzeln zu nutzen. Im Zeitalter der Digitalisierung ist ein Transfer von Wissenstransfer leichter geworden. Die Studie der Afrikanischen Entwicklungsbank hebt den positiven Einfluss höherer Bildung auf das Engagement von Migrantinnen und Migranten in ihren Herkunftsländern hervor, etwa durch eine intensivere Einbindung in wissenschaftliche, politische und wirtschaftliche Netzwerke (sogenannter Ex-Post-Effekt).

> *„Die Afrikanische Diaspora muss in die Entscheidungsprozesse einbezogen werden."*

Dieses Potenzial haben verschiedene entwicklungspolitische Ansätze wie das vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit initiierte Projekt „Widu Africa" zur Förderung von Kleinstunternehmen im informellen Sektor deutlich gemacht. Ziel ist es, in Zusammenarbeit mit Menschen aus der afrikanischen Community in Deutschland und Europa, Investitionen in den informellen Sektor ihrer Herkunftsländer zu fördern. Diaspora-Netzwerke werden dabei beratend und aktiv in die Zusammenarbeit miteinbezogen. „Widu Africa" ist es seit November 2019 gelungen, 2,6 Millionen Euro in Finanzierungen durch die Diaspora zu hebeln sowie 3200 Kleinstunternehmen in sechs Ländern zu fördern.

Ein „funktionierendes" Afrikabild ist im Sinne der Diaspora

Auch für die Diaspora selbst ist ein Beitrag zur Entwicklung des afrikanischen Kontinents wichtig, da ein negatives und undifferenziertes Afrikabild beeinflusst, wie die Diaspora in Europa betrachtet wird. Afrikanerinnen und Afrikaner in Europa werden oft mit einem negativ konnotierten Bild Afrikas als politisch instabiler und wirtschaftlich rückständiger „Krisenkontinent" in Verbindung gebracht. Diese weithin verbreitete Ansicht beeinflusst unser Zusammenleben. Viele Menschen mit afrikanischen Wurzeln erleben verschiedentlich Rassismus, Diskriminierung und Gewalt.

Während das Thema in Deutschland und Europa bislang wenig Beachtung fand, führten die Proteste gegen Polizeigewalt gegenüber Schwarzen in den USA auch in Deutschland zu öffentlichen Debatten über strukturellen Rassismus und das Erbe des europäischen Kolonialismus. Viele Akteurinnen und Akteure aus Gesellschaft, Politik und Wirtschaft müssen mehr Verantwortung übernehmen, um ein differenziertes Afrikabild zu fördern. Es gilt intensivere Partnerschaften zwischen Afrika und Europa zu formen, beispielsweise zwischen Städten, Kommunen, Universitäten oder Unternehmen.

Des Weiteren ist es wichtig, dass Menschen mit schwarzer Hautfarbe im positiven Sinne sichtbar gemacht werden. Sichtbarkeit bedeutet zum Beispiel für Unternehmen, Menschen afrikanischer Abstammung und ihre Kompetenzen als wichtigen Teil der Belegschaft wertzuschätzen und dies auch nach außen zu kommunizieren. Es bedeutet, dass sie sich für innovatives und nachhaltiges Unternehmertum in Afrika einsetzen und zeigen, dass es erfolgreich sein kann. Ein Beispiel ist das Engagement des Volkswagen-Konzerns in Ruanda, der dort seit 2018 mit lokaler Fertigung und vernetzten Mobilitätsangeboten präsent ist.

Europa braucht Afrika und die Diaspora ist dafür ein wichtiger Partner

Neben traditionellen Unternehmen spielen auch Startups eine wichtige Rolle. Ihre Erfolgsgeschichten auf dem afrikanischen Kontinent finden bei europäischen Investoren bislang zu wenig Beachtung. Staatlich bereitgestellte Sicherungsinstrumente wie Risikopuffer für Investitionen müssen auch hier ausgebaut werden.

Aber nicht nur die Wahrnehmung sollte sich ändern. Die afrikanische Diaspora muss ein Partner bei der Gestaltung und Umsetzung solcher Initiativen sein. Hierfür müssen konkrete Maßnahmen ergriffen werden. Beispielsweise wäre es sinnvoll verschiedene beratende Gremien einzusetzen, die den Ministerien strategisch zur Seite stehen.

Ein Exempel dafür ist die Einrichtung eines Beirates für die Koordinierungsstelle zur Umsetzung der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Abstammung, die durch die Gleichstellungsministerkonferenz, das Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) und der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration initiiert wurde. Dieser Beirat unterstützt bei der Entwicklung von Maßnahmen zur Umsetzung der Dekade von Menschen afrikanischer Abstammung. Der ADAN e.V. ist neben weiteren Vereinen ein Teil dieses wichtigen Gremiums.

Dies könnte als Blaupause für weitere Aktivitäten dienen, um einen institutionellen Rahmen für das Engagement der afrikanischen Diaspora in der deutschen Entwicklungs- und Außenpolitik gegenüber Afrika zu schaffen.

Alhaji Allie Bangura ist Mitgründer des Afro-Deutschen Akademiker-Netzwerks ADAN e.V.. Der Zusammenschluss von afrodeutschen und afrikainteressierten Studierenden, Professionals, Auszubildenden und Akademikern, das ein differenziertes Bild vom afrikanischen Kontinent, Afrikanern und Afrodeutschen vermitteln möchte.

Foto: © Allie Dustin Jobst

„Es waren turbulente Jahre“

Robert Dölger blickt auf seine Zeit als ehemaliger Afrika-Beauftragter des Auswärtigen Amtes zurück und berichtet, was er nun als deutscher Botschafter in Marokko plant

Sie waren von 2018 bis 2022 Afrika-Beauftragter des Auswärtigen Amtes. Wie nehmen Sie die deutsche Afrikapolitik der letzten Jahre wahr?

RD: *Die Befassung der Bundesregierung mit Afrika hat sich in den letzten Jahren deutlich verändert. Sie ist intensiver geworden und in der Wahrnehmung auch hochrangiger. Afrika auf die Agenda gehoben zu haben, ist auch ein Verdienst von Angela Merkel. Kein Bundeskanzler vor ihr war häufiger in Afrika als sie, vor allem in der zweiten Phase ihrer Amtszeit. 2017 wurde unter dem G20 Vorsitz Deutschlands der „Compact with Africa“ initiiert, um in den afrikanischen Staaten die Rahmenbedingungen für nachhaltige Privatinvestitionen sowie Investitionen in Infrastruktur zu stärken. Seitdem gab es jährliche Treffen mit den afrikanischen Partnern. Bundeskanzler Scholz hat diese Politik fortgesetzt, auch beim G7 Gipfel auf Schloss Elmau. Das empfinde ich als sehr positiv.*

Vor fast 30 Jahren, als ich meinen ersten Posten in Burkina Faso antrat, hat man sich in Bonn auf politisch-strategischer Ebene vergleichsweise wenig mit Subsahara-Afrika beschäftigt. Der Kalte Krieg war vorbei, der Systemwettbewerb in Afrika schien gewonnen. Die Afrikapolitik wurde sehr stark aus der Perspektive der Entwicklungszusammenarbeit gesehen, die vor allem vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit bearbeitet wurde. Das hat sich komplett geändert. Inzwischen sind fast alle Ressorts der Bundesregierung in Afrika aktiv.

© Deutsche Botschaft – Rabat

Woher kam Ihrer Meinung der Sinneswandel bei Merkel? Man sagt ihr ja nach, dass sie die Fakten rational analysiere und auf deren Grundlage dann schnell und auch jenseits bisheriger Parteilinien entscheide. Im Fall des Atomausstiegs und der Flüchtlingsfrage konnte man das gut beobachten. War das in der Afrikapolitik ähnlich?

RD: *Ich habe ja nie direkt mit ihr gearbeitet, aber es wäre sicher sehr interessant, einmal mit ihr darüber zu sprechen. Ich glaube, sie hat sich davon leiten lassen, weg von der Bekämpfung von Symptomen auf die Ursachen zu kommen. Diese hat sie auch geografisch verortet und versucht, konkrete Lösungen zu finden. Und sie hat es geschafft, eine gute Chemie mit ihren Partnern aufzubauen.*

Im Fall der Afrikapolitik waren die Ausgangspunkte einmal die Lage im Sahel und die damit verbundene zunehmende Instabilität sowie die Migrationsströme und der absehbare Druck auf Europa und Deutschland. Spätestens seit dem Gipfel von Abidjan 2017 mit schwierigen Diskussionen war klar, dass die EU und auch Deutschland auf Augenhöhe mit den Afrikanerinnen und Afrikaner sprechen muss, was wir auch intensiv getan haben.

Die europäische Sicherheit ist eng mit der Situation in Afrika, vor allem in Nord- und Westafrika verwoben. Daher sind unsere Interessen zum Beispiel in der Sahel-Region sehr klar. Wir sind größter Geber, aber auch im Bereich Sicherheit sehr engagiert.

Wichtig war für mich auch, dass wir uns mit Afrika nicht nur aus Gründen der Gefahrenabwehr beschäftigen, sondern auch, weil wir in Afrika Chancen sehen, die sich für unsere Wirtschaft, bei der Bildung oder in der Forschung ergeben. →

Diese sind nicht immer kurzfristig realisierbar. Aber wir müssen hier meines Erachtens strategisch und langfristig arbeiten, wie das übrigens auch andere tun.

Lassen Sie uns ein wenig zurückblicken. Was waren die wichtigsten positiven Entwicklungen und größten Erfolge während Ihrer Amtszeit als Afrika-Beauftragter?

RD: *Dem Koalitionsvertrag von 2018 folgend haben wir im Auswärtigen Amt zusammen mit den anderen Ministerien die afrikapolitischen Leitlinien der Bundesregierung modernisiert. Dies ist uns sehr gut gelungen, finde ich.*

Wir haben auch die Koordination innerhalb der Bundesregierung verbessert, durch regelmässige Abstimmungstreffen bis zur Ebene der Staatssekretärinnen und Staatssekretäre. Der Deutsche Bundestag hat die personelle und finanzielle Ausstattung unserer Afrikapolitik verbessert, wodurch unsere Politik operativer geworden ist. Wir haben Ansätze entwickelt, um die deutsche afrikapolitische Expertise zu verstärken. Und wir haben angefangen, uns außenpolitisch und gesellschaftlich intensiv mit dem deutschen Kolonialismus und seinen noch heute realen Folgen auseinanderzusetzen.

Mit Blick auf die Politikebene ist bemerkenswert, dass wir die Partner in Afrika verstärkt auch als individuelle politische Partner mit ihrer eigenen Agenda wahrnehmen. Die Geber-Nehmer-Perspektive und die Asymmetrie in den Beziehungen werden immer mehr hinterfragt. Beim G7 Gipfel konnte man sehr gut am Umgang von Bundeskanzler Scholz mit den Präsidenten Cyril Ramaphosa aus Südafrika und Macky Sall aus dem Senegal ablesen. Sie sind nicht nur geladene Gäste, sondern Partner, die in dem einen oder anderen Punkt auch unterschiedliche Wahrnehmungen und Positionen haben als wir. Das ist nicht immer leicht, aber wir müssen es respektieren.

Das Abstimmungsverhalten der Afrikanerinnen und Afrikaner bei den Resolutionen zum russischen Überfall auf die Ukraine in der UN-Generalversammlung und auch im Menschenrechtsrat hat viele überrascht und angesichts der brutalen Verbrechen in der Ukraine enttäuscht. Einige warfen den Afrikanerinnen und Afrikanern Undankbarkeit vor. Das hilft uns nicht weiter. Es ist vielmehr wichtig, darüber nachzudenken, warum unsere Eigenwahrnehmung der Beziehungen und das Bild, das andere von uns haben, nicht übereinstimmen.

Gerade haben wir 20 Jahre Afrikanische Union gefeiert. Wie Sie sehen ist die fortschreitende Integration auf dem Kontinent?

RD: *Ja, auch das ist ein großer Fortschritt. Die Afrikanische Union ist ein wichtiger Partner für uns. Auch wenn die Integrationsprojekte derzeit noch nicht überall mit Mitteln unterlegt sind, merkt man, dass die Länder systematisch daran arbeiten, zum Beispiel die Fragen von Frieden und Sicherheit voranzutreiben. Die afrikanische Freihandelszone wird der wirtschaftlichen Integration sicherlich einen Schub geben. Ich kann das mit der Zeit von vor 25 Jahren vergleichen: Ich sehe, dass die Afrikanerinnen und Afrikaner sich wesentlich stärker abstimmen und ihre Interessen eigenständiger und klarer formulieren.*

Außerdem gibt es einen Konsens in Afrika, sich nicht wieder in einseitige Abhängigkeiten zu begeben. Zwar hat China in den letzten zehn Jahren eine Position der Stärke in Afrika eingenommen. Allerdings teile ich nicht die Sorge vieler, dass Afrika durch China kolonisiert wird. Dazu ist der Wille, die Souveränität nicht mehr aus der Hand zu geben, zu stark.

Das heißt aber auch, dass afrikanische Länder anderen Akteuren genauso skeptisch gegenübertreten, wenn sie fürchten, dominiert zu werden. Für einige Partner ist das schwierig, zum Beispiel für Frankreich, dessen traditionelles Selbstverständnis seiner Rolle vor allem in West- und Zentralafrika aufgrund der Kolonialgeschichte von den dortigen Gesellschaften hinterfragt wird. Die Zeiten haben sich auch hier geändert. Das hat auch Präsident Macron erkannt, der versucht, diesen Veränderungen Schritt für Schritt Rechnung zu tragen und den kolonialen Ballast abzuwerfen.

> *„Wir sollten uns mit Afrika nicht nur aus Gründen der Gefahrenabwehr beschäftigen, sondern auch weil wir dort Chancen sehen."*

Sich so stark wandelnde Beziehungen gehen nicht ohne Herausforderung ein her. Was waren die größten Schwierigkeiten, die Sie während Ihrer Amtszeit als Afrika-Beauftragter zu bewältigen hatten?

RD: *Das waren turbulente Jahre, um es milde auszudrücken. Die Pandemie, gefolgt vom russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine waren die größten Herausforderungen der jüngsten Zeit. Neben dem ganz praktischen Krisenmanagement galt es auch die europäische Stimme auf dem Kontinent zu stärken. Denn wir waren und sind in Afrika mit Propaganda aus verschiedenen Richtungen konfrontiert. China versuchte, das Image der Europäer und des Westens insgesamt zu schädigen, indem es etwa behauptete, die Afrikanerinnen und Afrikaner würden beim Zugang zu Masken oder Impfstoffen vernachlässigt oder rassistisch diskriminiert. Konkret getan hat China faktisch nur wenig. Das haben die afrikanischen Partner auch schnell bemerkt.* →

Vertreter der Herero und Nama bei der Rückgabe zeremonie von 20 Schädeln ihrer Vorfahren in der Berliner Charité →

Auch Russland arbeitet mit Stereotypen, nach dem Motto: „Der Westen hilft Euch nur, weil sie Euch wieder kolonialisieren wollen." Beide Länder behaupten, eigentlich die Dritte Welt zu vertreten und lösen damit tiefsitzende antikoloniale, antiwestliche und zum Beispiel in Westafrika ganz gezielt auch antifranzösische Reflexe aus. Dabei haben sowohl China als auch Russland ihre eigenen, sehr klaren wirtschaftlichen und politischen Interessen im Auge. Sie verbergen das sehr geschickt hinter einem Mosaik aus Argumenten, das sie systematisch über Jahrzehnte aufgebaut haben. Wir versuchten, das als Propaganda zu enttarnen und mit Fakten und mit konkreten Maßnahmen dagegenzuhalten. Eine von vielen politischen Herausforderungen war die Revolution im Sudan und der Sturz des Bashir-Regimes 2019. Deutschland, die EU und eine breite Allianz der internationalen Gemeinschaft, die auch die Golf-Staaten umfasste, haben sich gemeinsam engagiert. Die Berliner Partnerschafts-Konferenz 2020 sollte Sudan helfen, aus der katastrophalen Wirtschaftskrise, die Bashir hinterlassen hatte, herauszukommen. Es ist dann durch den Putsch der Militärs 2021 anders gekommen. Bis heute ist der Machtkampf zwischen dem Militärapparat und dem alten Regime einerseits, und der zivilen, urbanen, jugendlichen Bevölkerung andererseits, noch nicht entschieden. Immer wieder sterben Menschen in diesem Machtkampf.

Dennoch würde ich sagen, dass unser Einsatz richtig war. Wir haben damit auch über Sudan hinaus einen deutlichen Marker für unsere Werte gesetzt. Als die neue zivile Regierung 2020 am Mangel an internationaler Unterstützung zu scheitern drohte, hat Deutschland die Initiative ergriffen. Und die internationale Gemeinschaft ist mit uns gegangen. Ein Grund dafür war das Vertrauen in unsere Politik. Wir haben das Image, dass wir Demokratisierung, Pluralismus und Menschenrechte fördern, ohne eigene machtpolitische Interessen zu verfolgen oder regionale Einflusssphären sichern zu wollen. Das ist ein starkes Verdienst einer jahrzehntelangen verantwortlichen Afrikapolitik.

Und dann ist da noch Namibia. Vier Jahre lang haben Sie zusammen mit dem Verhandlungsführer Ruprecht Polenz die Versöhnungs-Verhandlungen Deutschlands und der EU mit der namibischen Regierung und den Vertretern der Nama und Herero begleitet. Frustriert es Sie, diese Aufgabe ungelöst zurückzulassen?

RD: *Im Mai 2021 waren wir sehr nah an einem Abschluss, sechs Jahre nach Verhandlungsbeginn. Der Text der gemeinsamen Erklärung wurde von den beiden Verhandlungsführern paraphiert. Doch die Erklärung war dann leider in Namibia politisch nicht durchsetzbar. Über die Summe, die wir in der Erklärung als Geste zur Wiedergutmachung vereinbart haben, wird in Namibia weiter kontrovers diskutiert. Dennoch sehe ich es als einen Erfolg, dass wir aufeinander zugehen konnten und nach einer gemeinsamen Lösung gesucht haben. Wir haben uns auf eine gemeinsame Darstellung und Benennung von dem, was 1904 bis 1908 passiert ist, einigen können – dieser Teil der Erklärung ist auch in Namibia unstrittig. Das ist sehr wichtig für die Zukunft. Und wir konnten diese Verhandlungen führen, ohne dass sich dies auf die sehr guten Beziehungen zwischen Deutschland und Namibia ausgewirkt hat. Ich bin dankbar, dass ich dabei mitwirken durfte. Dankbar bin ich auch für die hervorragende Zusammenarbeit mit Ruprecht*

„Die Geber-Nehmer-Perspektive und die Asymmetrie in den Beziehungen werden immer mehr hinterfragt."

Polenz und das Vertrauen, dass er mir und meinem Team entgegengebracht hat.

Staatsministerin Katja Keul schreibt in ihrem Text für dieses Jahrbuch, Deutschland müsse den afrikanischen Partnern attraktivere Angebote machen. Welche können das konkret sein?

RD: *Die Aussage von Staatsministerin Keul kann ich nur unterstreichen. Meine ganz persönliche Meinung: Wenn wir in Afrika relevant bleiben wollen, brauchen wir einen Perspektivwechsel. Der Grundsatz sollte sein, dass wir in der Zusammenarbeit den Takt und die selbstgesetzten Schwerpunkte des Partners aufnehmen. Gleichzeitig müssen wir auch klar definieren, wer unsere Zielgruppen sind. Wir müssen stärker auf die politischen Wirkungen unserer Angebote achten. Wir bewegen uns in einem politischen Umfeld, unsere Angebote sind oft Teil politischer Prozesse in den Partnerländern, ohne dass wir uns das klar machen. Wir müssen aufpassen, dass wir nicht die Korruption miterzeugen, die wir dann beklagen.*

Schon in den Leitlinien zur Afrikapolitik von 2019 haben wir den Blick auf die Wirtschaft gelenkt. Das war der Versuch, auf die Agenda unserer Partnerländer zu antworten – hier geht es erstens ganz konkret darum, die Rahmenbedingungen zur Förderung von Investitionen zu verbessern und Jobs zu schaffen, die den jungen Menschen vor Ort eine Perspektive geben. „Afrika Connect" zum Beispiel bietet Instrumente zur Kreditvergabe an deutsche Unternehmen, die mit afrikanischen Firmen gemeinschaftliche Projekte beginnen oder gemeinschaftliche Investitionen tätigen wollen. Der nächste Schritt wäre, sich noch stärker und systematischer auf bestimmte Sektoren und bestimmte Regionen zu fokussieren, wo wir dann auch Angebote skalieren und systemische Transformation unterstützen können. Die Reformpartnerschaften waren ein Schritt in diese Richtung.

Zweitens müssen wir mehr geregelte Migration erleichtern. Aber so, dass kein „brain drain" entsteht wie wir es gerade in einigen Ländern beobachten. Dort verschwinden ganze Krankenstationen, weil die Teams von entwickelten Ländern abgeworben werden. Stattdessen sollten wir ein System der zirkulären Migration ermöglichen. Ein interessantes Beispiel dafür war die DDR, die in den 70er und 80er Jahren ganze Kohorten angolanischer Ingenieurinnen und Wissenschaftler ausgebildet hat, die jetzt in Entscheidungspositionen in Angola sind. Davon profitieren wir sehr direkt. Für uns heute könnte das unter anderem heißen, dass wir deutschsprachige Bildungsbiografien in Afrika ermöglichen sollten, was derzeit eine große Ausnahme ist. Die Digitalisierung könnte uns hier helfen. Außerdem müssen wir mehr Visa und Stipendien für legale Migration bereitstellen, damit Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Studierende leichter nach Deutschland einreisen können.

Wir dürfen nicht vergessen, dass in 30 Jahren die Hälfte der jungen Menschen auf dem Erdball aus Afrika kommen werden. Gerade Deutschland mit seinem Mangel an qualifizierten Arbeitskräften muss dieses Potenzial in Afrika systematisch heben – auch im Wettbewerb mit anderen.

Einen solchen Perspektivwechsel können Sie ja nun gleich in Marokko umsetzen, wo Sie seit Mai 2022 deutscher Botschafter sind. Nach dem temporären Abbruch der diplomatischen Beziehungen wegen der Sahara-Frage wollen beiden Seiten nun einen neuen Dialog starten. Was haben Sie sich vorgenommen?

> *„Was mir in Marokko sehr schnell auffiel, ist die große Hilfsbereitschaft."*

RD: *Erst einmal muss ich natürlich viele neue Kontakte knüpfen und alte wieder aufnehmen. Es waren auch viele Projekte angehalten worden. Zu der bilateralen Krise kam ja noch die Pandemie, die vieles erschwert hat. Durchwegs alle Marokkanerinnen und Marokkaner, die ich treffe, bringen Deutschland eine große Sympathie entgegen. Sie bewundern, wie Deutschland mit Krisen umgeht und wie es sich in Europa als integrierende Kraft geriert.*

Die Wirtschaftsbeziehungen entwickeln sich sehr gut. Deutsche Firmen interessieren sich für den Markt hier und entdecken Marokko als Produktionsstandort. Es ist ja ein Land, das eine hervorragende Infrastruktur und Logistik hat, eine sehr starke Verwaltung und eine vergleichsweise gut ausgebildete Jugend.

Es ist sehr leicht für deutsche Unternehmen, sich hier niederzulassen. Besonders die Automobilindustrie ist schon präsent. Ich bin optimistisch, auch wenn Marokko natürlich wie viele Länder unter den Auswirkungen der Pandemie und jetzt der russischen Invasion in der Ukraine leidet.

In seinem Grußwort zu diesem Jahrbuch spricht der ehemalige Bundespräsident Joachim Gauck von der gegenseitigen Inspiration, die Europa und Afrika helfen könne, Krisen zu überwinden. Welche Inspiration haben Sie in Marokko in jüngster Zeit erfahren?

RD: *Was mir in Marokko sehr schnell auffiel, ist die große Hilfsbereitschaft vieler Menschen, die gelebte Solidarität. Nicht weit von meiner Residenz liegt das Registrierungsbüro der UNHCR für Flüchtlinge und Migranten in Rabat. Dort kommen aktuell viele Sudanesinnen und Sudanesen aus Libyen an, oft mit sehr traumatischen Erfahrungen. Es gibt eine große Hilfsbereitschaft aus der marokkanischen Gesellschaft heraus. Das erinnert mich an die Aufnahme der Ukrainerinnen und Ukrainern in den letzten Monaten in Deutschland und Polen.*

Herzlichen Dank für das Gespräch, Herr Dölger.

Robert Dölger war von 2018 bis 2022 Afrika-Beauftragter des Auswärtigen Amtes. Seit Mai 2022 ist er deutscher Botschafter in Marokko.

Foto: © picture alliance

Die Aussagen sind persönlich und geben nicht die Meinung der Bundesregierung wieder.

Starkes Rückgrat und langer Atem

Laudatio von Claus Stäcker anlässlich der Verleihung des Deutschen Afrika-Preises 2021 am 18. November 2021 in Berlin

Lieber Herr Bundespräsident Gauck, liebe Frau Schadt, liebe Frau Präsidentin Eid – sehr geehrte Damen und Herren Botschafter, Vertreter des Bundestags – vor allem aber lieber Daniel Bekele,

ich bin froh, dass Sie heute hier bei uns sein können, denn die Lage in Ihrem Heimatland ist überaus ernst: Botschaften fordern ihre Bürger auf, Äthiopien zu verlassen. Die Truppenallianz aus der sogenannten Volksbefreiungsfront von Tigray TPLF und der Oromo Befreiungsarmee OLA bedroht die Hauptstadt und ihre entscheidende Lebensader, den Highway nach Djibouti. In Addis Abeba wird mobil gemacht, seit der Verhängung des Ausnahmezustandes kam es zu mindestens 1.000 Verhaftungen, Ihre EHRC, die Äthiopische Menschenrechtskommission wurde gestern (17. November 2021) offiziell daran gehindert, die Inhaftierten zu besuchen. Hinter den modernen Fassaden von Addis brodeln Gerüchte, kursieren Falschmeldungen, wird in den sozialen Medien aufgestachelt, ethnisch gehetzt und Journalisten können kaum noch ihre Arbeit tun.

Wir halten den Atem an und hoffen, dass das kleine Fenster der Diplomatie, das sich in den vergangenen Tagen geöffnet hat, einen Bruder- und Schwesternkrieg verhindern hilft und somit sinnloses Blutvergießen.

Wie kann sich einer wie Sie, als Wächter der Menschenrechte, in einem solchen Rahmen behaupten, der nur noch Freund und Feind kennt? Seinen moralischen Kompass behalten, seinen Überzeugungen treu bleiben?

Ihr Leben, Daniel Bekele, taugt als Beispiel für individuelle Verantwortung und Mut in einem totalitären, autoritären – oder auch nur bellizistischen Umfeld. Ihre Kritiker haben ihr Urteil längst gefällt. Und übersehen dabei gern ihre eigenen Verfehlungen, ihre eigene Verantwortung.

Wir, die unabhängige Jury des Deutschen Afrika-Preises, haben Sie unter Dutzenden hochkarätigen Nominierungen ausgewählt, weil Sie uns mit Ihrem starken Rückgrat und langen Atem überzeugt haben. Sie haben uns überzeugt, lange bevor Sie Chef der staatlichen Menschenrechtskommission EHRC wurden, mit Ihrer Geradlinigkeit und Hartnäckigkeit, die sich durch Ihr Leben zieht.

Lieber Daniel Bekele, zufällig sind wir beide im selben Jahr geboren – Sie in Äthiopien, ich in der DDR. Als Sie 1989 Ihr Studium abschlossen, und sich in der DDR mit ersten Demonstrationen die Wende anbahnte, wurde hier im Ostteil Berlins von Erich Honecker mit allen Ehren noch ein Staatsgast empfangen: Menghistu Haile Mariam – heute berüchtigt als „Schlächter von Addis", der für 500.000 Tote verantwortlich gemacht wird.

Während seines Besuches im Bruderland DDR kam es daheim zu einem Putschversuch, der niedergeschlagen wurde. Menghistu konnte sich nur noch wenige Monate halten – dann trieb eine Rebellenallianz unter Führung der TPLF den Diktator außer Landes. Während in Berlin die Mauer fiel, begann also auch in Äthiopien eine Zeit der Hoffnung. Aber auch die Allparteiallianz EPRDF unter Führung der TPLF regierte mit eiserner Hand, ließ kaum Luft zum Atmen.

Sie, Daniel Bekele haben sich 1990 im Alter von 23 Jahren in den Anwaltsstand gestürzt und nach einem kurzen Ausflug in die Corporate World schnell ihre Bestimmung gefunden: als Berater und Anwalt für zivilgesellschaftliche Organisationen, für internationale NGOs wie Oxfam und ActionAID. Wie ein roter Faden ziehen sich die Themenfelder Frauenrechte, soziale Gleichberechtigung, Kampf gegen jede Form von Diskriminierung und für eine stärkere Zivilgesellschaft durch ihre berufliche Karriere. Nebenbei absolvierten Sie Ihr zusätzliches Oxford-Studium mit dem Prädikat „ausgezeichnet".

Aber als Sie es 2005 wagten, die völlig intransparenten und von schwerer Gewalt begleiteten Parlamentswahlen zu kritisieren, schlugen anonyme Täter Sie brutal zusammen. Wenig später wurden Sie verhaftet. Die Anklage war so fadenscheinig, dass sie in sich zusammenbrach und Sie am Ende nur für eine „grobe Rechtsverletzung" (committing outrage) verurteilt werden konnten. Da saßen Sie aber schon zwei Jahre hinter Gittern und erst nach weiteren drei Monaten ließ man Sie endlich frei.

Das Klima der Angst blieb. Aber Sie blieben ihren Themen treu, wurden Afrika-Direktor von Human Rights Watch, setzten sich in der Global Call-To-Action Kampagne für die Millenniumsziele ein, hielten auch dem Westen den Spiegel vor: 2012 kritisierten Sie die USA und die EU, sie würden Lippenbekenntnisse zu Menschenrechten ablegen, aber autoritäre Staaten mit Entwicklungsgeldern fördern.

Als Jury-Präsident des Deutschen Afrika-Preises registriere ich, dass Sie niemandem nach dem Munde reden – offenbar nicht mal Ihrem Premierminister Abiy Ahmed, dem Sie Ihr heutiges Amt verdanken. Im schon erwähnten gemeinsamen Untersuchungsbericht mit der UN zum Tigray-Konflikt haben Sie jedenfalls auch die Verfehlungen der Regierungsarmee benannt.

Die Jury erkennt an, dass Sie sich durchaus erfolgreich für eine größere, auch finanzielle Unabhängigkeit der EHRC eingesetzt haben – deren Wirken von der Weltöffentlichkeit in diesen Tagen so genau beobachtet wird.

Aber keine Jury der Welt – auch unsere nicht – vermag zu beurteilen, wie frei und unabhängig sie tatsächlich agieren können. Dafür sind Sie auch nicht uns Rechenschaft schuldig, sondern allein dem äthiopischen Volk und sonst nur ihrem eigenen Gewissen.

Der Preis ehrt Sie für Ihren moralischen Kompass, der Sie bis heute geleitet hat und verbindet dies mit der Hoffnung, dass Sie nicht aufgeben. Und Sie in dem so überhitzten politischen Klima Äthiopiens kühlen Kopf behalten, sich weiterhin unbeirrt für die Wahrung der Menschenrechte und die Aufklärung aller Verstöße gegen sie einsetzen und Täter wie Verantwortungsträger, egal auf welcher Seite, auch künftig klar benennen. Lieber Daniel Bekele, ich gratuliere Ihnen zum Deutschen Afrika-Preis 2021.

Claus Stäcker ist Leiter der Afrika-Programme bei der Deutschen Welle.

Foto: © Frederic Schweizer

Ehrung in kleiner Runde: Dr. Daniel Bekele (Mitte) neben Bundespräsident a.D. Joachim Gauck und I.E. Mulu Solomon Bezuneh

DAS-Präsidentin Dr. Uschi Eid lobte Bekeles weise und umsichtige Art

Ehrung für seinen Einsatz für die Menschenrechte: Dr. Daniel Bekele

Bekele mit Laudator Claus Stäcker und Robert Dölger, ehemaliger Afrika-Beauftragter der Bundesregierung

David Schwake, ehemaliger Generalsekretär der Deutschen Afrika Stiftung

Alle Fotos: © Frederic Schweizer

Versteht den Preis auch als Ermutigung für sein Team: Dr. Daniel Bekele

Die Geschwister Bekele mit der äthiopischen Botschafterin in Berlin, I.E. Mulu Solomon Bezune

Dr. Uschi Eid und Yenkuwel Bekele, die Schwester des Preisträgers

Dr. Uschi Eid und Claus Stäcker gratulieren dem Preisträger

Preisträger Dr. Daniel Bekele mit Schwester links neben Robert Dölger, ehemaliger Afrika-Beauftragter der Bundesregierung, heutiger Botschafter in Marokko

Alle Fotos: © Frederic Schweizer

„Wenn es um mein Land geht, bin ich Optimist", sagt Dr. Daniel Bekele trotz der schweren Menschenrechtskrise in Äthiopien

„Äthiopien durchlebt eine schwere Menschenrechtskrise"

Interview mit Dr. Daniel Bekele

Der Bürgerkrieg in Äthiopien dauert an, es herrscht Dürre und eine Hungersnot droht. Wie beurteilen Sie die derzeitige Lage in Äthiopien?

DB: *Im Juni 2022 veröffentlichte die äthiopische Menschenrechtskommission (EHRC) einen Jahresbericht zur Menschenrechtslage in Äthiopien, der den Zeitraum Juni 2021 bis Juni 2022 abdeckt, was dem äthiopischen Steuerjahr entspricht. Darin stellt die Kommission fest, dass es zwar seit Dezember 2021 nur noch sporadisch aktive Konflikte in den Grenzgebieten der Regionen Afar, Amhara und Tigray gibt, dass aber in anderen Teilen Äthiopiens – vor allem in den Regionen Oromia und Benishangul Gumuz – immer noch eine alarmierende Zahl von Menschen durch religiöse, ethnische oder ethnisch-religiöse Angriffe und Konflikte ums Leben kommt. Der Bericht gibt auch einen Überblick über die Situation der Menschen, die aufgrund des Krieges in Nordäthiopien, aber auch aufgrund anderer Konflikte in anderen Regionen des Landes vertrieben wurden. Die Hauptleidtragenden dieser Konflikte sind Frauen, Kinder, Menschen mit Behinderungen und ältere Menschen. In diesem ersten Bericht über die Menschenrechtslage für die EHRC werden auch die Empfehlungen für Rechenschaftspflicht, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung für die Überlebenden bekräftigt.*

Die Konflikte sowie die Dürre in den östlichen und südlichen Teilen Äthiopiens, die im April 2022 einsetzte und nun auf andere Gebiete übergreift, haben auch die Zahl der Menschen erhöht, die Nothilfe und Unterstützung benötigen.

Aus dem Bericht geht auch hervor, dass in Äthiopien einige positive Meilensteine in Bezug auf neue politische Maßnahmen und Gesetze sowie menschenrechtsrelevante Schritte unternommen wurden. Es gibt jedoch noch viel zu tun, sowohl im Hinblick auf die bürgerlichen und politischen Rechte als auch auf die sozio-ökonomischen Rechte im Land.

Vor einem Monat, Ende Juni 2022, informierten Sie die internationalen Medien, dass 9.000 Menschen aus der Konfliktregion Tigray aufgrund ihrer ethnischen Herkunft in Lagern festgehalten werden. Sie forderten ihre sofortige Freilassung. Ist dies geschehen?

DB: *Die EHRC hat im Anschluss an ihren Bericht einen hochrangigen Besuch in der Region durchgeführt, bei dem wir mit hochrangigen Beamten der Region Afar zusammengetroffen sind, wo sich die besagten Lager befinden. Dementsprechend haben die regionalen Behörden in Zusammenarbeit mit den zuständigen nationalen und internationlen Organisationen, die für die Umsiedlung zu ständig sein werden, sofortige Schritte unternommen, um die Rückkehr und Wiedereingliederung der Personen einzuleiten. Sie haben auch Maßnahmen ergriffen, um den Zugang zu medizinischer Versorgung zu ermöglichen und die Bewegungsfreiheit in einem der Lager zu gewährleisten. Die Situation ist jedoch bis zum 28. Juli 2022 noch nicht geklärt.*

Wie stabil ist die politische Lage im Land? Und wie wirkt sich dies auf die Arbeit für die Menschenrechte aus?

DB: *Die allgemeine Menschenrechtslage in Äthiopien ist nach wie vor mit zahlreichen Herausforderungen verbunden. Diese Herausforderungen zeigen jedoch nur, wie wichtig die Arbeit der äthiopischen Menschenrechtskommission ist und wie notwendig die Arbeit anderer Menschenrechtsverteidiger, zivilgesellschaftlicher Organisationen, akademischer und Forschungsinstitute sowie der Medien ist.*

„Völkermord ist leider ein Begriff, der von vielen im Zusammenhang mit Äthiopien leichtfertig verwendet wird."

Ende 2020, als die UN und Ihre EHRC-Kommission den Bericht über den Tigray-Krieg veröffentlichten, wurde der Konflikt in Deutschland aufmerksam verfolgt. Damals hofften Sie, dass die Täter auf allen Seiten zur Rechenschaft gezogen werden und die Regierungen, insbesondere die äthiopische Regierung, konkrete Schritte wie etwa strafrechtliche Ermittlungen einleiten, die Opfer entschädigt würden und dass Ihr Bericht die Türen für eine nachhaltigere Lösung des Konflikts öffnen würde. Haben sich Ihre Hoffnungen erfüllt?

DB: *Der gemeinsame Untersuchungsbericht von EHRC und des UN-Hochkommissariats für Menschenrechte zum Tigray-Konflikt, der den Zeitraum vom 2. November 2020 bis zum 28. Juni 2021 abdeckt, wurde am 4. November 2021 veröffentlicht. Damals gab die äthiopische Regierung offiziell bekannt, dass sie die Ergebnisse des Berichts akzeptiert, und kündigte die Einrichtung einer ministerienübergreifenden Task Force an, die mit der Umsetzung der Empfehlungen des Berichts betraut werden soll. Die Task Force ist seit Juli 2022 über acht Monate im Einsatz und hat selbst verschiedene thematische Unterausschüsse eingerichtet. EHRC und das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte haben die Task Force seit ihrer Gründung unterstützt und eine Reihe von Schulungen und technischer Unterstützung für ihre Mitglieder bereitgestellt. Die Task Force hat angekündigt, dass sie eine Untersuchung von Menschenrechtsverletzungen im Zusammenhang mit dem Konflikt in den Regionen Afar und Amhara abgeschlossen hat. Unsere Kommission wird weiterhin mit der Task Force zusammenarbeiten und die Entwicklungen hinsichtlich der ergriffenen Maßnahmen verfolgen. Die EHRC wird sich auch weiterhin für die vollständige Umsetzung der Empfehlungen des gemeinsamen Untersuchungsberichts einsetzen.*

4,5 Millionen Menschen sind Mitte 2022 innerhalb Äthiopiens auf der Flucht. Der Konflikt in Tigray ist einer der Hauptgründe

Angesichts des anhaltenden Konflikts, der Gewalt, des Verlusts von Menschenleben, der Vertreibung und der Inhaftierung so vieler Menschen scheint ein baldiger, guter Ausgang unrealistisch. Oder haben Sie noch Hoffnung?

DB: *Äthiopien durchlebt in der Tat eine schwierige Zeit, die von der EHRC und mir selbst als Menschenrechtskrise bezeichnet wurde. Aber gerade in diesen Zeiten wird die Arbeit, die wir als Kommission und als Menschenrechtsverteidiger leisten, umso notwendiger und wertvoller.*

Die Vorfälle von Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Äthiopien werden in der internationalen Öffentlichkeit häufig als Völkermord bezeichnet. Sie lehnen diesen Begriff für diese Fälle aber ab. Warum?

DB: *Völkermord ist leider ein Begriff, der von vielen im Zusammenhang mit Äthiopien und allen Konflikten und Angriffen, die in allen Teilen des Landes stattgefunden haben, leichtfertig verwendet wird. Es ist richtig, dass sowohl der Untersuchungsbericht zu Tigray als auch andere von der EHRC im Zusammenhang mit dem Krieg in Nordäthiopien durchgeführte Untersuchungen gezeigt haben, dass alle Konfliktparteien schwere Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht begangen haben, einschließlich Gräueltaten, die Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen darstellen können.*

Aber die rechtlichen Anforderungen, die Ermittlungen und die Beweisstandards, die erfüllt werden müssen, sowie die Folgen einer solchen Bezeichnung werden von vielen, die den Begriff verwenden, leider übersehen und vielleicht nicht beachtet. Dies ist umso entmutigender, als es auch eine Missachtung der Opfer und Überlebenden aller Völkermorde in der Geschichte der Menschheit darstellt.

Auf welche Einschränkungen stoßen Sie bei Ihren Untersuchungen für die EHRC?

DB: *Die erste Herausforderung, mit der wir als EHRC konfrontiert sind, sind die unzureichenden Ressourcen, um auf alle Menschenrechtsprobleme und Vorfälle in allen Teilen des Landes reagieren zu können. Auch die Sicherheitslage in vielen Teilen des Landes erschwert den rechtzeitigen oder einfachen Zugang zu diesen Regionen.*

Als Sie 2021 den Deutschen Afrika-Preis erhielten, sagten einige, es sei ein unpassender Moment, Äthiopien einen Menschenrechtspreis zu verleihen. Was bedeutet der Preis für Sie? Hat er Ihre Arbeit in irgendeiner Weise verändert?

DB: *Der Deutsche Afrika-Preis war nicht nur für mich persönlich eine Ermutigung, sondern auch für alle meine Kollegen in der Kommission. Er hat uns gezeigt, dass unsere Arbeit sichtbar ist und dass der schwierige Kontext, in dem wir arbeiten, anerkannt wird.*

Wenn Sie an die Zukunft Äthiopiens denken: Sehen Sie sich selbst als Optimist oder als Pessimist?

DB: *Wenn es um mein Land geht, bin ich durch und durch ein Optimist.*

Wie könnte eine nachhaltige Lösung des Konflikts aussehen? Was muss Premierminister Abiy Ahmed tun, um diesen Konflikt zu beenden?

DB: *Die EHRC setzt sich weiterhin dafür ein, dass für die Menschenrechtsverletzungen und Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht, die nicht nur im Zusammenhang mit dem Krieg in Nordäthiopien, sondern auch bei allen Konflikten und Angriffen in allen Teilen des Landes begangen wurden, Rechenschaft abgelegt wird. Rechenschaftspflicht und Wiedergutmachung für die Überlebenden sind der erste Schritt, um die Menschenrechtsprobleme und -herausforderungen anzugehen, die wir als Land haben. Und politische Probleme brauchen politische Lösungen mit echtem Dialog, Verhandlungen und Kompromissen.*

Wo finden Sie außer in Ihrer Arbeit noch einen persönlichen Sinn? Stoßen Sie manchmal auch an Grenzen, die eine Herausforderung darstellen? Was gibt Ihnen dann Hoffnung?

DB: *Wie jeder andere auch, mache ich natürlich auch schwierige Phasen durch. Das sind die Zeiten, in denen ich mich an meine Familie und meine Freunde wende, um moralische Unterstützung zu bekommen, aber auch um mich an die Gründe zu erinnern, die mich in der Menschenrechtsarbeit halten. Mein spiritueller Glaube und mein Vertrauen in wohlmeinende Mitbürger bleiben mein größter Trost und meine größte Motivation. Die Arbeit und die Errungenschaften anderer Menschenrechtsverteidiger und -expertinnen aus der ganzen Welt geben mir außerdem das Handwerkszeug, das technische Wissen und die Inspiration, weitermachen zu können.*

„Der Deutsche Afrika-Preis war nicht nur für mich persönlich eine Ermutigung, sondern auch für alle meine Kollegen in der Kommission."

Das Interview führte Sarah Elsing im Juli 2022.

Fotos: © EHRC's audio visual team Getachew Asnakew und © picture alliance

Lebenslanger Einsatz für die Menschenrechte

Rede von Dr. Uschi Eid zum Anlass der Verleihung des Deutschen Afrika-Preises an Dr. Daniel Bekele am 18. November 2021 in Berlin

Herr Bundespräsident Gauck, liebe Frau Schadt, meine Damen und Herren Botschafter, verehrte Mitglieder des Deutschen Bundestags, Mitglieder des Vorstandes und des Kuratoriums der Deutschen Afrika Stiftung, sehr geehrter, lieber Herr Dr. Bekele,

die Würdigung Ihrer Arbeit fällt in eine Zeit, die in meinem und Ihrem Lande – wenn auch mit ganz unterschiedlichen Vorzeichen – von Veränderungen und Herausforderungen geprägt ist. In Deutschland stellt die neue Regierungskoalition die Weichen für angemessenere Beziehungen zu Afrika. Denn vieles wandelt sich in hoher Geschwindigkeit: Nicht in allen aber doch in vielen der 54 Staaten, finden demokratische Wahlen statt, es entfaltet sich zunehmend bürgerschaftliches Engagement, die Jugend fordert ihr Recht auf Teilnahme am politischen Geschehen ein, die wirtschaftliche Entwicklung nimmt durch aufstrebendes und innovatives Unternehmertum Fahrt auf und Medien verteidigen ihr Recht auf freie Presse.

Machen wir uns auch die enormen geostrategischen Veränderungen bewußt. Durch sie ist Afrika heute nicht mehr auf uns, auf Europa, angewiesen. Wir in Europa müssen ein Interesse daran haben, den afrikanischen Kontinent als gewichtigen Akteur auf der internationalen Bühne als Partner nicht zu verlieren. Denn es geht auch um die Lösung von Problemen, die am besten gemeinsam angepackt werden, seien sie ökologischer, wirtschaftlicher oder sicherheits- und friedenspolitischer Natur.

Damit komme ich zu Ihrem Heimatland, Herr Bekele. Leider herrscht in Äthiopien seit rund einem Jahr Krieg – und eben nicht Frieden und Sicherheit. Da die Propaganda um die Gewalteskalation in Äthiopien sehr wirkmächtig ist, können wir von hier aus die einzelnen Beschuldigungen nicht beurteilen. Umso wichtiger ist der von Ihnen zusammen mit der UN-Menschenrechts-Hochkommissarin herausgegebene Menschenrechtsbericht. Dafür auch von unserer Seite ein herzlicher Dank.

Ich selbst habe Äthiopien mehrmals besucht und ich glaube, es geht mir heute Abend wie vielen unserer Gäste, die Ihre Heimat kennen: Ich denke mit schwerem Herzen an dieses so wunderbare und reiche Land am Horn von Afrika. Ich denke an all die Hoffnungen, die viele mit dem Friedensschluss zwischen Äthiopien und Eritrea und den Reformen in Äthiopien seit 2018 verbunden haben. Ich denke auch an die Erfolge bei der Bekämpfung der Armut in den Jahrzehnten davor, die nun drohen, zunichte gemacht zu werden.

Ich übersehe jedoch auch nicht die Einschränkungen von Freiheiten und Repressionen während der 30 Jahre unter der von der TPLF dominierten EPRDF-Regierung. Letztendlich wurden Sie, sehr geehrter Herr Bekele von jener marxistischen Regierung, die im Ausland durchaus angesehen war, verfolgt und eingekerkert. Auch darf am heutigen Abend nicht der Webfehler in der äthiopischen Verfassung übergangen werden, der von eben jener Regierung zu verantworten ist. Ich spreche von der ethnisch basierten Föderation, die zu dem heutigen Hass zwischen den Ethnien geführt hat.

Mit der Verleihung des Deutschen Afrika Preises an Sie, Dr. Bekele, wird Ihr lebenslanger Einsatz für die Menschenrechte gewürdigt. Ihre Ehrung ist von unserer Überzeugung getragen, dass die Wahrung der Menschenrechte, grundlegend für das friedliche Zusammenleben der Menschen in einem Gemeinwesen ist. Dort, wo die Menschenrechte nicht geachtet werden, droht die rechtsstaatliche Ordnung und damit die Freiheit insgesamt und letztlich auch der Friede unter die Räder zu kommen.

Die Ehrung ist zudem als Ermutigung all derer gedacht, die sich unerschrocken und unparteiisch für die Menschenrechte in Äthiopien einsetzen – unabhängig davon, ob sie Oromo Amhara, Tigray, Somali, Sidama oder Afar sind.

Lieber Herr Dr. Bekele, möge Ihre Arbeit, Ihre weise und umsichtige Art sowie Ihre internationale Erfahrung dazu beitragen, dass die äthiopische Regierung und das äthiopische Parlament den Weg des Dialogs und der politischen Lösungssuche einschlagen und mögen die äthiopischen Institutionen nicht zu stolz sein, Hilfe von Freunden zu erbitten und auch anzunehmen.

Ihnen persönlich wünsche ich weiterhin viel Mut, Durchstehvermögen und Überzeugungskraft.

Wir müssen die Traumata einer ganzen Generation lindern

Dr. Martin Frank, Afrikareferent des Berliner Missionswerks

Nach seiner überraschenden Ernennung im April 2018 setzten viele Äthiopierinnen und Äthiopiern im In- und Ausland große Hoffnung auf Premierminister Abiy Ahmed. Er ermöglichte eine – jedenfalls nach außen glanzvoll aussehende – Versöhnung mit Eritrea, ließ politische Gefangene frei und lud viele im Exil lebende Oppositionelle ein, in die Heimat zurückzukehren. Kurzzeitig schien die Politik der so genannten „ethnischen Föderation" des Parteienbündnisses unter der Führung der Volksbefreiungsfront von Tigray (TPLF) ein Ende zu haben. Die vielen Regionen des Landes hofften auf größere politische und so-ziale Selbstständigkeit.

Doch schon im Jahr seiner Ernennung kamen Zweifel auf, ob der neue Premier den vielfältigen Herausforderungen gewachsen sei und als ehemaliger Geheimdienstoffizier vielleicht sogar eine geheime Agenda verfolge. Die nach seiner Amtsübernahme noch stärker aufflammenden, regionalen Kämpfe schien er zunächst zu ignorieren. Auch das Gewaltmonopol des Staates schien er nicht mit Polizei und Militär durchsetzen zu wollen. Über drei Millionen Menschen waren inzwischen vertrieben, auch bedingt durch die gewaltige Dürre im Land. Im Jahr 2019 gab es in Äthiopien mehr Flüchtlinge als irgendwo sonst auf der Welt. Nach dem ihnen von der Verfassung gegebenen Recht rüsteten die Regionen ihre eigenen Armeen immer stärker auf.

Abiy unterstützte öffentlichkeitswirksam die Einheit des Landes unter Dominanz der amharischen Elite, der er selbst angehört, und schien sein Konzept auch mit Gewalt durchsetzen zu wollen. Damit entfernte sich die jahrzehntelang politisch führende und im Volk verhasste Elite der TPLF immer stärker von Abiys Regierung. Mit der Entscheidung, die Wahlen 2020 auf zunächst unbestimmte Zeit zu verschieben, löste Ahmeds Regierung schließlich eine Verfassungskrise aus.

> *„Im Jahr 2019 gab es in Äthiopien mehr Flüchtlinge als irgendwo sonst auf der Welt."*

Daraufhin griffen im November 2019 äthiopische Streitkräfte in der Region Tigray ein. Der Krieg weitete sich schnell auf Tigrays Nachbarregionen Amhara und Afar sowie auf Oromia aus, mit gravierenden Folgen für die gesamte Region am Horn von Afrika. Seit Kriegsbeginn unterstützten eritreische Truppen die äthiopischen Streitkräfte in Tigray. Angrenzende Länder wie Somalia und der Sudan nahmen hunderttausende Flüchtlinge aus Äthiopien auf.

Das Leiden der Zivilbevölkerung, vor allem der Frauen und Mädchen, ist unvorstellbar. Rund 2,3 Millionen Menschen wurden durch den Krieg vertrieben, die Liste der Völkerrechtsverletzungen ist lang. Die UN-Menschenrechtskommission stellte in ihrem Bericht von Ende 2021 Massaker an der Zivilbevölkerung, Kriegsverbrechen und von allen Parteien begangene Massenvergewaltigungen fest. Am brutalsten agierte, nach dem was bisher bekannt ist, die eritreische Armee. Ergreifend ist die Aussage einer vergewaltigten Frau aus Tigray, die Amnesty International (ai) ihrer Untersuchung vorangestellt hat: „Ich weiß nicht, ob ihnen klar war, dass ich ein Mensch war." Erst im Juni 2022 soll auch die Oromo Liberation Front mehrere hundert amharische Zivilistinnen und Zivilisten in der Region Oromia ermordet haben, wie ai vorläufig bestätigte.

Zwischenzeitlich verschärfte sich die militärische Situation derart, dass die äthiopische Regierung Anfang November 2021 den Ausnahmezustand verhängte und alle Bürgerinnen und Bürger zur Bewaffnung aufrief. In den großen Städten führten Bürgerwehren ethnisch motivierte Festnahmen durch, die vor allem die Bevölkerung der Tigray betraf. Hausbesitzerinnen und -besitzer wurden aufgefordert, die ethnische Zugehörigkeit ihrer Mieterinnen und Mieter zu melden. Lokale Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kirchen, der Vereinten Nationen und anderer zivilgesellschaftlicher Organisationen verließen das Land. Die gut ausgerüsteten und kampferprobten Rebellen der TPLF waren bis auf wenige hundert Kilometer an Addis herangerückt und eroberten immer mehr Städte. Erst im Dezember 2021 gelang es der äthiopischen Regierungsarmee, den Vormarsch zu stoppen.

Die Afrikanische Union, ihr Sonderbeauftragter, der nigerianische Präsident Obansajo, sowie die USA und die Europäische Union versuchten lange Zeit vergeblich, zu vermitteln. Auch die deutsche Bundesregierung unterstützte hinter den Kulissen die internationalen Vermittlungsbemühungen tatkräftig. Nun werden auf neutralem Boden in Kenia wahrscheinlich Friedensverhandlungen stattfinden.

Die religiösen Gemeinschaften Äthiopiens haben es nach meiner Beobachtung mit wenigen Ausnahmen nicht gewagt, sich offen gegen den Krieg zu äußern oder ihn wie die orthodoxe Kirche gutzuheißen. Ihre Rolle als Anwältin menschenrechtlicher Positionen haben sie im öffentlichen Raum nicht wahrgenommen, um nicht zwischen die Fronten zu geraten oder die eigene Anhängerschaft vor eine Zerreißprobe zu stellen. Denn der Krieg führte bei den Kirchenmitgliedern je nach ethnischem Hintergrund zu konträren Einschätzungen der Lage. Während in Städten wie Dessie im Norden Kirchengebäude und in Tigray orthodoxe Klöster und Kirchen geplündert und zerstört wurden, stimmten Kirchenmitglieder aus Addis den Kriegshandlungen der äthiopischen Armee zu.

Wie stellt sich die Lage Mitte 2022 dar?

Die Auswirkungen des Kriegs werden das Land über Jahrzehnte beschäftigen. Die äthiopische und eritreische Armee war angetreten, um die Tigray mitsamt seiner Kultur „auszulöschen". Wie andere in der Führungsriege der äthiopischen Regierung nannte Abiy Ahmed die Tigrayer „Ungeziefer", das „ausgerottet" werden müsse. Damit sich diese von Hass erfüllten Taten nicht wiederholen, müssen Traumata einer ganzen Generation gelindert werden.

> *„Im Sommer 2022 sind mehr als fünf Millionen Menschen in weiten Teilen Äthiopiens von Hunger bedroht."*

Im Sommer 2022 sind mehr als fünf Millionen Menschen in weiten Teilen Äthiopiens von Hunger bedroht. Die Ernten wurden während des Krieges mutwillig vernichtet, die Felder sind vermint, die Nutztiere von den Armeen getötet. Zudem machen den Bauern in vielen Regionen eine beispiellose Dürre, sowie die periodisch wiederkehrende Heuschreckenplagen zu schaffen. Nach wie vor wird in einigen Landesteilen gekämpft, die meisten Kriegshandlungen in Tigray scheinen aber vorbei zu sein.

Humanitäre Hilfe zu verweigern und Hilfsgüter zu blockieren gehört nach wie vor zu den Strategien der Kriegsparteien und wird von den Vereinten Nationen immer wieder angeprangert. Der Bedarf nimmt täglich zu, aber Hilfsleistungen, die Leben retten und weitere Katastrophen verhindern könnten, sind durch die Zugangsbeschränkungen kaum mehr möglich.

Wie kann die Richtung hin zu einer nationalen Versöhnung eingeschlagen werden? Neben den anstehenden Friedensverhandlungen in Kenia wurde schon vor Monaten ein bitter nötiger, nationaler Dialog angekündigt. Dass sich wirklich alle Kriegsparteien und betroffenen Ethnien daran beteiligen, wäre eine unabdingbare Voraussetzung für Frieden.

Äthiopien auf einen Blick

Bevölkerung 2021:
117 Millionen

Bevölkerungswachstum 2021:
2,5 Prozent

Fläche: 1.136.256 km²

Hauptstadt: Addis Abeba,
5,23 Millionen Einwohner (2022)

Durchschnittliche Lebenserwartung 2020: 67 Jahre

Bruttoinlandsprodukt 2021:
$ 111,27 Milliarden

Bruttoinlandsprodukt pro Kopf 2021:
$ 996

Staatsform: Parlamentarische Republik

Quelle: Weltbank, Statista

← Straßenverkauf in Addis Ababa. In vielen anderen Teilen Äthiopiens sind die Menschen von Hunger bedroht
© picture alliance

Eine neue Partnerschaft für strategische Autonomie

Koen Doens

Im Februar 2022 kamen über 70 europäische und afrikanische Staats- und Regierungschefs in Brüssel zum sechsten EU/AU-Gipfel zusammen, um unsere gemeinsame Agenda für die Zukunft umzusetzen: nachhaltiges Wachstum und menschenwürdige Arbeitsplätze, grüner und digitaler Wandel, hochwertige Gesundheit und Bildung für alle, Frieden, Sicherheit, Regierungsführung sowie Migration und Mobilität.

Der Gipfel fand inmitten eines sich rasch verändernden geopolitischen Umfelds und noch nie da gewesener Herausforderungen statt. Nach einem Jahrzehnt anhaltenden Wachstums in Europa und Afrika hatte Covid sozio-ökonomische Verwüstungen angerichtet, die Weltwirtschaft in die schlimmste Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg gestürzt und Anfälligkeiten und Ungleichheiten vergrößert. Eine Woche nach dem Gipfeltreffen folgte der Einmarsch Russlands in die Ukraine, der katastrophale Folgen für Europa, Afrika und die Welt hatte, die Inflation weltweit verschärfte und die Lebensgrundlagen der Schwächsten sowie die Haushalte der Schwächsten belastete.

Als die Staats- und Regierungschefs auf dem Gipfel zusammentrafen und die gegenseitigen politischen, wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Interessen erörterten, wurde deutlich, dass sie den langjährigen und soliden Beziehungen einen neuen Geist verleihen wollten: einen Geist der Gleichberechtigung und der gemeinsamen Investitionen, der auf ein Zeitalter ausgerichtet ist, in dem Afrika und Europa gemeinsam Chancen gestalten können.

Die Global Gateway Strategie, das Angebot der EU, die Welt auf nachhaltige Weise zu verbinden, ist ein Beispiel für das neue Paradigma, das über eine Geber-Nehmer-Beziehung und über die öffentliche Entwicklungshilfe hinausgeht. Zwischen 2021 und 2027 wird „Team Europe" – die EU-Institutionen und die EU-Mitgliedstaaten gemeinsam – weltweit bis zu 300 Milliarden Euro an nachhaltigen und wertebasierten Investitionen mobilisieren, sowohl für harte als auch für weiche Infrastrukturen. Der gemeinsame Nenner: Nachhaltigkeit – ökologisch, sozial, finanziell und politisch.

Die Hälfte dieses Betrags wird auf das auf dem Gipfel vorgestellte Global Gateway Afrika-Europa Investitionspaket entfallen. Durch die Unterstützung der integrativen, umweltfreundlichen und digitalen Transfomation Afrikas wird es dazu beitragen, die strategische Autonomie des Kontinents zu stärken.

Charles Michel, Präsident des Europäischen Rates, begrüsst die Teilnehmenden des EU/AU-Gipfels

Wie soll das geschehen?

Covid19 hat ein strukturelles Defizit auf dem afrikanischen Kontinent im Bereich der Gesundheitsversorgung und der Pharmazeutika aufgezeigt. Heute importiert Afrika mehr als 96 Prozent der pharmazeutischen Produkte, die es verbraucht. In Verbindung mit dem demografischen Wachstum ist dies schlicht untragbar und hat die Afrikanische Union dazu veranlasst, das Ziel zu setzen, diese Abhängigkeit bis 2030 auf höchstens 40 Prozent zu senken, mit anderen Worten: eine strategische Autonomie in diesem Bereich zu erreichen. Im Rahmen des Global Gateway Afrika-Europa Investitionspakets hat die EU begonnen, mit afrikanischen Regierungen und dem Privatsektor zusammenzuarbeiten, um dieses Ziel zu unterstützen. Regionale Produktionszentren und pharmazeutische Wertschöpfungsketten wurden in Senegal, Südafrika, Ruanda und Ghana eingerichtet.

Zwei weitere kritische Herausforderungen stehen im Mittelpunkt unserer gemeinsamen Agenda: der kohlenstoffarme und der digitale Wandel. Auch hier ist die EU bestrebt, Afrikas Stärke und Widerstandsfähigkeit in diesen Bereichen zu fördern, da dies in unserem gemeinsamen Interesse liegt.

Aus diesem Grund arbeitet die EU mit afrikanischen Partnern zusammen, um die Zusammenarbeit im Bereich kohlenstoffarmer Energien, einschließlich sauberen Wasserstoffs, zu verstärken. Aus diesem Grund unterstützen wir auch die afrikanischen Bemühungen, die digitale Konnektivität auf dem Kontinent unter Wahrung der Bürger- und Verbraucherrechte zu fördern.

Eine vierte große Herausforderung, vor der der Kontinent heute steht, ist die Ernährungssicherheit. Bereits vor dem russischen Einmarsch in der Ukraine waren fast 193 Millionen Menschen weltweit von akuter Ernährungsunsicherheit betroffen oder auf dringende Hilfe angewiesen. Der Krieg Russlands gegen die Ukraine hat die Lage für Afrika noch verschlimmert, da viele Länder des Kontinents in hohem Maße von russischen und ukrainischen Getreideeinfuhren abhängig sind. Im Sinne der Stärkung der Widerstandsfähigkeit ist die Ernährungssicherheit eine Priorität im Rahmen des Investitionspakets Global Gateway Afrika-Europa, mit dem die EU Nahrungsmittelsysteme und -produktion in Afrika durch Afrika unterstützt.

> *„Der Übergang zu einer wissensbasierten Wirtschaft steht im Mittelpunkt."*

Der Übergang zu einer wissensbasierten Wirtschaft und die Einbeziehung von qualifiziertem Humankapital in den Mittelpunkt dieser Agenda ist für den Erfolg der oben genannten Maßnahmen von entscheidender Bedeutung. Die Abstimmung von Angebot und Nachfrage in der beruflichen Bildung, die Entwicklung einer bedarfsgerechten und transformativen Hochschulbildung, die Unterstützung der Partnerländer bei ihren Bemühungen um die Verbesserung des Lehrerberufs und der Qualität der Lehrerausbildung und der beruflichen Weiterbildung sowie die Förderung der kontinentalen Integration und die Bereitstellung integrativer Lernmöglichkeiten.

Die Tatsache, dass das Afrika-Europa-Investitionspaket das erste Ergebnis der Global Gateway Strategy ist, zeigt, welche Bedeutung Europa dieser Partnerschaft beimisst. Die EU ist bereit, den doppelten grünen und digitalen Wandel in Afrika zu begleiten, und zwar auf nachhaltige und regelbasierte Weise.

Der aktuelle Kontext erfordert auch eine verstärkte Zusammenarbeit in den Bereichen Frieden, Sicherheit und guter Regierungsführung. Die neuen globalen Herausforderungen, die durch die Pandemie und den jüngsten Anstieg der Rohstoffpreise ausgelöst wurden, haben die Spannungen und die Instabilität verschärft. Wie auf dem EU/AU-Gipfel im Februar 2022 vereinbart, wird die EU die Friedensbemühungen und die afrikanischen Partner in ihren Bemühungen weiter unterstützen.

Zentral ist die menschliche Dimension

Die menschliche Dimension wird in unserer Partnerschaft weiterhin eine zentrale Rolle spielen. Migration und Mobilität erfordern einen ausgewogenen, mehrdimensionalen Ansatz, zu dem sich sowohl die EU als auch die afrikanischen Partner verpflichtet haben.

Wir sind uns auch einig, dass dies vor allem bedeutet, Schmuggel und Menschenhandel zu bekämpfen und Vertriebene zu unterstützen. „Team Europe" arbeitet bereits an zwei Initiativen, die 19 Länder in Afrika abdecken werden. Besonderes Augenmerk wird auch auf Studierende, junge Hochschulabsolventinnen und -absolventen und qualifizierte Arbeitskräfte gelegt, um die Beschäftigungsmöglichkeiten und die Mobilität zu verbessern.

Unmittelbar nach dem Gipfel wurde mit der Arbeit begonnen, um das Momentum beizubehalten und mit der Umsetzung der oben genannten Initiativen sowie anderer gemeinsamer Prioritäten zu beginnen. An der Verwirklichung der gemeinsam gesetzten Ziele arbeiten alle gemeinsam: afrikanische Partner, Mitgliedstaaten, der Privatsektor, die Zivilgesellschaft und Jugendorganisationen, zum Nutzen von Afrikanerinnen und Afrikaner und Europäerinnen und Europäern gleichermaßen.

Koen Doens ist Generaldirektor für Internationale Partnerschaften bei der Europäischen Kommission.

Foto: © picture alliance

Vertrauensprobe Pandemie

Dr. Melanie Müller

Die Corona-Pandemie hat nicht nur die strukturelle Ungleichheit zwischen den Kontinenten offengelegt, sondern auch die Schwierigkeiten, die Krise gemeinschaftlich zu lösen. Die unzureichende globale Solidarität bei der Bewältigung der Pandemie hat unmittelbare Auswirkungen auf das europäisch-afrikanische Verhältnis, das sich in den letzten Jahren verschlechtert hat.

Nur wenige Monate nach Ausbruch der Pandemie auf dem afrikanischen Kontinent im Oktober 2020 legten die beiden BRICS-Staaten Indien und Südafrika einen Vorschlag bei der Welthandelsorganisation (WTO) zur temporären Aufhebung der Patente für die Covid-Impfstoffe vor. Die europäischen Mitgliedstaaten lehnten diesen erst vehement ab, um ihn dann langsam aufzugreifen. Zwar verabschiedete das Europäische Parlament im Juni 2021 eine Resolution zur Unterstützung des Vorschlags, der auch von einigen Mitgliedstaaten unterstützt wurde. Doch zentrale EU-Mitgliedstaaten, allen voran Deutschland, blockierten den Vorschlag.

Diese Blockadehaltung führte bereits vor dem EU/AU-Gipfel im März 2022 zu massiven Verstimmungen. Die Kritikerinnen und Kritiker der Aufhebung des Patentschutzes verwiesen neben wirtschaftlichen Argumenten immer wieder auf die Notwendigkeit des Infrastrukturausbaus zur Impfstoffproduktion, die sie als weitaus zentraler für die Versorgung mit Impfstoffen einschätzten.

Tatsächlich sind seit der Gründung von „Team Europe" – einem Zusammenschluss zwischen der EU-Kommission, den Mitgliedstaaten, der Europäischen Investitionsbank (EIB) sowie der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE) zur Koordination der Pandemieunterstützung durch die Europäische Union (EU) – eine Reihe von Initiativen für den afrikanischen Kontinent auf den Weg gebracht worden. So unterstützt die EU verschiedene Mitgliedstaaten der Afrikanischen Union (AU) bei der Impfstoffentwicklung und der Produktion, um so Versorgungssicherheit afrikanischer Länder zu erhöhen.

Zwar sind Impfskepsis, Desinformation sowie fehlendes Vertrauen in die Fähigkeit der Regierungen, das in einigen Ländern durch Korruptionsvorwürfe bei der Pandemiebewältigung verschärft wurde, gewichtige Gründe, die Impfskepsis erklären, wie beispielsweise empirische Untersuchungen in Südafrika zeigen. Dennoch lässt sich nicht leugnen, dass der Zugang zu Impfstoffen für viele afrikanische Länder schlichtweg zu spät kam und somit denen, die sich schnell impfen lassen wollten, den Zugang erschwerte.

Fehlendes Vertrauen

Die fehlenden globalen Anstrengungen zur Bewältigung der Pandemie wurden in vielen afrikanischen Ländern nicht nur als mangelnde Solidarität zwischen den Kontinenten wahrgenommen, sondern auch als rassistische Ausgrenzung des afrikanischen Kontinents interpretiert. Das europäische Vorgehen wurde als Impfstoffnationalismus oder gar „Impfstoff-Apartheid" kritisiert und hat Misstrauen gesät.

Dieses Misstrauen wurde durch die Omikron-Reisebeschränkungen im November 2021 noch weiter verschärft. Nachdem Medizinerinnen und Mediziner im südlichen Afrika auf die Entdeckung der Omikron-Variante aufmerksam gemacht hatten, belegte die EU kurzerhand zahlreiche Länder im südlichen Afrika mit Reisebeschränkungen. Später stellte sich heraus, dass die Virusvariante zuvor bereits in europäischen Ländern aufgetreten war. Die südafrikanische Regierung fühlte sich für die Frühwarnung zurecht bestraft. Nicht nur in Südafrika, sondern auch in vielen anderen afrikanischen Staaten wurde der Umgang mit den Reisebeschränkungen heftig kritisiert. Nur langsam nahmen die europäischen Staaten die Beschränkungen wieder zurück, doch wirtschaftliche Folgen für die betroffenen Länder ließen sich nicht vollständig vermeiden.

In der deutschen und europäischen Aussenkommunikation gegenüber afrikanischen Ländern hilft der Hinweis wenig, dass viele europäische Länder zu diesem Zeitpunkt selbst in einer neuen Coronawelle steckten und die Reisebeschränkungen daher so zügig umgesetzt wurden. Denn gleichzeitig hatte die WHO eine gegenteilige Empfehlung ausgesprochen und Reisebeschränkungen zu einem Zeitpunkt, an dem der Virus bereits ausgebrochen ist, als nicht mehr zielführend kritisiert. Bilder deutscher Medien mit rassistischen Stereotypen kursierten gleichzeitig auf vielen afrikanischen Twitter-Profilen und verstärkten damit den Eindruck, dass Europa mit Verachtung auf den afrikanischen Kontinent blicke.

Die Folgen der Covid-Pandemie für den afrikanischen Kontinent

Die Pandemie hat schonungslos die Bedeutung von Infrastrukturen zur Anpassung an globale Herausforderungen offengelegt. Dies gilt nicht nur für die Gesundheitssysteme verschiedener Länder, sondern auch für die Sozial- und Wirtschaftssysteme. Über zweieinhalb Jahre nachdem sich der erste Corona-Verdachtsfall auf dem afrikanischen Kontinent bestätigte, kämpfen viele afrikanische Länder weiterhin mit den sozioökonomischen Folgen der Pandemie.

Diese Länder sind tiefer in Armuts- und Schuldenkrisen gerutscht, die soziale Ungleichheit hat sich weiter erhöht. Viele Staaten waren nicht in der Lage, Hilfsprogramme für die Bevölkerung aufzusetzen und so die dramatischen Folgen zu kompensieren. Verdienstausfälle trafen insbesondere die Menschen, die ohnehin nicht über Ersparnisse verfügen, hierunter fallen besonders Erwerbstätige im informellen Sektor. Eine Studie von UNDP, dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, schätzt, dass mittelfristige Folgen zu erwarten sind. Laut dieser Studie, die zehn afrikanische Staaten in den Blick nimmt, werden die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie bis 2030 in weitere Menschenleben fordern, weil die Auswirkungen auf Handel und staatliche Einnahmen, aber auch individuelle Einkommensausfälle langfristige negative Effekte mit sich bringen werden.

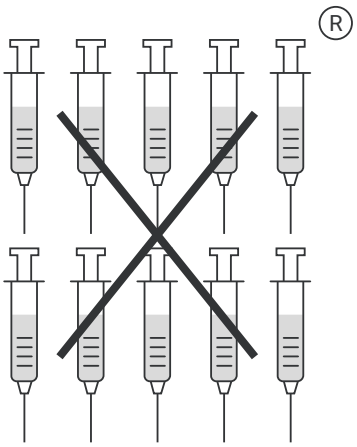
Auch die Unterbrechungen in globalen Lieferketten betreffen afrikanische Staaten. Hier ist mit weiteren Störungen zu rechnen, wenn wichtige Handelspartner wie beispielsweise China erneut auf Maßnahmen wie Lockdowns zurückgreifen müssen. Die wirtschaftliche Zukunft ist somit ungewiss und erklärt, warum politische Akteure aus afrikanischen Ländern und von der AU selbst, immer wieder auf die Notwendigkeit der wirtschaftlichen Unterstützung afrikanischer Staaten hinweisen.

Europa muss massiv Vertrauen aufbauen

Durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine sieht sich der afrikanische Kontinent nun mit weiteren wirtschaftlichen und politischen Unsicherheiten konfrontiert. In vielen afrikanischen Staaten besteht die nicht ganz unberechtigte Sorge, dass der Krieg in der Ukraine Aufmerksamkeit und Ressourcen von anderen globalen Herausforderungen abziehen wird.

> *„Europa wird massiv daran arbeiten müssen, wieder mehr Vertrauen zu afrikanischen Ländern aufzubauen."*

Das Abstimmungsverhalten zentraler afrikanischer Staaten, allen voran Südafrika, in der UN-Generalversammlung und deren zögerliche Haltung, den russischen Angriffskrieg als solchen zu verurteilen, mag der europäisch-afrikanischen Kooperation einen Dämpfer verpasst haben. Es sollte jedoch nicht als grundsätzliche Absage des afrikanischen Kontinents an die Kooperation mit der EU gewertet werden. Vielmehr ist es wichtig, die unterschiedlichen Perspektiven, aus der die jeweiligen Länder auf geopolitische Ereignisse blicken, anzuerkennen und die Differenzen auszuhalten.



Europa wird in den nächsten Jahren massiv daran arbeiten müssen, wieder mehr Vertrauen zu afrikanischen Ländern aufzubauen. Die afrikanischen Länder – trotz der geopolitischen Differenzen – bei der Bewältigung der Pandemiefolgen zu unterstützten, ist daher ein wichtiges Signal an die gleichberechtigte Zusammenarbeit.

Dr. Melanie Müller ist Wissenschaftlerin mit Fokus auf Südafrika/südliches Afrika an der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin und Leiterin des Forschungsprojekts „Transnationale Governance-Ansätze für nachhaltige Rohstofflieferketten".

Energiediplomatie als Win-win-Situation

Dr. Olumide Abimbola

Im Vorfeld des Gipfeltreffens zwischen der Europäischen Union (EU) und der Afrikanischen Union (AU) im Februar 2022 betonten Vertreterinnen und Vertreter der EU, dass sie sich auf eine Wiederbelebung der Beziehungen zwischen beiden Kontinenten auf Augenhöhe freuten. Schon im Vorfeld des AU/EU-Gipfels in Abidjan, Côte d'Ivoire, machte die EU solche Ankündigungen.

Tatsächlich lassen sich die Kontakte neu beleben und zu einer Beziehung unter Gleichen ausbauen – allerdings nur, wenn die EU sich darüber im Klaren ist, welche Vorteile Afrika von der Verwirklichung einer solchen neuen Partnerschaft hat. Die Energie diplomatie, der Europas aktueller Energie bedarf und seine Pläne zur Energiewende zu Grunde liegt, ist einer der Bereiche, in denen das möglich ist, insbesondere angesichts der Dringlichkeit, die durch den Krieg Russlands in der Ukraine entstanden ist.

Die Klimakrise verwüstet verschiedene Teile der Welt – aber kein Kontinent ist so stark betroffen wie Afrika. Kurz vor der COP26, der Klimakonferenz der Vereinten Nationen, veröffentlichte die UN-Sonderorganisation für Klima und Wetter, die Weltorganisation für Meteorologie, einen Bericht, der die Klimamuster in Afrika im Jahr 2020 untersucht. Aus dem Bericht geht hervor, dass der Temperaturanstieg und der Anstieg des Meeresspiegels in Afrika höher ausfallen als im weltweiten Durchschnitt.

Die Niederschläge in den afrikanischen Ländern, in denen die Landwirte überwiegend auf Regenfeldbau angewiesen sind, sind unvorhersehbar geworden, die Dürreperioden haben sich verschärft und Wirbelstürme treten häufiger auf und fordern mehr Menschenleben denn je.

> *„Die Klimakrise verwüstet verschiedene Teile der Welt – aber kein Kontinent ist so stark betroffen wie Afrika."*

Die tödlichen Überschwemmungen, die im Juli 2021 während des Wahlkampfs Teile Deutschlands verwüsteten, sind in afrikanischen Ländern leider an der Tagesordnung – so sehr, dass in internationalen Medien nur selten darüber berichtet wird. Die Flut in der Sahelzone im August und September 2020 etwa forderte in elf Ländern hunderte von Menschenleben, hunderttausende wurden vertrieben.

Und das alles zu einer Zeit, als die Covid 19-Pandemie sowohl einen gesundheitlichen als auch einen wirtschaftlichen Schlag für Länder bedeutete, die ohnehin nicht annähernd über die Ressourcen verfügen, die Deutschland aufbringen könnte, um den Bürgern bei der Bewältigung der Verluste und Schäden durch die Flut zu helfen. Zum Vergleich: Nach dem Hochwasser im Juli 2021 in Deutschland kündigten Bund und Länder an 30 Milliarden Euro für die Unterstützung der Hochwasseropfer bereitzustellen.

Zur Erinnerung: Afrika, in dem mehr als 1,2 Milliarden Menschen leben, hat weniger als 3 Prozent der globalen Treibhausgasemissionen verursacht. Deutschland mit weniger als 85 Millionen Einwohnern hat 4 Prozent beigetragen. Dennoch ist Afrika mit der Hauptlast des Klimawandels konfrontiert.

Was kann und sollte getan werden?

Die Länder, die am stärksten zur Entstehung des Klimanotstands beigetragen haben, tragen zweifellos eine gewisse moralische Verantwortung dafür, sich stärker zu engagieren, um weitere Schäden zu verhindern. Sie tragen aber auch die moralische Verantwortung, die verheerenden Auswirkungen der bereits eingetretenen Schäden zu lindern und die Bemühungen zur Anpassung an das veränderte und sich wandelnde Klima zu unterstützen.

In den Kreisen wird dies im Rahmen des UNFCC-Prozesses in oft hitzigen Debatten erörtert, insbesondere in Bezug auf das Schlüsselkonzept des Pariser Abkommens der gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortung. Dieses Konzept besagt im Wesentlichen, dass jedes Land an der Bewältigung der Klimakrise arbeiten muss – allerdings nicht in gleichem Maße und mit gleichem Tempo, da die Verantwortung für die Entstehung der Krise und die den Ländern zur Verfügung stehenden Ressourcen unterschiedlich sind.

Dies kann nicht nur auf multilateraler Ebene berücksichtigt werden. In Ländern mit historisch hohen Emissionen wie Deutschland und der Europäische Union muss das auch Teil der Innenpolitik sein. Bemühungen zum Klimaschutz und zur Emissionsreduzierung von Ländern mit historisch hohen Emissionen dürfen also zumindest keinen Schaden für Länder mit niedrigen Emissionen wie afrikanische Länder verursachen. Und wenn möglich sollten solche Bemühungen die Pläne der Länder mit geringen Emissionen unterstützen.

Ein Beispiel für derartige Klimaschutzbemühungen ist die ehrgeizige europäische Klimaagenda. Mit ihrem Fit-for-55-Paket will die Europäische Kommission die EU dazu bringen, die Treibhausgasemissionen bis 2030 um 55 Prozent zu reduzieren. Ein zentraler Punkt dieses Plans ist die Überarbeitung des EU-Energiesystems, das für 75 Prozent der Treibhausgasemissionen in der EU verantwortlich ist. Um dies zu erreichen, wird die EU vorerst auf Gas angewiesen sein, das von afrikanischen Ländern, die über Gas verfügen, geliefert werden kann. Außerdem braucht sie Zugang zu wichtigen Rohstoffen, von denen einige für die Herstellung von Batterien und anderen Energiespeichern wichtig sind, die für erneuerbare Energien und den Übergang zu nachhaltigen Energiequellen benötigt werden.

Wie man Energiediplomatie betreibt

Sowohl die Zusammenarbeit im Bereich Gas als auch der Zugang zu seltenen Rohstoffen hat das Potenzial, die historisch asymmetrischen Beziehungen zwischen Europa und Afrika neu zu beleben. Wenn beide Seiten gut zusammenarbeiten, birgt dies auch die Chance, zu Afrikas Energiesicherheit und seinen Anstrengungen zur Klimaanpassung beizutragen und seine Widerstandsfähigkeit zu stärken.

Afrikanische Länder besitzen kritische Mengen an einigen der von Europa benötigten Rohstoffe. So bezieht die EU derzeit 64 Prozent ihres Bauxits aus Guinea, 68 Prozent ihres Kobalts, 36 Prozent ihres Tantals aus der Demokratischen Republik Kongo und etwa 90 Prozent ihrer Platinmetalle aus Südafrika. Andere Länder wie Ghana, Sambia und Simbabwe könnten ebenfalls Kupfer, Platinmetalle und Bauxit in die EU liefern.

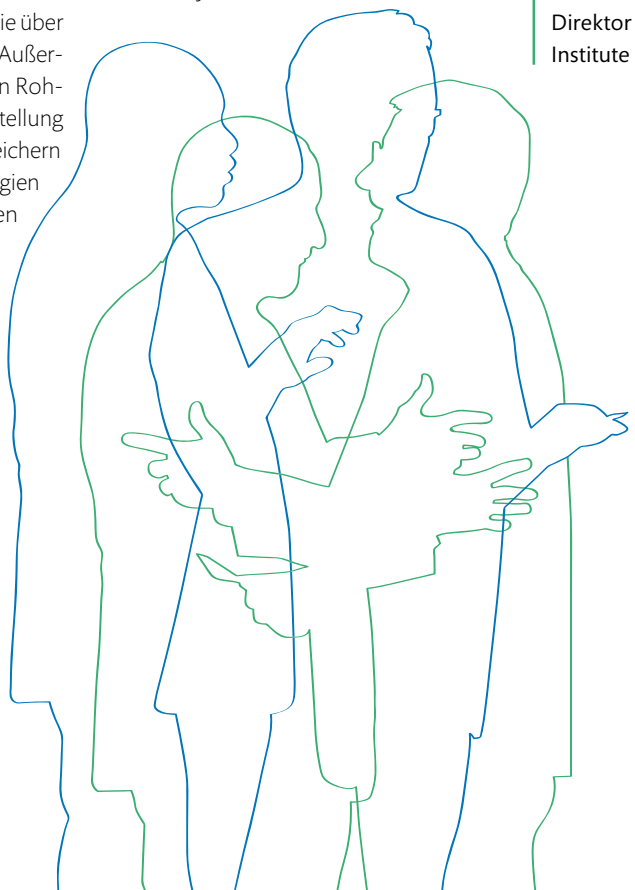
> *„Es reicht nicht aus, Afrika weiterhin ausschließlich als Rohstofflieferanten zu betrachten."*

Seit des Krieges in der Ukraine werden afrikanische Länder derzeit auch von Europa als Gaslieferanten umworben, um die Abhängigkeit Europas von russischem Gas zu verringern. Die Ambitionen dieser Länder gehen jedoch über die Rolle eines Rohstofflieferanten hinaus. Die vor mehr als einem Jahrzehnt entworfene African Mining Vision sah bereits vor, Afrikas Mineralien als Motor für Industrialisierung und Wirtschaftswachstum auf dem eigenen Kontinent zu nutzen.

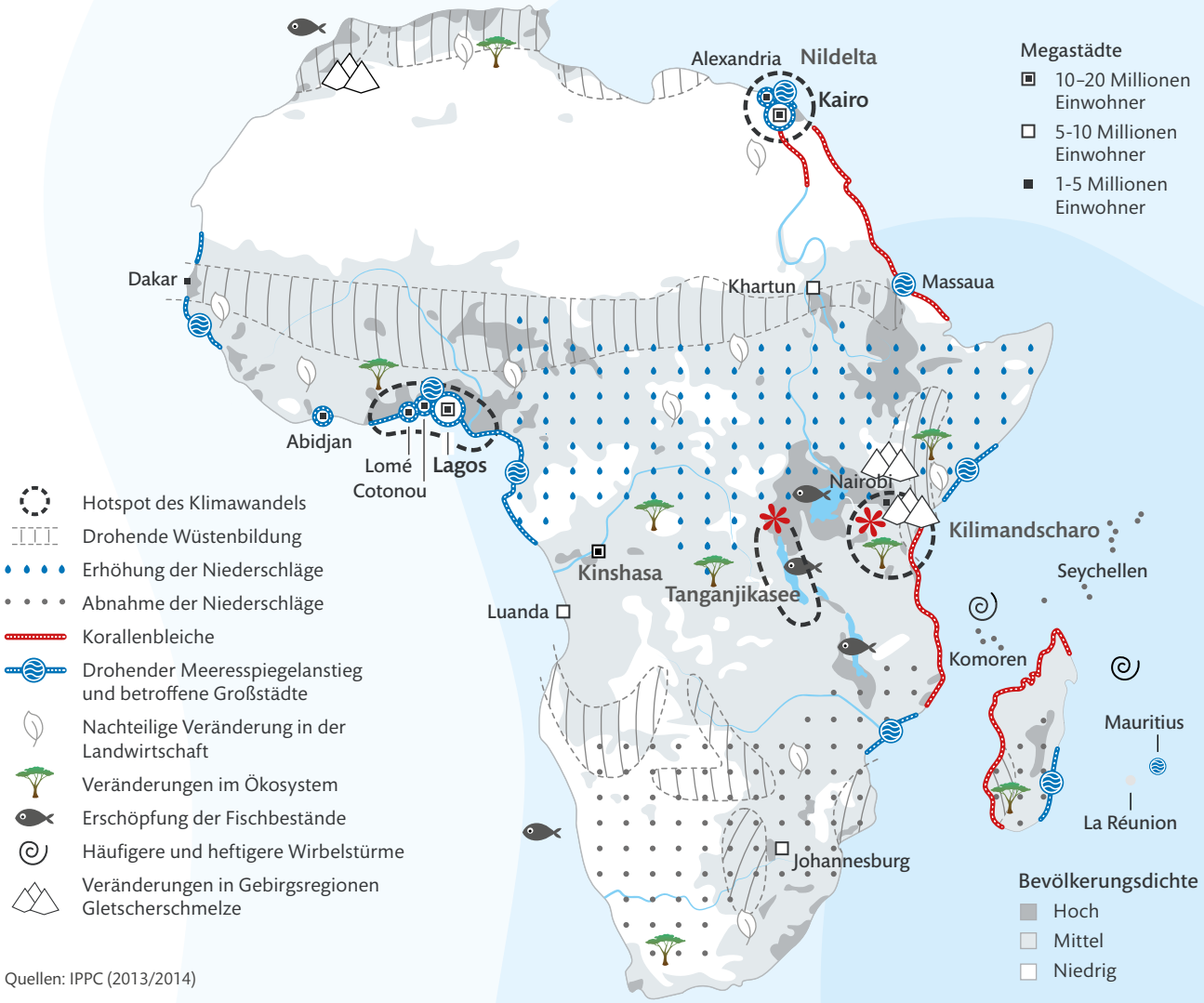
Es reicht also nicht aus, Afrika weiterhin ausschließlich als Rohstofflieferanten zu betrachten. Europa sollte darauf achten, alte Abhängigkeiten nicht zu wiederholen. Europa muss erkennen, dass in einer geopolitischen Welt die afrikanischen Länder auch von anderen Ländern umworben werden. Europa muss in der Lage sein, den afrikanischen Ländern etwas zu bieten, was andere Partner nicht haben.

Die Beziehungen zwischen Afrika und Europa können und sollten wiederbelebt werden. Die Energiediplomatie bietet nicht nur eine Möglichkeit, dies zu tun. Sie bietet auch eine Möglichkeit, eine Win-Win-Situation für beide Seiten zu schaffen. Sowohl Europa als auch die afrikanischen Länder müssen diese Chance ergreifen, aber mit klaren Vereinbarungen, die sicherstellen, dass die Bedürfnisse beider Seiten erfüllt werden.

Dr. Olumide Abimbola ist Volkswirt und Gründer und geschäftsführender Direktor des Africa Policy Research Institute (APRI).

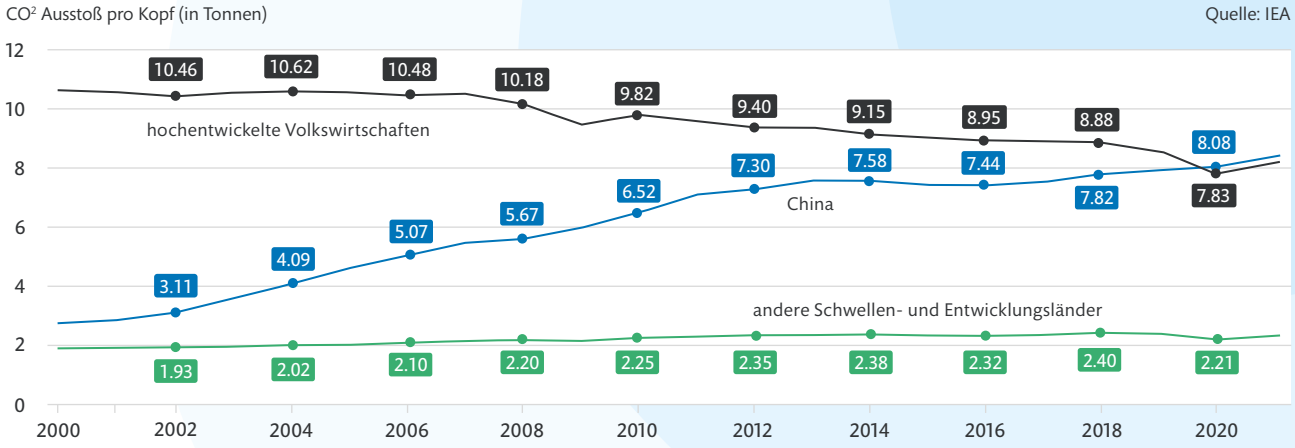


Was der Klimawandel für Afrika bedeutet

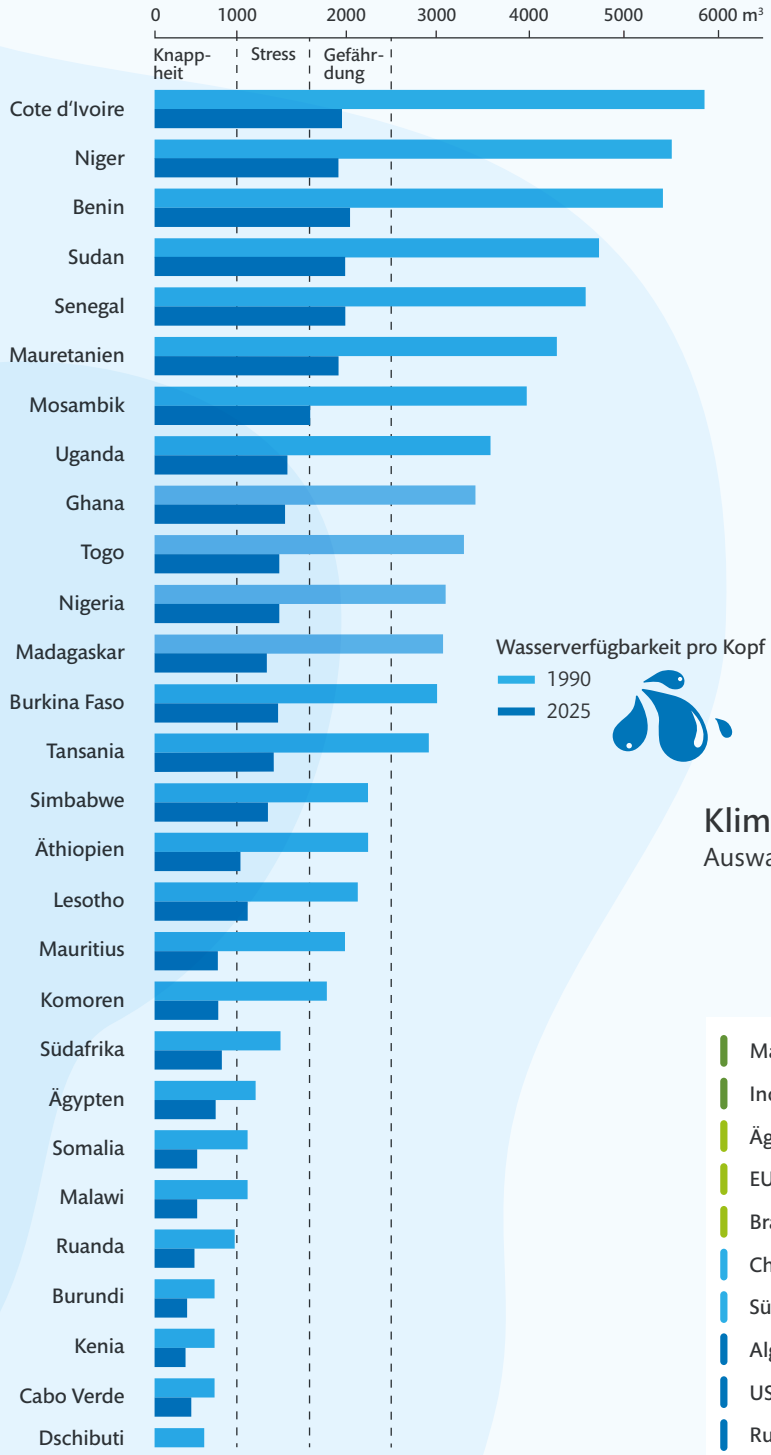


Quellen: IPPC (2013/2014)

Welche Länder den Klimawandel verursachen



Wasserverfügbarkeit in Afrika



Quelle: UNEP | GRID-Arendal

Wasserknappheit pro Kopf
weniger als 1.000 m³ pro Person und Jahr

Wasserstress
1.000 bis 1.700 m³ pro Person und Jahr

Wassergefärdung
1.700 bis 2.500 m³ pro Person und Jahr

Süßwasserstress und -verknappung

Klimaschutzranking 2022

Auswahl

	Aktuelle Platzierung	Vorjahr	Treibhausgas-Ausstoß	Erneuerbare Energien	Energieverbrauch	Politik
Marokko	8.	7.	gut	mittel	mittel	gut
Indien	10.	10.	gut	mittel	mittel	gut
Ägypten	21.	22.	gut	sehr schlecht	gut	mittel
EU	22.	16.	mittel	mittel	mittel	mittel
Brasilien	33.	25.	mittel	gut	gut	sehr schlecht
China	37.	33.	sehr schlecht	mittel	sehr schlecht	gut
Südafrika	39.	37.	schlecht	schlecht	mittel	mittel
Algerien	54.	43.	schlecht	sehr schlecht	schlecht	sehr schlecht
USA	55.	61.	sehr schlecht	sehr schlecht	sehr schlecht	mittel
Russland	56.	52.	sehr schlecht	sehr schlecht	schlecht	sehr schlecht
Australien	58.	54.	sehr schlecht	sehr schlecht	sehr schlecht	sehr schlecht
Kanada	61.	58.	sehr schlecht	sehr schlecht	sehr schlecht	schlecht

gut · mittel · schlecht · sehr schlecht

Quelle: Germanwatch | New Climate Institute 2021

Mali braucht einen neuen Gesellschaftsvertrag

Dr. Christoph Hoffmann, MdB

Im Jahr 1960 erkannte die Bundesrepublik Deutschland als erster Staat die unabhängige Republik Mali an. Mit dem riesigen Land im Westen Afrikas verbindet uns eine lange Geschichte. In der jüngeren Geschichte wird der ehemalige Tourismusmagnet vor allem mit Instabilität, Putschen, Korruption, Terrorismus und einem gefährlichen UN-Einsatz assoziiert, an dem die Bundeswehr mit 1.400 Soldatinnen und Soldaten beteiligt ist.

Nach dem Sturz des libyschen Diktators Muammar al-Gaddafi und dem Zusammenbruch des Landes 2011 fassten malische Tuareg, islamistische bewaffnete Kämpfer, Fuß im Norden Malis. Es folgte ein Sezessionskrieg, in dessen Folge weite Teile Nordmalis unter die Kontrolle der Tuareg gelangten. Der malischen Armee gelang es nicht, den Rebellen auf ihrem Weg nach Zentralmali Einhalt zu gebieten.

2012 bat die Regierung den ehemaligen Kolonialherren Frankreich um Hilfe. Mit Unterstützung der französischen Soldatinnen und Soldaten gelang es, die Islamisten zurückzudrängen und von der Hauptstadt fern zuhalten. Frankreich bat damals Deutschland um Hilfe. Das Kabinett Merkel lehnte dies zunächst ab, seit 2013 beteiligt sich Deutschland militärisch und mit humanitären Maßnahmen.

Angetrieben vom Frust über Korruption in der Armee und Versagen der Zentralregierung, den Aufstand der Tuareg unter Kontrolle zu bekommen, putschten im März 2012 junge Militäroffiziere gegen die gewählte Regierung. In der politisch instabilen Phase, die erst mit den Präsidentschaftswahlen und dem Sieg Ibrahim Boubacar Keïtas im August 2013 vorläufig endete, füllten extremistische Gruppen das entstandene Machtvakuum. Die sicherheitspolitischen Auswirkungen sind noch heute im gesamten Sahel spürbar und zeigen sich regelmäßig in Anschlägen auf staatliche und zivile Einrichtungen. Bis 2020 ist es der Zentralregierung unter Boubacar Keïta nicht gelungen, den Norden unter Kontrolle zu bekommen. Terroristen des Islamischen Staates und von Al-Kaida rückten nach Zentralmali vor, terrorisierten die Bevölkerung und rekrutierten neue Kämpfer in der jungen, stetig wachsenden Bevölkerung.

Verpasste Gelegenheit zum Neuaufbau Malis

Monatelange Massenproteste gipfelten im August 2020 in einem Militärputsch, der der Machtübernahme von Oberst Assimi Goita endete. Die Mehrheit der malischen Bevölkerung begrüßte den Coup und unterstützte die neue Regierung. Dies wäre eine günstige Gelegenheit für die europäischen Partner gewesen, die politisch unerfahrenen, aber nach Veränderung strebenden Machthaber zu unterstützen, ein neues Mali aufzubauen.

Doch die internationale Gemeinschaft verurteilte die Machtübernahme fast einstimmig. Weitreichende Sanktionspakete der Westafrikanischen Union und der EU folgten im Sommer 2020. Rückblickend kann dies als erster Schritt gesehen werden, der Assimi Goita und seine Generäle vom Westen und den internationalen Organisationen wie EU, AU und UN entfremdete.

Implosion des Staates

Für Mali gibt es keine militärische Lösung. Nur wenn wir den Teufelskreis aus Hunger, Armut, Extremismus und zerfallendem Staat durchbrechen, können die Malierinnen

Mali auf einen Blick

Bevölkerung 2022: 20,85 Millionen
Bevölkerungswachstum 2021: 2,9 Prozent
Fläche: 1.200.000 km²
Hauptstadt: Bamako, 1,8 Millionen Einwohner
Durchschnittliche Lebenserwartung 2020: 65,1 Jahre
Bruttoinlandsprodukt 2021: $ 19,1 Milliarden
Bruttoinlandsprodukt pro Kopf 2021: $ 917,90
Staatsform: Seit Oktober 2020 befindet sich Mali in einer Transitionsphase außerhalb der verfassungsmäßigen Ordnung

Quellen: Weltbank & Statista

Bundeswehrsoldaten der MISUSMA-Mission im Camp Castor bei Gao

und Malier frei und selbstbestimmt über ihr Schicksal und ihre Zukunft entscheiden. Die Entwicklungszusammenarbeit spielt eine zentrale Rolle für den Fortschritt des Landes. Korruption hat den Staat implodieren lassen: Öffentliche Leistungen wie Gesundheitssysteme, Sicherheit oder Strafverfolgung bleiben aus. Schulen stehen leer, die Analphabetenrate beträgt 60 Prozent. Weil das Justizwesen versagt, herrscht Selbstjustiz oder die Scharia, was bestehende ethnische Konflikte weiter verschärft. Nur eine transparente Verwaltung wird es schaffen, grundlegende Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheitsdienste, Wasserversorgung, Energie und Müllentsorgung verlässlich anzubieten und Einschränkungen der Bürger- und Menschenrechte zu ahnden.

Der Reformdruck für die Verantwortlichen ist hoch. Knapp die Hälfte der Bevölkerung ist arm und lebt von weniger als 1,90 US-Dollar pro Tag. Armut bietet einen Nährboden für Radikalisierung und dschihadistische Gruppen haben es leicht Kämpfer zu gewinnen, wenn eine wirtschaftliche Perspektive fehlt. Gleichzeitig wächst die Bevölkerung rasant – knapp 6 Kinder pro Frau lassen eine sehr junge Bevölkerung mit einem Altersmedian von 16,3 Jahren entstehen. Angesichts dieser explosiven Mischung benötigt Mali zeitnah eine handlungsfähige Regierung, die entschlossen reformiert.

Doch die aktuellen Entwicklungen deuten in eine andere Richtung: Die postkoloniale Verachtung vieler Malier gegenüber Frankreich, die Russland weiter schürt, kulminierte jüngst in der Einstellung der französischen Antiterror-Einsätze Barkhane und Takuba und dem damit verbundenen Abzug der französischen Soldaten. In der Folge stellte auch die EU ihre seit 2013 operierende Trainingsmission EUTM Mali ein und verlagerte die Kontingente ins benachbarte Niger. Die MINUSMA Mission wird systematisch sabotiert: Der UN werden Überflugrechte, wenn überhaupt, nur nach mehrtägigem Vorlauf eingeräumt, ein ivorisches Wachbataillon wird bei der Einreise festgesetzt, Bundeswehrsoldaten werden an der Ausreise gehindert und Truppenrotationen durch die malische Regierung behindert.

Man muss davon ausgehen, dass diese Nadelstiche gegen MINUSMA durch den inzwischen weitreichenden Einfluss Russlands auf die Übergangsregierung ihre Ursache haben. Offiziell leistet Russland Militärhilfe und liefert Waffen. Tatsächlich sind Söldner der Gruppe Wagner im Land, die die malischen Streitkräfte im Kampf gegen Islamisten unterstützen und dabei ungehemmt Massaker an Zivilisten verüben. Wenige Stunden nach dem Abzug der letzten französischen Soldaten aus der malischen Militärbasis Gao sind dort nach Zeitungsberichten offenbar russische Einsatzkräfte eingetroffen.

Derweil versucht Russland, einen Keil zwischen Partner zu treiben und vermeintliche Schwächen des Westens auszunutzen, um sich geostrategischen Einfluss sichern. In Mali scheint der Kreml damit aktuell erfolgreich.

Ein neuer Gesellschaftsvertrag

Es ist zu hoffen, dass die deutsche Entwicklungszusammenarbeit bald wieder Fahrt aufnehmen kann. Voraussetzung dafür sind freie und faire Wahlen in Mali. In über 60 Jahren deutsch-malischer Entwicklungszusammenarbeit hat die Bundesrepublik das Land mit insgesamt rund 1,5 Milliarden Euro unterstützt. Deutschland ist drittgrößter bilateraler Geber in Mali. Aufgrund der Entwicklungen in Mali wurden von 2021 neu zugesagten Mitteln in Höhe von 69 Millionen Euro bisher nichts ausgezahlt und keine neuen Vorhaben gestartet. Doch all die Projekte, die aktuell regierungsfern mit der Bevölkerung vor Ort, lokalen Partnern und privaten Unternehmen umgesetzt werden, reichen nicht aus.

Vordringlichste Aufgabe ist aktuell, den Gesellschaftsvertrag zu erneuern. Schlägt sich Präsident Assimi Goita jedoch endgültig auf die Seite Russlands, müssen die in Mali eingesetzten Entwicklungsgelder auf den Prüfstand. Zum Wohle der malischen Bevölkerung bleibt die deutsche Hand bisher ausgestreckt.

Dr. Christoph Hoffmann, MdB, ist kommissarischer Vorsitzender des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Er ist seit 2017 Mitglied des Deutschen Bundestages und war bis 2021 entwicklungspolitischer Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion.

Foto: © picture alliance

Blockfreiheit – die beste Wahl für Afrika?

Dr. Fonteh Akum

Die russische Invasion in der Ukraine am 24. Februar 2022 fand zufällig eine Woche nach dem sechsten Gipfeltreffen zwischen der Europäischen Union (EU) und der Afrikanischen Union (AU) statt, auf dem eine „erneuerte Partnerschaft" zur Bewältigung unmittelbarer und langfristiger Herausforderungen beschlossen wurde. Das Ereignis in der Ukraine hat gezeigt, wie schwierig es ist, sich in einer akuten internationalen Krise auf eine gemeinsame afrikanische Position zu einigen und welche Chancen sich aus einer solchen Positionsvielfalt ergeben können.

Drei Faktoren, die für die Umgestaltung der multilateralen Ordnung in den letzten zwei Jahrzehnten stehen, haben die Positionierung der afrikanischen Staaten in der Ukraine-Krise geprägt. Erstens lösten die Grenzen der von außen gesteuerten Projekte zum Aufbau von Nationen im Irak und in Afghanistan eine Selbstreflexion der afrikanischen Staaten über internationale Garantien für Souveränität und Territorialität aus. Die NATO-Intervention in Libyen löste Gewalt, Instabilität und Unsicherheit im gesamten Sahel-Saharagürtel aus.

Zweitens warf die nach innen gerichtete Administration von US-Präsident Trump immer wieder Fragen nach der Rolle der USA in der multilateralen Ordnung auf, einschließlich der Bereitschaft, weiterhin Sicherheitsvorkehrungen im Ausland zu übernehmen und gleichzeitig auf Kosten einer demokratischen Regierungsführung Beziehungen zu starken Männern aufzubauen.

Drittens wurde bei der ersten Reaktion auf die Covid19-Pandemie nationalen Lösungen der Vorzug vor kollektiven gegeben, während bei den Debatten über Impfstoffpatente der Profit gegenüber den Menschen im Vordergrund zu stehen schien.

Vor dem Hintergrund eines sich wandelnden multilateralen Kontextes haben die afrikanischen Staaten weiterhin ihre Interessen definiert und Ansätze und verschiedene Partnerschaften entwickelt, die die nationalen und kontinentalen Agenden erfüllen können.

Afrikas unterschiedliche Positionierung zur Ukraine

Afrika stellt den größten regionalen Stimmrechtsblock in der Generalversammlung der Vereinten Nationen. Die Größe des afrikanischen Blocks hat das Abstimmungsverhalten verschiedener Staaten bei mehreren Resolutionen als Reaktion auf die russische Aggression in der Ukraine offengelegt und gezeigt, dass die afrikanische Po-

Tabelle: Abstimmungsverhalten afrikanischer Länder in der UN-Generalversammlung

Region	Land	UNGA Resolution ES-11/1 zum Angriff Russland auf die Ukraine (2. März 2022)	UNGA Resolution ES-11/2 zu den humanitären Folgen des russ. Angriffs auf die Ukraine (24. März 2022)	UNGA Resolution ES-11/3 zur Suspension Russlands aus dem UN-Menschenrechtsrat (7. April 2022)
Norden	Algerien	enthalten	enthalten	dagegen
	Ägypten	dafür	dafür	enthalten
Osten	Äthiopien	abwesend	enthalten	dagegen
	Kenia	dafür	dafür	enthalten
Westen	Côte d'Ivoire	dafür	dafür	dafür
	Nigeria	dafür	dafür	enthalten
Zentrakafrika	Angola	enthalten	enthalten	enthalten
	Dem. Rep. Kongo	dafür	dafür	dafür
Süden	Südafrika	enthalten	enthalten	enthalten
	Botsuana	dafür	enthalten	enthalten

Quelle: Vereinte Nationen

sition zur Ukraine weder monolithisch noch zu vereinfachen ist.

Über das Abstimmungsverhalten hinaus zeigt eine Diskursanalyse der Erklärungen und Aktivitäten der afrikanischen Länder und der Führung der AU eine Entwicklung durch drei bedürfnis- und interessengeleitete Phasen.

Auf der Grundlage von Anekdoten über rassistisch motivierte Diskriminierung von fliehenden Afrikanerinnen und Afrikanern konzentrierte die unmittelbare Reaktion der afrikanischen Regierungen nach der Invasion sich auf die Notwendigkeit, ihre Staatsangehörigen aus der Ukraine zu evakuieren. Dann folgten Aufrufe zu einem Waffenstillstand und Angebote zur Vermittlung einer raschen Lösung der Krise, die vor allem vom südafrikanischen Präsidenten Cyril Ramaphosa vorgebracht wurden. Angesichts der Unlösbarkeit des Ukraine-Konflikts richtete sich das Interesse Afrikas darauf, die Auswirungen des Krieges auf die Ernährungssicherheit und die Kosten für lebenswichtige Güter wie Düngemittel, Treibstoff, Mehl und Speiseöl zu thematisieren.

Im Juni besuchten der senegalesische Präsident und AU-Vorsitzende Macky Sall und der Vorsitzende der AU-Kommission Moussa Faki Mahamat Russland vor dem Hintergrund der neu verhängten westlichen Sanktionen gegen Russland. Ziel des Besuchs war die Zusicherung des russischen Präsidenten, die wirtschaftlichen Folgen des Konflikts für die afrikanischen Staaten, die in hohem Maße von Getreideexporten und anderen lebenswichtigen Gütern aus Russland und der Ukraine abhängig sind, zu minimieren.

Auf der Suche nach Chancen und Schutz

Die Bedeutung von Souveränitäts- und Territorialitätsnormen in der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) sowie in der Gründungsakte der Afrikanischen Union hätte die afrikanischen Staaten dazu veranlasst, die russische Invasion in der Ukraine kollektiv zu verurteilen. Angesichts der Herausforderungen für die Global Governance kehrten einige afrikanische Länder jedoch zur Blockfreiheit zurück, um ihre nationalen Interessen zu wahren.

Während sich die afrikanischen Staaten nach der Invasion in der Ukraine positionieren, werden drei Schlüsselfaktoren die Beziehungen zwischen der EU und Afrika weiterhin prägen. Erstens wird die erneuerte Blockfreiheit, die noch in den Kinderschuhen steckt, das Engagement Afrikas gegenüber Europa prägen. Die neue Blockfreiheit soll Afrika davon abhalten, auf globale Dynamiken zu reagieren und stattdessen ein proaktiveres Engagement anstreben, das Afrikas Handlungsfähigkeit und soft power bei der Verfolgung nationaler und regionaler Interessen und dem unermüdlichen Streben nach Umsetzung der Agenda 2063 nutzt: Das Afrika, das wir wollen.

> *„Die Situation in der Ukraine bietet die Gelegenheit, wichtige Lehren für den Aufbau von Beziehungen zu ziehen."*

Europa, das auf eine lange und nuancierte Geschichte mit Afrika zurückblicken kann, wird davon profitieren, dass es bei der Zusammenarbeit mit einem vielfältigen Kontinent auf lange Sicht spielt. Die sich abzeichnende Führungsrolle in Afrika jenseits des Staates bietet Europa die Möglichkeit, sein mehrgleisiges Engagement in Afrika zu vertiefen und messbare Ergebnisse zu erzielen.

Die demokratische Staatsführung bietet eine gemeinsame normative und funktionale Grundlage für den Aufbau von Beziehungen. Ein breiterer Fokus auf demokratische Regierungsführung, der über Präsidentschaftswahlen hinausgeht, macht deutlich, wie wichtig es ist, städtische und ländliche Räume zu verwalten, um eine Kultur der Legitimität und Rechenschaftspflicht auf allen Ebenen und in allen Sektoren der Regierungspraxis zu verankern.

Afrikas materielle Zukunft hängt von seiner Fähigkeit ab, sich zu industrialisieren und in Infrastrukturen zu investieren, die den Kontinent in der Produktwertschöpfungskette nach oben bringen und gleichzeitig seine Bemühungen um eine demografische Dividende beschleunigen. Das ordnungspolitische Umfeld, das die Grundlage für Afrikas Industrialisierung bilden sollte, sollte durch ein internationales ordnungspolitisches Umfeld unterstützt werden, das eine gleichberechtigte Teilnahme an den globalen Märkten gewährleistet.

Globale und lokale Dynamiken haben die unterschiedlichen Reaktionen der afrikanischen Staaten auf die Krise in der Ukraine geprägt. Die Reaktionen wurden kaum von normativen Imperativen geleitet, die in der AU-Konstituierungsakte verankert sind, sondern von nationalen Interessen, Freundschaften, historischen Bindungen (in grossem Maße) und dem Streben nach Blockfreiheit. Die Situation in der Ukraine bietet die Gelegenheit, wichtige Lehren für den Aufbau von Beziehungen zu ziehen, aus denen sich eine integrative globale Ordnung nach der Ukraine-Invasion herauskristallisieren wird, in der Afrika eine wichtige Rolle spielen kann. Europa sollte sich auf die Bereiche der normativen Gemeinsamkeiten mit Afrika konzentrieren. Und von diesen gibt es viele.

Dr. Fonteh Akum ist Geschäftsführender Direktor des Instituts für Sicherheitsstudien (ISS).

Die wirtschaftlichen Folgen des Ukrainekriegs für Afrika

Prof. Dr. Tobias Heidland

Der russische Angriff auf die Ukraine im Februar 2022 hat große Auswirkungen auf afrikanische Staaten. Der kurzfristig wichtigste Kanal ist die Ernährungssicherheit, aber auch andere Bereiche wie die Energieversorgung sind betroffen. Die Ukraine ist einer der global bedeutendsten Lebensmittelexporteure. Im Jahr 2019 produzierte die Ukraine etwa 30 Prozent des weltweit produzierten Sonnenblumenöls, vier Prozent des Weizens, fast sechs Prozent der Gerste und drei Prozent des Mais. Diese Zahlen sind bereits beeindruckend, doch sie untertreiben die Bedeutung der Ukraine, denn die meisten Länder exportieren kaum Lebensmittel. Dies ist in der Ukraine anders. Die ukrainischen drei Prozent der Weltproduktion beim Mais machen 16 Prozent der global gehandelten Menge aus.

Durch die Zerstörungen im Krieg, die Umleitung von Produktionsmitteln wie Diesel auf andere Sektoren und die fehlenden Möglichkeiten, Nahrungsmittel weiterhin günstig zu exportieren, sind Lieferungen ausgefallen und die Produktion sinkt. Auch Russland spürt die Folgen, weil zumindest zu Beginn des Konfliktes weniger Schiffe bereit waren, die Schwarzmeerhäfen anzulaufen. Das erhöht die Handelskosten. Eine Reihe afrikanischer Länder, die stark von ukrainischen oder russischen Exporten abhängen, sind dadurch in große Schwierigkeiten geraten.

Besonders betroffen sind Länder, die stark auf in der Ukraine produzierte Produkte angewiesen sind und zusätzlich eine hohe Importabhängigkeit von der Ukraine oder auch Russland haben. Dies trifft insbesondere in einigen nord- und ostafrikanischen Ländern zu (besonders in Ägypten, Tunesien, Somalia), die über den kurzen Seeweg zuvor sehr günstige Handelswege und entsprechend enge Handelsbeziehungen in die Ukraine hatten.

Die dritte Krise in kürzester Zeit

Verschärft wurde diese Situation von schwierigen globalen Rahmenbedingungen. Für viele Länder ist es die dritte Krise innerhalb kürzester Zeit, was die Wirkung der vorherigen noch verstärkt. Zusätzlich zum fortschreitenden Klimawandel, der Erntemengen fallen lässt und der Covid19-Pandemie, die viele Menschen in Entwicklungsländern ihre Jobs und Ersparnisse gekostet hat, nun also noch der Krieg in der Ukraine.

Zusätzlich gibt es relevante längerfristige Trends, die nichts mit Krisen zu tun haben. Dank steigenden Wohlstands in Ländern wie China wächst beispielsweise die Nachfrage nach Lebensmitteln und insbesondere der Konsum tierischer Produkte steigt. Für eine Kilokalorie tierischen Proteins oder Fetts sind jedoch deutlich mehr als eine Kilokalorie an Futter nötig. Das erhöht schon seit Jahren, besonders seit Sommer 2021, die Preise für viele Grundnahrungsmittel. Auch Düngemittelpreise und andere Produktionsinputs werden bereits aufgrund veränderter globaler Nachfrage seit einem Jahr deutlich teurer.

Die resultierenden Preisanstiege für Grundnahrungsmittel sind teils eklatant. Während in Deutschland die Inflationsrate für Brot und Getreideerzeugnisse im Juni 2022 gegenüber dem Vorjahresmonat nach Aussage des Statistischen Bundesamtes 12,5 Prozent betrug, wurde aus einigen afrikanischen Ländern wie Kenia und Uganda uns zeitweise von Verdopplungen der Brotpreise berichtet.

Innerhalb der Länder sind jene Bevölkerungsgruppen besonders stark betroffen, die Nettokonsumenten von Nahrungsmitteln sind. Das sind zum einen die Menschen in Städten und die landlose ländliche Bevölkerung, aber auch Bäuerinnen und Bauern die beispielsweise Cash-Crops anbauen und ihre Lebensmittel oder Futter für ihre Tiere einkaufen müssen. Profitieren könnten Bäuerinnen und Bauern, die nun überraschend höhere Preise für ihre Ernte erzielen oder kurzfristig mit einer Umplanung ihrer Anbauprodukte reagieren konnten. Doch auch diese Gruppe ist negativ vom Krieg in der Ukraine betroffen, da auch die weltweite Düngemittelversorgung durch den Konflikt schwieriger geworden ist.

Ukraines Präsident Selenskyj besucht einen Schwarzmeerhafen, wo nach dem Abkommen mit Russland erstmals wieder Frachtschiffe mit Getreidelieferungen auslaufen →

Zum Zeitpunkt des Verfassens dieses Textes, Mitte Juli 2022, sieht es aus, als würde Russland zukünftig zumindest den Export des jetzigen ukrainischen Getreidebestandes möglich machen und die globalen Preise an den Börsen sind wieder gefallen. In den kommenden Ernteperioden werden Bauern weltweit mehr Weizen, Sonnenblumen, Raps, Mais und andere aus der Ukraine fehlende Produkte produzieren, aber dies geht zu Lasten anderer Anbauprodukte oder führt zur Nutzung eher ineffizienter Flächen und zu Umweltschäden. Dies wird die globale Ernährungslage zwar stabilisieren, doch die Kriegsfolgen kann es nicht komplett ausgleichen.

Höhere Kosten, aber neue Chancen

Langfristig festzuhalten bleibt: Die Welt ist durch den russischen Angriffskrieg in der Ukraine ärmer geworden. Durch den teilweisen Verlust eines der produktivsten Agrarproduzenten weltweit ist das global Angebot an Agrarrohstoffen gefallen und ihre Preise steigen. In Zukunft werden mehr Länder statt in wirtschaftliche Produktion, Bildung und Entwicklung zu investieren, viel Geld für unproduktive Rüstungsgüter ausgeben. Diversifikation bei den Bezugsquellen wird wichtiger werden, was Anreize schafft, dass auch weniger produktive Produzenten auf dem Markt existieren. Die Absicherung gegen zukünftige Krisen macht uns zwar resilienter, aber sie kostet und diese Kosten fallen besonders bei jenen ins Gewicht, die wenig haben.

„Die Welt ist durch den russischen Angriffskrieg in der Ukraine ärmer geworden."

Die Folgen der Veränderungen der Energiepreise gehören zu den großen offenen Fragen für die kommenden Jahre. Besonders dann, wenn der Westen seine Sanktionen gegen Russland aufrechterhielte und Russland seine zu einem Preisnachlass stattfindenden Energieverkäufe in Schwellen- und Entwicklungsländer umleiten könnte, würden sich Chancen für ärmere Länder bieten. Sehr energieintensive Industrien, die relativ wenig spezifisches Knowhow erfordern, beispielsweise Düngemittelproduktion, könnten sich dann aus Europa in Entwicklungs- und Schwellenländer verlagern.

Nationale Regierungen, internationale Organisationen und Nichtregierungsorganisationen können die Lastenverteilung zwischen Bewohnern verschiedener Länder und innerhalb von Staaten beeinflussen, doch am Ende werden die großen Verluste von jemandem in Form geringeren Konsums getragen werden müssen. Insbesondere die Bessergestellten in wohlhabenden Ländern sind dazu viel eher in Lage als der Großteil der afrikanischen Bevölkerung. Doch es steht zu befürchten, dass die Regierungen der reichen Industriestaaten vor allem die eigenen Bürger entlasten und relativ wenig Fokus auf Menschen in anderen Ländern legen werden.

Die langfristigen Folgen sind in der Gänze noch nicht abzusehen. Sie hängen stark davon ab, was im Kreml entschieden wird. Planungssicherheit und die Möglichkeit zumindest teilweise in den Status Quo Ante zurück zu kommen, indem die Kriegsschäden repariert werden, wird es erst mit dem Ende des Krieges geben – eine Entscheidung, die in Moskau getroffen wir.

Tobias Heidland ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Christian-Albrechts-Universität Kiel und Leiter des Forschungszentrums "Internationale Entwicklung" am Kiel Institut für Weltwirtschaft.

Foto: © picture alliance

Ukraine-Krieg bedroht Afrikas Ernährungssicherheit

Die größten Importeure ukrainischen Weizens

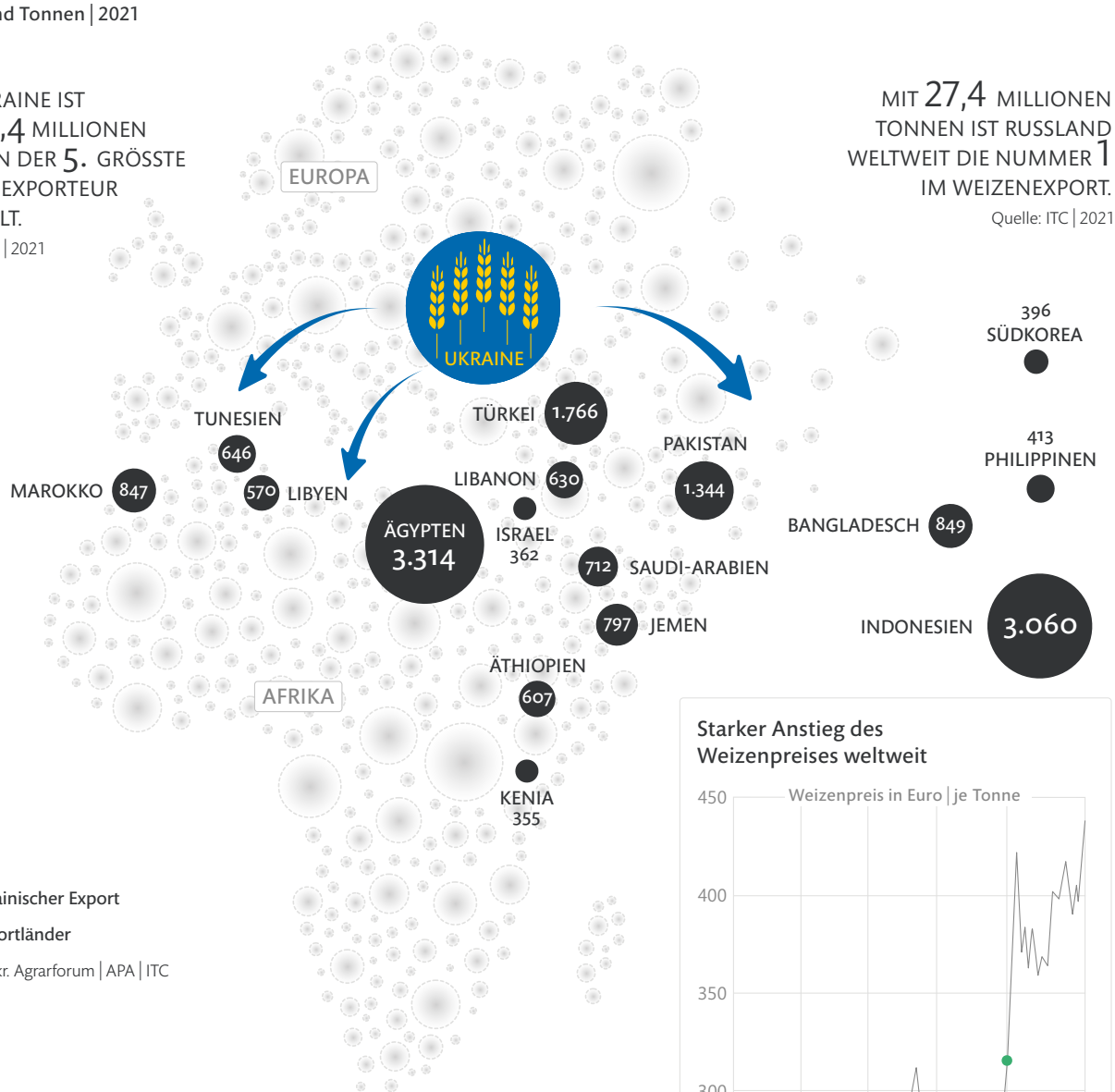
in tausend Tonnen | 2021

DIE UKRAINE IST MIT 19,4 MILLIONEN TONNEN DER 5. GRÖSSTE WEIZENEXPORTEUR DER WELT.

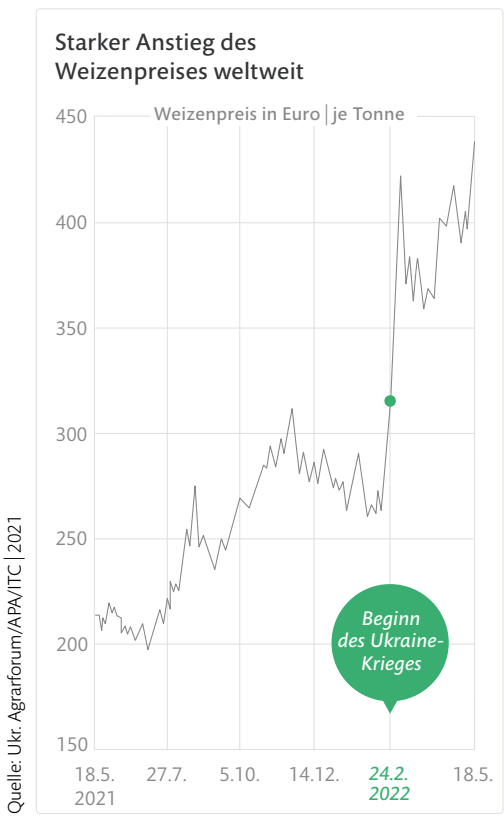
Quelle: ITC | 2021

MIT 27,4 MILLIONEN TONNEN IST RUSSLAND WELTWEIT DIE NUMMER 1 IM WEIZENEXPORT.

Quelle: ITC | 2021



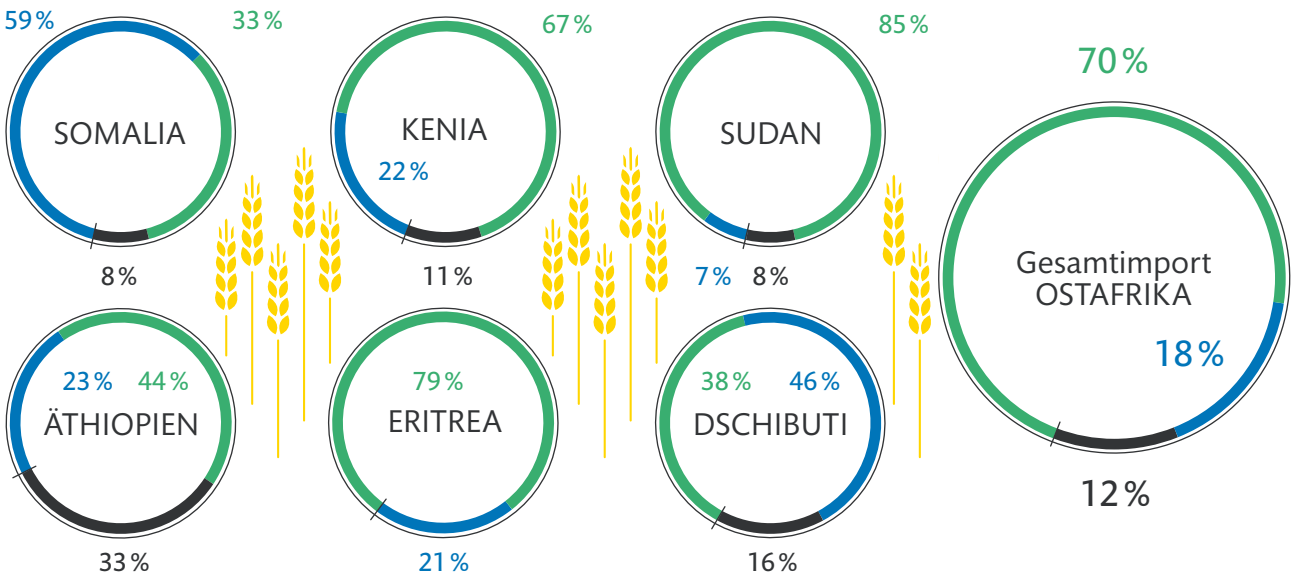
Quelle: Ukr. Agrarforum | APA | ITC



UMGERECHNET VERSORGT DIE UKRAINE MEHR ALS 400 MILLIONEN MENSCHEN MIT NAHRUNGSMITTELN, EXKLUSIVE DER EIGENEN BEVÖLKERUNG. IN AFRIKA UND DEM NAHEN OSTEN WIRD JEDER ZWEITE BIS DRITTE LAIB BROT AUS UKRAINISCHEM KORN GEBACKEN.

Wie das Horn von Afrika vom Ukraine-Krieg betroffen ist

Anteil der Weizeneinfuhren nach Ostafrika, 2021

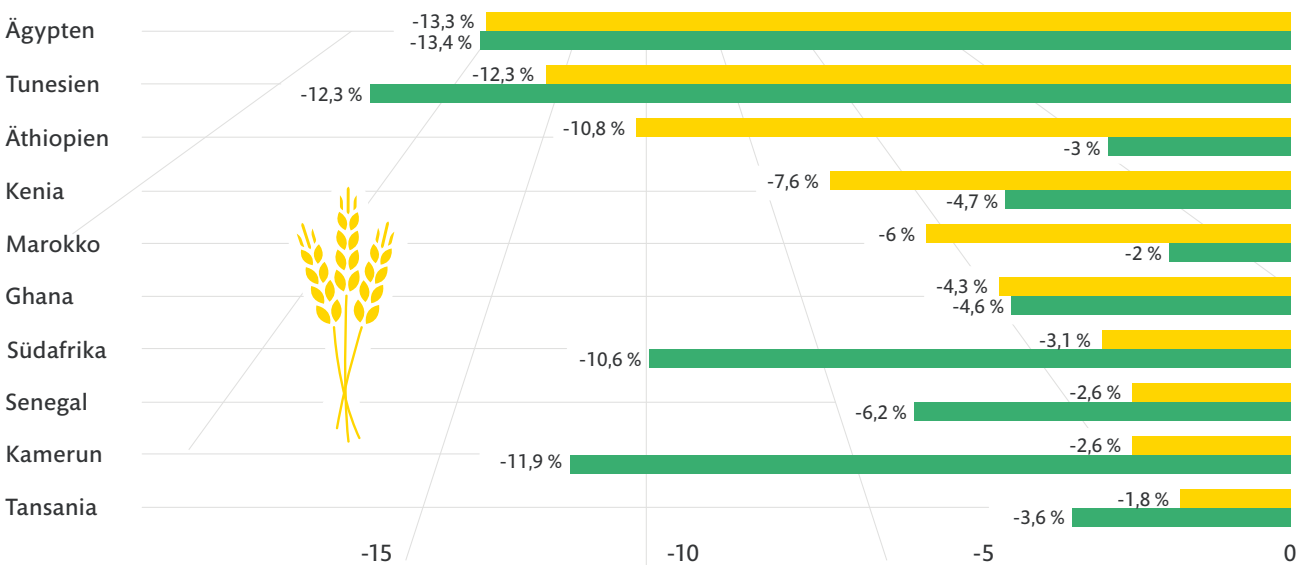


Ukraine | Russland | Rest der Welt

Quelle: WFP

Langfristige Folgen des Ukraine-Kriegs für Afrika

Veränderung der Einfuhren in Prozent



Weizen | andere Getreidesorten

Quelle: IfW | 2022

Mut zu neuen Partnerschaften

Grußwort S.E. Mohamed Mahmoud Ould Brahim Khlil, Botschafter der Islamischen Republik Mauretanien, Doyen der afrikanischen Botschafter in Deutschland

Die Deutsche Afrika Stiftung und andere nicht minder wichtige Partner wie der Deutsche Industrie- und Handelskammertag und der „Afrika-Verein der deutschen Wirtschaft" spielen und müssen eine Rolle bei der Annäherung zwischen Afrika und Deutschland spielen, die auf gegenseitigem Respekt und Vertrauen beruht. Ohne das können keine dauerhaften Beziehungen aufgebaut werden. Das wahre Kapital, das es zu investieren gilt, sind nicht die Zeit oder die Mittel, die aufgewendet werden müssen, um es zu vermehren, sondern die Ressourcen, die aufgebaut werden müssen, um Glück und Wohlstand zu schaffen.

Und da die Partnerschaft zwischen Afrika und Deutschland noch am Anfang steht, muss sie auf einer gesunden, fairen und soliden Grundlage aufgebaut werden, um die Fehler der Vergangenheit zu vermeiden und die Herausforderungen der Zukunft erfolgreich zu meistern. Es versteht sich von selbst, dass die Fähigkeit von Afrikanern und Deutschen, diese Partnerschaften in die Zukunft zu projizieren, in erster Linie von der Art ihrer Beziehungen und den Zielen, die sie verfolgen, abhängt.

Zunehmende Instabilität, anhaltende Konflikte, Krisen unterschiedlicher Art und zunehmende Ungleichheiten in der heutigen Welt haben einen internationalen Kontext voller Widersprüche und Herausforderungen geschaffen. In einem solchen Kontext können Afrika und Deutschland nicht nur mit gutem Beispiel vorangehen, sondern auch die richtigen Lösungen finden. Und zwar durch die Zusammenarbeit zwischen zwei Räumen, die sich gegenseitig ergänzen müssen. Deutschland verfügt über Wissenschaft und Technologie. Afrika ist reich an Rohstoffen und natürlichen Ressourcen, die für Projekte, die die Menschheit retten können, unverzichtbar sind.

Deshalb müssen die Zusammenarbeit und die aufzubauenden Partnerschaften den Technologietransfer nach Afrika fördern, um dort die Industrie, die Landwirtschaft und die Viehzucht zu entwickeln. Durch die Zusammenarbeit mit Afrika beim Aufbau leistungsfähiger Bildungssysteme, zuverlässiger Verkehrs- und Gesundheitsinfrastrukturen hätte Europa wesentlich dazu beigetragen, Migration, Hunger und Krankheiten auf einem Kontinent zu beenden, der heute trotz seiner Rückständigkeit und Unterentwicklung ein Objekt der Begierde ist.

Die Partnerschaften, die mit Afrika aufgebaut werden sollen, sind daher zukunftsweisende Unternehmungen, die mit Zuversicht und Gelassenheit, aber auch und vor allem mit viel Mut und Opferbereitschaft angegangen werden müssen.

Foto: © Jens Schicke

Gemeinsam in die Zukunft

Sommerempfang zu Ehren des afrikanischen Diplomatischen Corps

Am 6. Juli 2022 luden die Deutsche Afrika Stiftung (DAS) und der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) zu einem Sommerempfang zu Ehren des afrikanischen Diplomatischen Corps ein. An diesem Abend im Berliner Haus der deutschen Wirtschaft fand in freundschaftlicher Atmosphäre ein reger Austausch zwischen den rund 120 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus dem afrikanischen Diplomatischen Corps sowie der deutschen Politik und Wirtschaft statt.

S.E. Cheikh Tidiane Sall und Dr. Uschi Eid, Präsidentin Deutsche Afrika Stiftung

Nach Begrüßungen von Dr. Volker Treier, Außenwirtschaftschef und Mitglied der Hauptgeschäftsführung des DIHK, Dr. Uschi Eid, Präsidentin der Deutschen Afrika Stiftung und S.E. Mohamed Mahmoud Brahim Khlil, Botschafter der Islamischen Republik Mauretanien und Doyen der afrikanischen Botschafter in Deutschland diskutierten Dr. Jörg Kukies, Staatssekretär im Bundeskanzleramt, der senegalesische Botschafter S.E. Cheikh Tidiane Sall und Dr. Christian Buck, Abteilungsleiter im Auswärtigen Amt, zum Thema „Gemeinsam in die Zukunft? Der G7-Gipfel und Afrika".

Staatssekretär Dr. Jörg Kukies (Bundeskanzleramt) und I.E. Mulu Bezuneh Solomon, Botschafterin der Bundesrepublik Äthiopien

Aus dem Sommerempfang lässt sich der Schluss ziehen, dass eine Reihe von Beschlüssen und Ankündigungen des G7-Gipfels vom 26. bis 28. Juni in Elmau in den Bereichen Ernährungssicherheit, Infrastruktur, Energie und Globale Gesundheit von besonderer Bedeutung für die Partnerschaft des afrikanischen Kontinents mit den G7-Staaten sind und vor allem eine zeitnahe Umsetzung erfordern. →

Botschafter a.D. Egon Kochanke, Dr. Carsten Köhler, Volkmar Klein MdB, Fred-Eric Essam (v.l.n.r.)

S.E. Cheikh Tidiane Sall, senegalesischer Botschafter und Sabine Odhiambo, Generalsekretärin der Deutschen Afrika Stiftung

Die kurzfristige Maßnahme von 4,5 Milarden US-Dollar zur Sicherstellung der Ernährungssicherheit ist etwa ein wichtiger Schritt, mittel- bis langfristig müssen insbesondere die Resilienz gegenüber Lieferkettenausfällen gestärkt und die Produktionskapazitäten der afrikanischen Landwirtschaft gesteigert werden.

Mit Blick auf globale Gesundheit geht die Einrichtung erster Impfstoffproduktionszentren in afrikanischen Ländern, in die richtige Richtung, um die Coronapandemie zu bekämpfen. Dennoch können die kurzfristigen Impfziele sowohl auf Grund der langsamen Bereitstellung von Impfstoffen als auch teilweise auf Grund der mangelnden Nachfrage nicht erreicht werden. Auch gilt es das Bedürfnis afrikanischer Länder wahrzunehmen, die Impfstoffforschung zu anderen für den Kontinent relevanten Krankheiten wie Malaria auszubauen.

Deutlich wurde auch, dass der Erfolg der 600 Millarden US-Dollar schweren Partnership for Global Infrastructure and Investments (PGII), welche die Infrastrukturprogramme der G7-Staaten zusammenführen und gemeinsam mit der Privatwirtschaft gerade in Afrika Investitionslücken in Infrastruktur schließen soll, an ihrer Umsetzung gemessen würde. Hier besteht dringender Kommunikationsbedarf bezüglich der genauen Ausgestaltung der Initiative sowie der Zahlungs- und Zinsmodalitäten und der Involvierung afrikanischer Partner in die Entscheidungsfindung.

Die nun erfolgte Ermöglichung von Gas als Transitionsenergie war schon beim AU/EU-Gipfel eine Forderung afrikanischer Staaten und soll insbesondere dazu beitragen, die Elektrifizierungsbedürfnisse des Kontinents zu erfüllen. Die gleichzeitige Einhaltung der Pariser Klimaziele ist im beidseitigen Interesse. Um im Bereich der Energiewende besser zusammenzuarbeiten, bedarf es einer konkreten Ausgestaltung des von Bundeskanzler Olaf Scholz eingeführten Klimaclubs, der dabei die unterschiedlichen Kapazitäten der Industriestaaten und Staaten mit niedrigen Emissionen wie eben afrikanische Länder mitberücksichtigt.

Fotos: © Jens Schicke

← I.E. Oumou Sall Seck (malische Botschaft) und Ladi-Grace Kangiwa (nigerianische Botschaft)

Diplomatie von Mensch zu Mensch

Drei Fragen an I.E Mmasekgoa Masire-Mwamba, Botschafterin der Republik Botsuana in Berlin

Frau Botschafterin, Sie verfügen über jahrzehntelange Erfahrung in der Investitionsförderung und in der Verknüpfung von Wirtschafts- und Entwicklungspolitik sowohl in Botsuana als auch darüber hinaus. Wie können Ihrer Meinung nach Handels- und Investitionshemmnisse in afrikanischen Ländern abgebaut werden?

MM: *Die Covid19-Pandemie war in der Tat eine schmerzhafte, aber dringende Erinnerung an die Notwendigkeit, effektive Lieferketten zu gewährleisten und dafür zu sorgen, dass die lokale Versorgung auch in der Welt des globalisierten und liberalisierten Handels gesichert ist. Unternehmensverflechtungen und -entwicklung erfordern eine konzertierte Überprüfung der vorherrschenden Geschäfts- und Investitionspraktiken mit dem Ziel, den Technologietransfer und eine sinnvolle Beteiligung der lokalen Wirtschaft an den Wertschöpfungsketten sicherzustellen.*

Der Abbau von Handelsschranken ist ebenfalls von entscheidender Bedeutung, da er eine strukturelle und politische Neuausrichtung voraussetzt. Entwicklungen wie die Einrichtung des Afrikanischen Freihandelsabkommens (AfCFTA) haben dazu beigetragen, den afrikanischen Märkten einen besseren Zugang zu verschaffen und die Handelsströme auf dem gesamten Kontinent zu erleichtern.

Wo sehen Sie Unterschiede zwischen dem Engagement von Unternehmen aus Deutschland und aus anderen Ländern auf dem afrikanischen Kontinent? Was erwarten Sie angesichts der aktuellen globalen Entwicklungen und insbesondere der Folgen des Ukraine-Krieges von Deutschland und deutschen Unternehmen in Bezug auf Handel und Investitionen in Afrika?

MM: *Gerade für deutsche Unternehmen in Afrika gilt es, ein vielfältiges Beziehungsportfolio zu gewährleisten, das über die bestehenden traditionellen Grundlagen hinausgeht. Unsicherheiten und Störungen im Geschäftsumfeld durch Kriege, Naturkatastrophen und Pandemien zwingen alle Unternehmen, sich mit Fragen der Versorgung, der Nähe zu den Quellmärkten und den Kunden zu befassen. Hier ist ein engeres Engagement gefragt und eine verstärkte Zusammenarbeit als gleichberechtigte Partner bei der Bewältigung globaler Herausforderungen, um sicherzustellen, dass nachhaltige Entwicklungsoptionen umfassend berücksichtigt werden.*

Der erste Teil ihrer Amtszeit als Botschafterin in Deutschland neigt sich dem Ende zu. Wie würden Sie Ihre Zeit hier beurteilen? Was möchten Sie den deutschen Entscheidungsträgern im Hinblick auf die deutsche Afrikapolitik mit auf den Weg geben?

MM: *1) Die "People to People"-Diplomatie, das heißt die Einbindung der Bevölkerung über die offiziellen Stellen hinaus, war der Schlüssel zum Vorantreiben der nationalen Entwicklungsagenda während meiner Amtszeit in Deutschland. Auf diese Weise habe ich erlebt, dass vor allem junge Menschen aus Botsuana mit Begabungen und Interessen in den Bereichen Musik, Kunst und Sport, sich auf nationaler und internationaler Ebene engagieren und zusammenarbeiten. Dies hat in der Tat Türen für ein besseres Verständnis auf beiden Seiten geöffnet.*

2) Der Ausbau der Geschäftsbeziehungen und die Erkundung weiterer Investitionsmöglichkeiten sind sowohl für Botsuana als auch für die deutsche Wirtschaft von Vorteil. Auf einer Investitionsfahrt durch Berlin, Hamburg und Schwerin wurden botsuanischen Geschäftsführerinnen und Geschäftsführern verschiedene potenzielle Kooperationsprojekte vorgestellt, die nun einer soliden Prüfung unterzogen werden.

3) Die botsuanische Diaspora in Deutschland ist aktiv und engagiert. Insbesondere während der Covid19-Pandemie war die Botschaft ein nützlicher, schneller und relevanter Kommunikationskanal in beide Richtungen. Dies sollte man ausbauen.

4) Von den Entscheidungsträgerinnen und -trägern in Deutschland wünsche ich mir mehr Anstrengungen, die Synergien zwischen Deutschland und den einzelnen Ländern im Hinblick auf eine Partnerschaft bei der sozioökonomischen Entwicklung Afrikas zu nutzen. Schließlich sollte Deutschland danach streben, ein aktiver Partner in der Entwicklung der Wertschöpfungskette der Industrie in Afrika zu sein.

Wie können Handel und Auslandsinvestitionen in Afrika gesteigert werden?

Prof. Dr. Tobias Heidland und Prof. Dr. Rainer Thiele

Handel und Auslandsinvestitionen sind die beiden zentralen Arten, wie die deutsche Wirtschaft in afrikanischen Ländern aktiv wird. Im Vergleich zu anderen Staaten wie beispielsweise Frankreich ist das Engagement deutscher Unternehmen auf dem Kontinent allerdings recht gering.

Dabei bietet Afrika viele Möglichkeiten. Es ist der Kontinent mit der am schnellsten wachsenden Bevölkerung, es gibt eine wachsende Mittelschicht, große Verbesserungen bei Bildung, Gesundheit und guter Regierungsführung. Durch die überproportional präsente Medienberichterstattung über Bürgerkriege, Hungersnöte und Migrationsdruck aus afrikanischen Ländern, herrscht jedoch bei vielen ein eher negatives Narrativ vor.

Wie können Handel und Auslandsinvestitionen in Afrika gesteigert werden? Dieser und anderen Fragen ging das vom BMWK und BMF geförderte Forschungsprojekt im Rahmen des Wirtschaftswissenschaftlichen Clusters Afrikaforschung nach, dessen Ergebnisse bei einer gemeinsam von der Deutschen Afrika Stiftung und dem Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW) organisierten Veranstaltung in der Parlamentarischen Gesellschaft im April 2022 vorgestellt wurden.

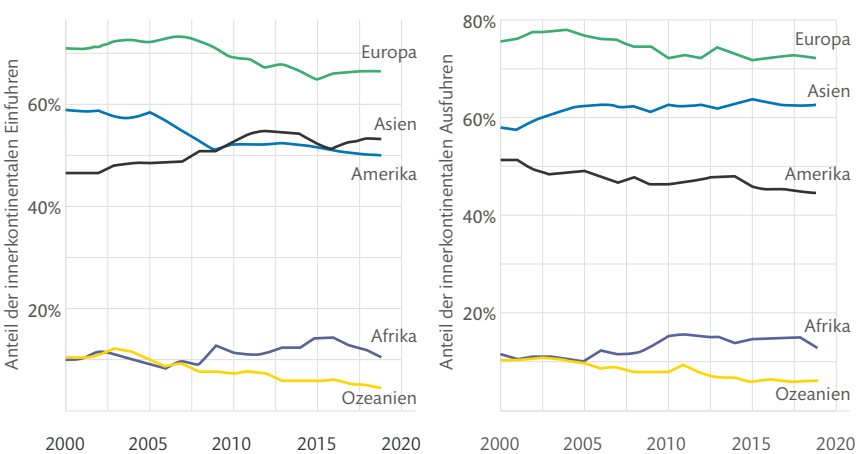
Die wichtigste Erkenntnis lautet: Die 54 afrikanischen Staaten sind wirtschaftlich und sozial sehr heterogen. Es gibt viel Potential, aber auch großen Nachholbedarf.

Viele afrikanische Länder leiden unter einem Mangel an physischem Produktionskapital wie Maschinen. Dadurch ist die Produktivität einer Arbeitsstunde extrem niedrig und Löhne entsprechend gering. Es ist Konsens unter Ökonomen, dass für Wachstum und Lohnanstiege Produktivitätssteigerungen nötig sind. Dies betrifft nicht nur die Industrie. Auch Produktivitätssteigerungen in der Landwirtschaft sind abhängig von Kapitaleinsatz wie Maschinen, Dünger und verbessertem Saatgut.

Doch woran liegt es, dass Kapital fehlt? Gab es nicht gerade eine ganze Dekade mit Niedrigzinspolitik und Investoren die händeringend nach lohnenden Investitionen gesucht haben? Wir müssen also nach den Gründen für fehlendes Kapital fragen.

Sind Länder tatsächlich durch den Mangel an Kapital beschränkt oder fehlt es an den nötigen Rahmenbedingungen zu investieren, so dass selbst das vorhandene private Vermögen nicht in Produktionstechnologien investiert wird? Verfügbare Daten und Erfahrungen mit afrikanischen Institutionen legen nahe, dass in vielen Ländern die Investitionsbedingungen tatsächlich das größte Problem sind. Politische Instabilität, Korruption, hohe bürokratische Bürden sind dabei wichtige Faktoren. Doch dies gilt bei Weitem nicht für alle Länder und eine Reihe von Staaten hat große Verbesserungen bei den Investitionsbedingungen erzielt.

Abbildung: Innerafrikanischer Handel im internationalen Vergleich



Daten der Enterprise Surveys der Weltbank, in denen Industrieunternehmen in Sub-Sahara Afrika nach den größten Hindernissen befragt werden, zeigen, dass Zugang zu Kapital den wichtigsten Einzelfaktor darstellt. Dieses Kapital kann unter den richtigen Bedingungen durchaus aus dem Ausland kommen. Warum aber ist das deutsche Engagement bisher so gering und wie können Auslandsinvestitionen in Afrika gesteigert werden?

Politische Maßnahmen können wirksam sein

Neue Untersuchungen des IfW zeigen, dass eine gemeinsame Sprache und ein gemeinsames koloniales Erbe, das häufig auch einen gemeinsamen Rechtsrahmen bedingt, das Volumen an Direktinvestitionen erhöhen können. Diese Faktoren, die Ländern wie Frankreich und Großbritannien einen Vorsprung verschaffen, sind jedoch nicht veränderbar. Aus der Studie geht aber auch hervor, dass bilaterale Investitionsschutzvereinbarungen und Investitionsgarantien eine positive Rolle spielen können. Handelsintegration, beispielsweise durch die Schaffung von Freihandelszonen, sind ein weiterer wichtiger Faktor, der Auslandsinvestitionen erleichtert. Politische Maßnahmen können also wirksam sein.

Die Studie legt aber auch nahe, dass nicht jedes Instrument erfolgreich dabei ist, Auslandsinvestitionen zu steigern. Zielgerichtete Entwicklungszusammenarbeit, beispielsweise Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur oder der staatlichen Verwaltung, hat in Afrika im Durchschnitt keinen signifikanten Einfluss auf ausländische Direktinvestitionen. Das heißt jedoch nicht, dass Entwicklungszusammenarbeit nicht effektiv in der Erreichung anderer Ziele sein kann, beispielsweise bei der Förderung von Bildung und Gesundheit.

Neben zu geringen Investitionen ist die unzureichende Einbindung afrikanischer Staaten in internationale Handelsbeziehungen ein entscheidendes Entwicklungshemmnis für den Kontinent. Schaubild 1 zeigt, dass der innerafrikanische Handel weit hinter anderen Regionen zurückbleibt. Der innereuropäische Handel zum Beispiel beträgt etwa das Siebenfache des innerafrikanischen Handels. Gerade kleine afrikanischen Staaten leiden aber unter der geringen nationalen Marktgröße. Aufgrund des nicht ausreichenden Absatzmarktes werden viele Unternehmen gar nicht erst gegründet und es kommt nicht zu sich selbst tragenden Wachstumsprozessen.

Vor diesem Hintergrund werden insbesondere in die inzwischen von 43 afrikanischen Staaten ratifizierte kontinentale Freihandelszone große Hoffnungen gesetzt. Die Bestimmungen der Freihandelszone sind zwar bisher nicht in Kraft getreten, können in ihren möglichen Auswirkungen aber schon grob abgeschätzt werden, wie eine neue Studie des IfW zeigt.

Konkret wird in der Studie eine Szenarioanalyse mithilfe eines Modells durchgeführt, das die internationalen Handelsbeziehungen und die Einkommensentstehung in den einzelnen Ländern abbildet. Dabei werden zwei stilisierte Szenarien unterschieden: Erstens: die Abschaffung aller Zölle innerhalb Afrikas (in dem Abkommen sind einige wenige Ausnahmen vorgesehen). Zweitens: die zehn-prozentige Reduktion sogenannter nichttarifärer Handelshemmnisse wie hohe Transportkosten oder bürokratische Hindernisse wie lange Wartezeiten in Häfen. Eine alleinige Zollsenkung würde nur zu einem sehr geringen Anstieg des Handels und der Einkommen der afrikanischen Bevölkerung führen. Im zweiten Szenario ergeben sich weit höhere Gewinne: der innerafrikanische Handel etwa würde bei einer zehnprozentige Verringerung der nichttarifären Handelshemmnisse um mehr als 20 Prozent steigen.

Prof. Dr. Tobias Heidland ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Christian-Albrechts-Universität Kiel und Leiter des Forschungszentrums „Internationale Entwicklung" am Kiel Institut für Weltwirtschaft.

Prof. Dr. Rainer Thiele ist Direktor der „Kiel Institute Africa Initiative" und Honorarprofessor an der Christian-Albrechts-Universität Kiel.

Foto: © iStock

Gemeinsam aus der Schuldenkrise

Dr. Daouda Cissé

Im Jahr 2020 belief sich die Gesamtverschuldung Afrikas auf 702,4 Milliarden US-Dollar, verglichen mit 380,9 Milliarden US-Dollar im Jahr 2012. Neben den traditionellen offiziellen öffentlichen, privaten und multilateralen Kreditgebern haben China und andere aufstrebende Akteure wie Indien und die Türkei aufgrund ihres wachsenden Engagements auf dem Kontinent zunehmend an Bedeutung für die globale Auslandsverschuldung Afrikas gewonnen.

Diese Entwicklung stellt jedoch die Verschuldung des Kontinents generell in Frage. Dabei gibt es Maßnahmen, wie die derzeitige Schuldenkrise Afrikas bewältigt und künftige Probleme mit seinen Auslandskrediten entschärft werden können.

Arbeiter und Arbeiterinnen in Addis Ababa produzieren Schuhe für die chinesische Firma Huajian International Shoe City Co

China als wichtiger Kreditgeber für Afrika

Von 2000 bis 2019 beliefen sich Chinas Kreditzusagen an afrikanische Länder auf 153 Milliarden US-Dollar, womit es der größte bilaterale Kreditgeber für öffentliche Kredite afrikanischer Länder ist. Bei der Kreditvergabe Chinas muss jedoch zwischen der öffentlichen Entwicklungshilfe und den sonstigen öffentlichen Mittelflüssen unterschieden werden, da verschiedene Akteure beteiligt sind, darunter Zentral- und Provinzregierungen, Unternehmen, politische Banken und andere Finanzinstitute. Außerdem wird die Hälfte der chinesischen Kreditvergabe an Entwicklungsländer nicht offiziell ausgewiesen, da sie außerhalb der staatlichen Bilanzen erfolgt und von staatlichen Unternehmen und Banken, Joint Ventures oder privaten Institutionen verwaltet wird, anstatt direkt von Regierung an Regierung erfolgt.

> *„Chinas Kredite an Afrika sind seit 2016 zurückgegangen."*

Chinesische Unternehmen und Finanzinstitute unterstützen verschiedene infrastrukturelle Megaprojekte auf dem Kontinent. Die meisten dieser Projekte werden mit Hilfe von kommerziellen und zinsgünstigen Darlehen finanziert. Zwischen 2000 und 2019 haben chinesische Geldgeber 1.141 Darlehensverpflichtungen mit afrikanischen Regierungen und deren Staatsunternehmen unterzeichnet.

Es ist bemerkenswert, dass Chinas Kredite an Afrika seit 2016 zurückgegangen sind. China hat mit seinen eigenen Finanzproblemen zu kämpfen. Die Umstrukturierung der chinesischen Wirtschaft, die sich weniger auf Exporte als auf Importe konzentriert, sowie die Verlagerung von Ressourcen (Bergbau und Öl) zu Dienstleistungen in Afrika (Informations- und Kommunikationstechnologien, Banken, Versicherungen u.a.) könnten ebenfalls den Rückgang der Kredite in den letzten Jahren erklären. Angesichts der Folgen der Covid19-Pandemie beliefen sich die chinesischen Darlehen an afrikanische Länder im Jahr 2020 zum ersten Mal seit 2000 auf 1,9 Milliarden US-Dollar, verglichen mit 8,2 Millarden Dollar im Jahr 2019.

Schuldenprobleme afrikanischer Länder

Angesichts der zunehmenden Bedenken der Afrikaner, der Partner der afrikanischen Länder und der internationalen Finanzinstitutionen in Bezug auf die Schuldenkrise des Kontinents und ihre Folgen für die Souveränität und das Eigentum an Infrastrukturen, die Kreditvergabe auf der Grundlage von Vorzugsdarlehen und bedingten Krediten sowie die Rückzahlung von Krediten zu höheren Zinssätzen ist die Staatsverschuldung zu einem wichtigen Thema für China und die afrikanischen Regierungen geworden.

Die jüngsten Krisen belasten die afrikanischen Regierungen und Volkswirtschaften zusätzlich: Mit der Pandemie und dem Einmarsch Russlands in der Ukraine sowie der Nahrungsmittel- und Energiekrise wachsen die sozioökonomischen Herausforderungen für die afrikanischen Regierungen, die mehrfach einen Schuldenerlass, einen Schuldenstopp und eine Umstrukturierung der Kredite gefordert haben. Die chinesischen politikorientierten Staatsbanken zögern jedoch, weitere Schuldenerleichterungen anzubieten. So stieß beispielsweise Kenias Versuch, einen Schuldenstopp zu verlängern, auf den Widerstand der China Eximbank. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, Hilfe, Entwicklungsfinanzierung und Investitionen für Afrika zu überdenken.

Der Weg nach vorn

Die afrikanischen Regierungen konzentrieren sich auf die Umschuldung oder/und die Aufnahme von Darlehen aus China sowie von ihren traditionellen Partnern (vor allem der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten), um die sozioökonomischen Folgen der Covid19-Pandemie und des Einmarsches Russlands in der Ukraine sowie deren Auswirkungen auf die Nahrungsmittel- und Energie(un)sicherheit und die steigenden Nahrungsmittel- und Energiepreise abzufedern. Das Bewusstsein der Afrikaner über Chinas Entwicklungshilfe für Afrika in Form von Darlehen variiert von Land zu Land auf dem Kontinent: 74 Prozent in Kenia, 70 Prozent in Mauritius, 68 Prozent in Cabo Verde, 30 Prozent in Sierra Leone, 28 Prozent in Marokko, 28 Prozent in Nigeria und 24 Prozent in Tunesien.

Die Afrikanerinnen und Afrikaner sind jedoch besorgt über die Abhängigkeit ihrer Länder von ausländischen Krediten, einschließlich chinesischer Kredite. Fragen zur Transparenz chinesischer Kredite, der guten Regierungsführung in afrikanischen Regierungen, der Korruption, der Verwaltung von Geldern, Krediten und Schulden sorgen für Diskussionen auf dem gesamten Kontinent.

> *„Afrika ist besorgt über die Abhängigkeit ihrer Länder von ausländischen Krediten."*

Für China ist das Risiko der Nichtrückzahlung von Krediten durch viele afrikanische Länder hoch. Daher möchte China von anderen Gläubigern afrikanischer Länder lernen und ist daher stark daran interessiert, sich an den Diskussionen über die Verschuldung auf globaler Ebene zu beteiligen. Dies wird auch dazu beitragen, die Hilfe für afrikanische Länder zu überdenken und künftige Risiken zu mindern.

Nur durch Zusammenarbeit zwischen den afrikanischen Regierungen, der Europäischen Union, den Vereinigten Staaten, China und privater Kreditgeber ist eine Umschuldung und (Neu-)Verhandlung für afrikanische Länder in den gegenwärtigen Zeiten politischer und wirtschaftlicher Ungewissheit möglich, in denen die Finanzmittel in den OECD-Ländern und überall sonst auf der Welt knapper werden. Die G7, die G20 und die OECD können in Absprache mit allen Parteien Normen und Standards für einen solchen gemeinsamen Rahmen aufstellen.

Zur Bewältigung der globalen Schuldenkrise in Afrika ist Transparenz erforderlich.

- *Afrikanische Regierungen sollten Kreditverträge offenlegen und Daten zur Verfügung stellen, um unter anderem versteckte Kredite, Misswirtschaft und Korruption zu vermeiden.*
- *Deutschland und die EU könnten Druck auf die afrikanischen Regierungen ausüben, um mehr Transparenz und Datenverfügbarkeit in Bezug auf die Kredite und Schulden der afrikanischen Länder zu erreichen.*
- *Eine solche Initiative sollte auch Deutschland und die EU direkt dazu verpflichten, alle Daten über Schulden und Kredite gegenüber afrikanischen Ländern offenzulegen.*

Afrikanische Regierungen müssen

- *starke Strukturen einrichten, um Strategien für die Aushandlung von Krediten zu entwickeln,*
- *einen kontinentalen Finanzrahmen schaffen, um weniger von ausländischen Krediten abhängig zu sein und*
- *die regionalen Wirtschaftsgemeinschaften und die Afrikanische Union einbeziehen, um mehr auf regionaler Ebene und weniger auf bilateraler Ebene zu verhandeln.*

Dr. Daouda Cissé ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am German Institut of Development and Sustainability (IDOS, vormals Deutsches Institut für Entwicklungspolitik). Im Rahmen des Forschungsprojektes „Megatrends Afrika" arbeitet er zu den Beziehungen zwischen China und Afrika.

Foto: © picture alliance

Tsitsi Dangarembga ist eine preisgekrönte simbabwische Autorin und gilt als bedeutende Regisseurin des jüngeren afrikanischen Kinos. Sie studierte an der Deutschen Film-und Fernsehakademie in Berlin und kehrte anschließend in ihre Heimat Simbabwe zurück. 2020 war sie für den britischen Booker Prize nominiert. 2021 erhielt sie den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels. 2022 war sie Jurymitglied der Berlinale (oben)

Der Prozess war sogar anregend für meine Arbeit

Die Schriftstellerin und Filmemacherin Tsitsi Dangarembga im Gespräch

Zwei Jahre lang stand Tsitsi Dangarembga vor Gericht. Gegen das im Herbst gefallene Urteil geht sie in Berufung. Das Interview führten wir im Sommer 2022 – vor der Urteilsverkündung und ihrer beinahe verhinderten Reise nach Harvard.

Seit 2020 läuft Ihr Prozess, der geradezu kafkaeske Züge annimmt. Immer wieder wird vertagt, vertagt, vertagt. Zermürbungstaktik könnte man das nennen. Wie geht es Ihnen in dieser Lage?

TD: *Ich habe mich nicht unterkriegen lassen. Denn mein Leben war sehr ausgefüllt mit Dingen, die mir viel Freude bereiten. Die Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels im vergangenen Jahr und auch die Nominierung für den Booker Prize 2020 haben mir viele Möglichkeiten eröffnet. Jetzt liegen viele dieser spannenden Kooperationen und Veranstaltungen – auch in Berlin – hinter mir.*

Aktuell bin ich sehr angespannt. Denn im Moment scheint nichts von dem, was ich gerne gemacht habe, gut zu funktionieren. Anfang September sollte ich ein neunmonatiges Stipendium am Radcliffe Institute for Advanced Study an der Universtität Harvard antreten, worauf ich mich sehr gefreut habe. Aber bis zum Vortag der Abreise wusste ich nicht, ob ich überhaupt ein Visum bekomme. Unter diesen Umständen bekommen die negativen Aspekte des Lebens mehr Einfluss.

> „Ich habe mich nicht unterkriegen lassen. Denn mein Leben war sehr ausgefüllt mit Dingen, die mir viel Freude bereiten."

Zum Prozess selbst dürfen Sie sich nicht äußern. Aber sicher können Sie berichten, wie der Prozess in Simbabwe wahrgenommen wird. International gibt es ja viel Berichterstattung. Aber wie ich lese, spielt Ihr Fall in den offiziellen Medien ihres Landes, die von der Regierung kontrolliert werden, keine Rolle. Wie kann die simbabwische Öffentlichkeit überhaupt erfahren, wie es um Ihren Prozess steht?

TD: *Nein, es gibt nicht viele Informationen darüber in Simbabwe, weil die offiziellen Regierungsmedien nicht wirklich daran interessiert sind, solche Geschichten zu erzählen. Und wenn sie es doch tun, dann aus einem bestimmten, negativen Blickwinkel heraus. Aber das Problem ist, dass es so viele Verfahren gegen Oppositionelle und Mitglieder der wichtigsten Oppositionspartei, der Citizens Coalition for Change, gibt. Im Moment läuft eine Spendenaktion für zwei Oppositionelle, die verhaftet wurden, weil sie den Mord an einer Oppositionsfrau aufgedeckt hatten. Ein Anhänger der Regierungspartei, die in den Mord verwickelt war, wurde verurteilt. Der andere Verdächtige konnte ungeschoren davongekommen. Stattdessen wurden 14 Oppositionelle festgenommen.*

Wir werden also mit dieser Art von Verfahren so überschwemmt, dass es sehr schwierig ist, den Überblick zu behalten. Das ist Teil der systematischen Unterdrückung der Opposition. Die Menschen neigen dazu, ihre Aufmerksamkeit auf die großen politischen Persönlichkeiten zu richten. Wenn es um einzelne Bürgerinnen und Bürger geht, ist es nicht so einfach zu verstehen, welche demokratischen Grundsätze auf dem Spiel stehen. Daher verfolgen die Menschen in Simbabwe diese Art von Prozessen nicht so sehr. →

In Deutschland und auch international sind Sie durch Ihre Bücher und Preise berühmt. Hat ein Prozess gegen eine weltweit öffentliche Person wie Sie nicht auch symbolische Wirkung, besonders für die Kulturschaffenden in Simbabwe?

TD: *Ich würde sagen, nein. Simbabwe befindet sich in einer Situation, in der andersdenkende Kulturschaffende wahrscheinlich außerhalb des Landes sind. Um im Land zu überleben, muss man in irgendeiner Weise positive Beziehungen zur Regierung haben. Daher sind die noch praktizierenden Kulturschaffenden im Lande vor allem Leute, die der Regierungspartei Zimbabwe African National Union – Patriotic Front nahestehen. Unabhängig von ihrer privaten Haltung sind die gar nicht in der Position, sich solidarisch mit mir zu zeigen.*

Zwei Jahre Anwaltskosten, da kommt einiges zusammen. Bisher haben Anwälte der Organisation Zimbabwe Lawyers for Human Rights die Verteidigung übernommen. Aber sie können die Kosten nicht mehr tragen. Wie geht es weiter?

TD: *Ja, in den zwei Jahren sind die Kosten immer höher geworden. Es sieht wirklich so aus, als ob es sich hier um eine Strategie handelt, mit der Ressourcen, Zeit und Energie für diese Art von Rechtsstreitigkeiten gebunden werden. Und dann gibt es noch all die anderen Fälle. Der eben erwähnte Fall der 14 Oppositionellen, die angeblich in diesen Mordfall verwickelt sind, ist ja nur einer der bekanntesten in der Umgebung der Hauptstadt Harare. Wir können nur erahnen, was im Rest des Landes passiert, wo ebenfalls täglich Menschen wegen Kleinigkeiten festgenommen werden. Zimbabwe Lawyers for Human Rights ist nicht mehr in der Lage, all diese Fälle aus eigenen Mitteln zu finanzieren.*

Deshalb haben wir eine Spendenaktion gestartet. Der PEN Deutschland und mein deutscher Verlag Orlanda unterstützt uns und koordiniert alles.

„Um in Simbabwe zu überleben, muss man in irgendeiner Weise positive Beziehungen zur Regierung haben."

Der Prozess erscheint im wahrsten Sinne kafkaesk. Verlauf und Ausgang sind vollkommen unvorhersehbar. Aber es besteht immer noch die Möglichkeit, dass Sie ins Gefängnis müssen. Bereiten Sie sich irgendwie darauf vor oder denken Sie einfach nicht darüber nach?

TD: *Es hat keinen Sinn, darüber nachzudenken. Wenn ich das tun würde, würde ich nur depressiv werden. Und es gibt noch andere Dinge, um die ich mich kümmern muss. Die Richterin wird ihre Entscheidung treffen und danach gibt es viele Möglichkeiten, die über das Amtsgericht hinausgehen. Wenn es das Geld zulässt, würden wir wahrscheinlich Berufung einlegen wollen. Aber ja, alles kann passieren. Aber ich will wirklich nicht meine Energie in eine Art chaotische Leere verschwenden.*

Lässt sich nicht den Mund verbieten: Die Schriftstellerin Tsitsi Dangarambga

Stattdessen haben Sie während dieses Prozesses sogar geschrieben. Wie hat sich dieser Prozess auf Ihre Arbeit ausgewirkt? Konnten Sie sich überhaupt auf andere Themen konzentrieren?

TD: *Das einzige, was sich mit Prozessbeginn verändert hat, ist, dass ich öfter im Gericht bin und mehr mit Besprechungen und der Organisation von Zeugen und solchen Dingen zu tun habe. Es hat mich viel Kraft gekostet, nicht zu wissen, ob ich im September nach Harvard reisen kann. Es ist das zweite Mal, dass ich mich dort beworben habe. Jetzt habe ich das Stipendium gewonnen, was mir neun Monate Zeit zum konzentrierten Arbeiten ermöglicht. Ich bin sehr froh, dass das Visum doch noch gekommen ist – am Tag vor der Abreise!*

Das sind alles Hindernisse, die der simbabwische Staat und sein Handeln mir in den Weg gestellt hat. Aber ich beschäftige mich nur damit, wenn ich muss. Denn es geht um meine Zeit und die Energie, die ich darauf verwende. Aber ich bin Schriftstellerin und deshalb analysiere ich alles und denke über die Bedeutung der Dinge in menschlicher und gesellschaftlicher Hinsicht nach. So gesehen ist der Prozess sogar anregend für meine Arbeit.

Dann lassen Sie uns über Ihre Arbeit sprechen. Gerade ist in Großbritannien ein neuer Essayband von Ihnen erschienen. Bis er auf deutsch herauskommt, dauert es noch etwas. Aber verraten Sie uns doch schon jetzt: Worum geht es in diesen Aufsätzen?

TD: *In diesen Essays geht es im Grunde um meine Erfahrung als schwarze simbabwische Frau, die sich in einer Welt zurechtfinden muss, die nicht wirklich viel Platz für eine schwarze simbabwische Frau hat. Vor allem nicht für eine, die in der Kreativbranche tätig ist.*

Ich beschreibe auch, wie ich selbst in der Kreativbranche aufgenommen wurde. Warum ist diese Branche so relevant? Ich halte es für wichtig, dass Menschen wie ich eine Plattform haben und die Kreativwirtschaft ist ein Ort des Diskurses, in dem wir eine Vielfalt von Inhalten haben sollten.

„Menschen wie ich" – Sie sind ja nicht nur eine schwarze Schriftstellerin und Filmemacherin, sondern auch eine Feministin und politische Aktivistin. Trennen Sie jemals Schreiben, Literatur oder Film von Ihren politischen Anliegen?

TD: *Die Ideen und die Seelen sind dieselben. Aber wenn ich mich dazu entschließe, mit einem Plakat auf die Straße zu gehen, dann ist das eine ganz bestimmte Entscheidung, eine ganz persönliche, weil ich mich sonst hilflos fühle. Während ich beim Schreiben über alles Mögliche schreibe und einfach versuche, es so zu formulieren, dass es für mich einen Sinn ergibt und eine Geschichte daraus entsteht, von der ich hoffe, dass andere sie lesen und etwas davon haben.*

Kürzlich haben Sie im Literarischen Colloquium Berlin an einer Veranstaltungsreihe mit dem Titel „Mit Sprache handeln" teilgenommen. Wie handeln Sie mit Sprache?

> *„Jede Sprache ist ein Akt. Allein die Tatsache, dass wir sprechen, ist ein Akt. Es ist sehr wichtig, dass die Menschen das verstehen."*

TD: *Jede Sprache ist ein Akt. Allein die Tatsache, dass wir sprechen, ist ein Akt. Er ist absichtlich und es werden Entscheidungen getroffen, diese Art von Gespräch zu diesem bestimmten Zeitpunkt mit dieser Person zu führen und nicht mit einer anderen. Auch dieses Gespräch hier hat wie jede Handlung, Auswirkungen und zieht weiteres Handeln nach sich.*

Ich glaube, es ist sehr wichtig, dass die Menschen das verstehen. Wenn also eine Frau die Straße entlanggeht und jemand sie als Frau beschimpft, dann ist das eine Handlung, die eine Auswirkung auf diese Person hat. In diesem Sinne verstehe ich Sprache als eine Handlung.

Wenn wir sprechen, ist das auch etwas Körperliches, weil sich die Luft dabei bewegt. Es ist also auch ein physischer Akt. Und wenn wir auf Papier schreiben, machen wir eine physische Markierung. Wenn Worte auf dem Bildschirm erscheinen, dann liegt das an der Physik des digitalen Geräts, das Sie benutzen, und das führt zu dieser visuellen Sache. Es ist also eine Kommunikation.

In Deutschland gelten Sie als eine der „radikalsten weiblichen Stimmen des afrikanischen Kontinents." Ihre preisgekrönte Romantrilogie „Aufbrechen", „Überleben", „Verleugnen" erzählt eine weibliche Geschichte von Bildung und Aufstieg, aber auch von zerschlagenen Hoffnungen, Härte und Entfremdung und gelegentlichen Eruptionen der Gewalt. Würden sie diese Bücher als aktivistische Romane bezeichnen?

← Die Vorsteherin des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels, Karin Schmidt-Friderichs, verlieht Tsitsi Dangarembga in der Frankfurter Paulskirche den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels

TD: *Es gibt Genres, die sich in Kulturen etabliert haben, die eine lange Tradition des Schreibens haben. Sie lassen sich also nicht eins zu eins in Kulturen übertragen, die nicht dieselbe Tradition haben – wie eben die Literatur Simbabwes. Deswegen können Leserinnen und Leser diese Romane als Aktivistenroman oder als Liebesroman oder als Coming-of-Age-Roman bezeichnen.*

Ich erzähle das Leben eines jungen Mädchens, das große Ambitionen hat. Es ist doch verrückt, dass das Aktivismus sein soll. Es sollte ganz normal sein, dass ein junges Mädchen Träume und Wünsche hat. Und dass sie etwas unternimmt, um sie zu erfüllen.

Die Heldin Ihres Romans, Tambudzai, ist in der Tat ein erstaunliches Mädchen mit vielen Talenten und großen Ambitionen. Aber Tambudzai ist eben auch viel mehr als das, nämlich die Repräsentantin des jungen Simbabwe. Wie sieht es aus, diese andere, junge Version von Simbabwe, die Sie uns da vorstellen?

TD: *Ich bin zu einer Zeit aufgewachsen, als wir um das Feuer sassen, als die Verwandten sich versammelten und ein älterer Verwandter uns jüngeren Geschichten erzählte. Es ist mir wichtig dieses Gefühl durch mein Schreiben wieder zu erzeugen. Besonders das Gefühl der Gemeinschaft unter jungen Frauen.*

Also war es für mich wichtig zu sagen: Hey, junge Frauen, wisst ihr, dass es ein Leben da draussen gibt, an dem ihr teilhaben könnt? Denn das ist tatsächlich eine neue Idee für viele junge Frauen, dass sie nicht wissen, dass sie die Erlaubnis haben, vor allem Wünsche für sich selbst zu haben. Ich meine, das ist klassischer Feminismus, seine eigenen Wünsche zu haben und daran zu arbeiten, sie zu erfüllen. Das wissen sie nicht.

Tambudzai tut einiges, um ihre Ambitionen zu verwirklichen. Aber sie stößt sehr schnell an strukturelle Grenzen. In ihrem Fall einer schwarzen jungen Frau vom Dorf heißen diese Beschränkungen Herkunft, Rasse und Geschlecht.

TD: *Und Klasse.*

Ja, Klasse kommt auch noch hinzu. Es ist eine vielfältige, komplexe Diskriminierung, Zdie Tambudzai da erlebt. Intersektionalität nennt man das in der Wissenschaft. Können Sie uns kurz erläutern, wie sich diese Unterdrückungsmechansimen in Simbabwe zeigen und vor allem, welche Auswege es daraus gibt?

TD: *Ja, es war wichtig für mich, auf diesen Komplex von negativen Bedingungen hinzuweisen, die sich auf jemanden auswirken, der all diese demografischen Merkmale hat. Aber auch zu versuchen, diese im Prozess des Schreibens zu bewältigen. Es gibt keine einfache Antwort darauf, wie Frauen diese multiplen Benachteiligungen überwinden können. Eine Möglichkeit ist, sich der ZANU-PF anzuschließen.*

Wie das?

TD: *Ganz einfach. Wenn Sie in irgendeiner Weise der ZANU-PF angehören, als Frau zum Beispiel einen Mann geheiratet haben, der oben in der Hierarchie der Partei steht, haben Sie Zugang zu Macht und Ressourcen. Auch Männer nutzen diese Möglichkeit, dann geht es natürlich auch ohne Heirat. Es ist sehr schwierig, jemandem in Simbabwe diesen Schritt vorzuwerfen. Denn die Alternative bedeutet, dass man wie Tambudzai und ihre Familie im Elend bleibt.*

Die andere Möglichkeit ist, das Land zu verlassen. Vielleicht ein Viertel der simbabwischen Bevölkerung lebt in der Diaspora. Wenn

Simbabwe auf einen Blick

Bevölkerung 2021: 15 Millionen
Bevölkerungswachstum 2021: 1,5 %
Fläche: 390.757 km²
Hauptstadt: Harare, 1,5 Millionen Einwohner
Durchschnittliche Lebenserwartung 2020: 62 Jahre
Bruttoinlandsprodukt 2021: $ 26,2 Milliarden
Bruttoinlandsprodukt pro Kopf 2021: $ 1.737
Staatsform: Republik mit Präsidialverfassung

Quellen: Weltbank/Statista

sie können, schicken die Exilanten Geld zurück, um die Familie daheim zu unterstützen. Die Regierung ist froh über diese Zuwendungen, weil sie die Wirtschaft unterstützen.

Die Möglichkeiten solche komplexen Benachteiligungen zu überwinden, sind also extrem begrenzt.

Manche, die es schaffen, das Land zu verlassen, haben eine Ausbildung genossen und haben dadurch auch in anderen Teilen der Welt einen Wert für die Weltwirtschaft. Deshalb basiert meine Geschichte von Tambudzai auf dem Wunsch nach Bildung, weil sie der Meinung war, dass sie dadurch in die Lage versetzt werden würde, sich selbst einen Wert zu verschaffen. Und die Dinge zu erreichen, nach denen sie sich sehnt.

Simbabwe ist ein Land, in dem die Menschen noch nie wirklich Frieden erlebt haben. Wenn man in einer Struktur der Gewalt und der komplexen Diskriminierung aufwächst wie Sie sie beschreiben, ist es nachvollziehbar, dass sich eine Demokratie hier nicht von innen heraus entwickeln und Fuß fassen konnte. Wo sehen Sie auf lange Sicht die Quelle des Wandels? Liegt die Hoffnung allein in der Diaspora?

TD: *Die Hoffnung liegt in den Verzweifelten. Die Menschen im Land müssen verstehen, dass sie selbst dafür verantwortlich sind, ihr Leben zu verbessern. Aus dieser Hoffnung heraus habe ich diese Romane geschrieben. Ich bin der Meinung, dass eine kreative Erzählung, die einen Menschen intellektuell, aber auch emotional anspricht, ein großartiger Anfang ist. Transformationsprozess ist ein großes Wort, aber ein Prozess, der es jedem Einzelnen ermöglicht, sich zu verändern, ist der einzige Weg, zu bestimmten Erkenntnissen über die Rolle einer Bürgerin oder eines Bürgers zu gelangen und diese umzusetzen. Wenn die Menschen das nicht verstehen, wird es keinen Wandel geben.*

Deshalb ist eine meiner größten Enttäuschungen, dass ich seit einem Vierteljahrhundert in der Kreativbranche arbeite, um Erzählungen zu produzieren und wirklich nicht viel Unterstützung für meine Arbeit erhalten habe.

Und ich habe das Gefühl, dass, wenn ich in der Lage gewesen wäre, einige meiner Projekte zu verwirklichen, wir eine Gesellschaft hätten, die vielleicht ein wenig weiter auf dem Weg der Veränderung wäre. Denn ich habe so viele junge Frauen in Simbabwe und anderswo, die zu mir kommen und sagen: „Wissen Sie, ich wusste, dass etwas nicht stimmt. Als ich Aufbrechen gelesen habe, habe ich es verstanden. Aber es war die Artikulation des Problems." Die Regierung hätte meine Arbeit natürlich nicht unterstützt, aber auch die internationale Gemeinschaft, die sich ebenfalls in irgendeiner Weise mit der Regierung arrangieren muss, war nicht wirklich an meiner Arbeit interessiert. Das ist bedauerlich.

Alle Hoffnung liegt also im Individuum? Glauben Sie nicht, dass gerade in einer Gemeinschaft eine besondere Kraft zum Wandel entstehen kann? Denken Sie nur an die französische Revolution.

TD: *Das Individuum ist doch die kleinste Einheit der Gemeinschaft. Man kann die kritische Masse einer veränderten Gemeinschaft nicht ohne das Individuum erreichen. Auch in der Diaspora gibt es Menschen, die die Art und Weise, wie Simbabwe regiert wird, befürworten. Das ist keine homogene Gruppe, die vielleicht von außen auf die Verhältnisse im Land einwirken könnte.*

Es muss also tatsächlich mit dem Individuum beginnen. Natürlich kann der einzelne allein keinen gesellschaftlichen Wandel herbeiführen. Wenn die Überzeugungen gereift sind, müssen sich Gleichgesinnte zusammenfinden und aktiv werden. Das ist die Wahrheit über den Wandel.

Vielen Dank für dieses – trotz allem – hoffnungsvolle Gespräch, Frau Dangarembga!

Das Gespräch führte Sarah Elsing.

„Wandel beginnt mit dem Individuum. Wenn die Überzeugungen gereift sind, müssen Gleichgesinnte zusammen aktiv werden."

2020 hielt Tsitsi Dangarembga in Simbabwes Hauptstadt Harare zusammen mit einer Freundin ein Plakat hoch, auf dem sie Reformen forderte. Ende September 2022 wurden beide zu je einem halben Jahr Haft auf Bewährung und einer Geldstrafe von 200 Dollar verurteilt – unter der Auflage, dass sie sich fünf Jahre lang nicht politisch engagieren. Dangarembga will Berufung einlegen.

Weitere Informationen zum Prozess auf der Seite des PEN-Zentrum Deutschland e.V. www.pen-deutschland.de

Fotos: © picture alliance

Tsitsi Dangarembgas Roman-Trilogie um die Hauptfigur Tambudzai: „Aufbrechen", „Verleugnen", „Überleben"

Ruth Weiss auf der Reise ins damalige Südrhodesien mit Sohn Alexander im Babykorb © Peter Duminy

Die deutsch-afrikanische Problemlöserin

Sarah Elsing

In ihrem Geburtsland Deutschland kennen sie nur wenige. Im südlichen Afrika aber ist die Autorin, Journalistin und Holocaust-Überlende Ruth Weiss eine Größe. Sie lernte Nelson Mandela kennen und wurde für den Friedensnobelpreis nominiert. Nun wird diese erstaunliche Frau 98 Jahre alt.

← Neues wagen und sich den Umständen anpassen: Ruth Weiss in Malawi im Jahr 1973

„Wie der Käfer durch den Sommer kriecht der Zufall ins Gesetz wenn man spricht ist immer jetzt – sonst nicht "

Wie ein Skarabäus-Käfer schillert das Gedicht der Nobelpreisträgerin Herta Müller in der 700 Seiten starken Festschrift, die der PEN zu Ehren der Autorin und Journalistin Ruth Weiss herausgebracht hat. So wenig zufällig die ausgeschnittenen Wortschnipsel sich auf dem Papier zu Müllers berühmten Wortschnipsel-Collagen fügen, so wenig überrascht es, dass die aus dem rumänischen Banat stammende Dichterin und die 1924 in Fürth geborene Jüdin sich verstehen. Beide wissen genau, was es bedeutet, wenn der Zufall der Geburt plötzlich Gesetz wird und Verfolgung und Tod nach sich zieht. Beide haben am eigenen Leib erfahren, was es heißt, aus der Heimat ausgewiesen zu werden – die eine aus Nazi-Deutschland, die andere aus der kommunistischen Diktatur in Rumänien. Beide mussten sich in der neuen Heimat erstmal einrichten und lernten sich mit dem, wer sie sind und was sie tun gegen alle Widerstände zu behaupten.

Kein Zufall auch, dass Nadine Gordimer, die 2014 verstorbene Grande Dame der südafrikanischen Literatur und ebenfalls Nobelpreisträgerin, die gute Freundin als „die menschlich wärmste und anteilnehmendste Frau, der ich je begegnet bin" beschreibt. So steht es in Gordimers Nachwort zu Ruth Weiss' 1995 erschienener Autobiographie „Wege im harten Gras", das ebenfalls in jener umfassenden Festschrift mit dem treffenden Titel „Wandernde zwischen den Welten" abgedruckt ist.

Tatsächlich: Als Ruth Weiss am Vortag ihres 98. Geburtstages auf dem Zoom-Bildschirm erscheint, ist sie der Gesprächspartnerin gleich freundlich zugewandt. Wach, eloquent und bestens informiert spricht →

← Ruth Weiss mit Denis Goldberg bei der Namensgebung der Ruth Weiss Schule in Aschaffenburg

sie über den Ukraine-Krieg, Merkels „Wir schaffen das", Chinas Ausbeutung der Lithium-Reserven in Simbabwe und den neu aufkommenden Antisemitismus in Deutschland. „Ich versuche, mich auch über das Heutige und nicht nur das Gestrige zu informieren. Ich lese immer noch die afrikanischen Nachrichten, vor allem natürlich die über das südliche Afrika. Und gelegentlich schreibe ich auch einen Blog oder so etwas dazu."

Aber natürlich erzählt die Jahrhundertzeugin auch aus ihrem erstaunlichem Leben. „Ich glaube, der Zufall hat eine ganze Menge in meinem Leben mitzuverantworten." Noch immer rollt ihr das fränkische R weich von der Zunge, dabei wollte sie nie mehr im Leben in ihre Heimatstadt Fürth zurückkehren. Diese Stadt, deren Bewohner sie ausgegrenzt, gedemütigt, verfolgt, ihr die Staatsbürgerschaft entzogen, die Heimat genommen und den Großteil ihrer Familie und Freunde ermordet haben. Es mag Zufall gewesen sein, dass ihre Eltern mit der 11-jährigen Ruth fliehen konnten und die Familie just in Südafrika landete, wo das Apartheidssystem zwar nicht mehr sie als Juden, dafür Schwarze und „coloured people" unterdrückte.

Zufall sei es auch gewesen, dass sie Journalistin geworden sei. Zwar zunächst als Ghostwritern für ihren Ehemann, dem besonders Wirtschaftsberichte nicht lagen. Aber bald schreib sie unter eigenem Namen für deutsche und englische Medien. Als Südrhodesien im November 1965 die Unabhängigkeit von Großbritannien erklärte, schickte der Chefredakteur der Johannesburger Financial Mail nicht eines der männlichen Schlachtrösser ins Feld, sondern die junge Wirtschaftsredakteurin Ruth Weiss. Wer das Zufall nennt, verkennt das Können, Wissen und die analytische Schärfe einer Frau, die sich in der Männerdomäne Auslands- und Finanzberichterstattung erfolgreich durchgesetzt hat. „Diese stille Frau offenbarte Mut bei ihren politischen Verbindungen und Handlungen. Diese wiederum entstanden aus der nahezu furcht-einflössenden Ehrlichkeit, die sie kennzeichnet. Glaubt sie an die Richtigkeit einer Sache, handelt sie entsprechend, im vollen Bewusstsein der möglichen Konsequenzen", erinnert sich Nadine Gordimer, die mit Weiss Simbabwes Machthaber Robert Mugabe in dessen Garten besuchte. Auch Nelson Mandela traf Weiss auf dessen Flucht und half nach dem Ende der Apartheid dabei, dass beide Seiten wieder ins Gespräch kamen. 2005 wurde sie dafür für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen.

Auch in privaten Dingen sei Ruth „nichts weniger als eine hartgesottene Feministin" schreibt Gordimer. Nachdem ihr Mann ihr schon das Jura-Studium ausgeredet hatte, was sie bis heute bereut, lässt Weiss sich nicht auch noch das Recht auf Mutterschaft nehmen und zieht das vom Mann ungewollte Kind allein auf. Entgegen dem Rat der Freundin. „Aber es ging gut, nicht?", freut sich Weiss, die heute bei ihrem Sohn in Dänemark lebt. „Er ist sozusagen inmitten einer Dienstreise zur Welt gekommen. In England, einem Land, in dem er nach seiner Geburt gar nicht leben würde." Denn von London ging es direkt nach Südrhodesien, wo sie zwei Jahre lang als Korrespondentin blieb. Als Weiss wieder nach Südafrika einreisen will, lässt man sie nicht mehr ins Land und entzieht ihr den Pass. Auch Südrhodesien wies sie kurz danach wegen ihrer Berichterstattung aus.

Eine geschiedene Frau Mitte der sechziger Jahre in Afrika, alleinerziehend, berufstätig, anti-Apartheid und in zwei Staaten persona non grata. Wie schafft man sowas? War das besonders großer Mut? „Resilienz" wie der Psychiater und Holocaust-Überlebende Viktor Frankl sagen würden? Ein außergewöhnlich kühler Kopf in einer schwierigen Situation? Obwohl: Schwierig? Ruth Weiss nennt es „eine etwas ungewöhnliche Situation. Ruth Weiss nennt es lediglich „eine etwas ungewöhnliche Situation."

Gedicht auf Seite 65:
Die Nobelpreisträgerin Herta Müller stellte für Ruth Weiss dieses Schnipselgedicht mit Käfer zusammen.

Woher kommt diese Stärke? „Ich sag's mal auf Englisch: adjust. Ich musste mich immer an das Neue anpassen und versuchen, das Problem irgendwie zu bewältigen." Und tatsächlich gab es rasch eine Lösung: „Ich hatte damals schon ein Angebot vom Guardian", erzählt Weiss. Und so ging es nach England. Dann als Korrespondentin nach Sambia und schließlich – ungern – doch nach Deutschland, damit der Sohn nicht länger das Internat besuchen musste. In Köln, wo sie als Chefin vom Dienst in der Afrika-Redaktion der Deutschen Welle arbeitete, machte die Holocaust-Überlebende Ende der siebziger Jahre nicht nur gute Erfahrungen. Bei der Besichtigung einer schönen Altbauwohnung in der Altstadt habe ihr die Besitzerin erzählt, dass das Haus früher Juden gehört habe. „Und in der Wohnung, die mir erst so ideal für mich und meinen Sohn vorgekommen war, lebte eine Mutter mit ihrem schwer behinderten Sohn – bis sie abgeholt wurden. Da bin ich natürlich nicht eingezogen."

Mehrere Dutzend Bücher hat Ruth Weiss geschrieben, Sachbücher, Romane, es geht um Afrika, das jüdische Leben, den Holocaust. Das Buch „Meine Schwester Sara" war Prüfungslektüre in Baden-Württemberg. Als eine der wenigen noch lebenden Zeitzeugen besucht sie regelmäßig Schulklassen. In Aschaffenburg ist eine Realschule nach ihr benannt. Und doch: Nach 2015, als Merkel wirklich die Tür öffnete und Weiss dachte „Also habe ich doch recht gehabt: Es ist ein anderes Deutschland", war der neue Antisemitismus im Land ein Schock für sie. „Was verblüffend und erschreckend ist, ist, dass es Antisemitismus ohne Juden geben kann. Das muss bekämpft werden. Und zwar vor allem durch Vermittlung von historischem Wissen bis ins Detail in den Schulen."

> *„Es ist verblüffend und erschreckend, dass es Antisemitismus ohne Juden geben kann. Das muss bekämpft werden."*

Wie blickt Ruth Weiss nach bald siebzig Jahren kritischer Beobachtung auf das heutige Afrika? „Die Entwicklungshilfe hat ja nicht das gebracht, was man sich in der ersten Dekade erhofft hatte: Nämlich eine bessere politische und wirtschaftliche Lage der Afrikaner." Diese sei kompliziert, weil viele Länder nicht nur vom Westen abhängig sind, sondern verstärkt von andere Akteuren. „Das Traurige ist die Rolle Chinas. Sie bauen olympische Spielfelder, wenn nötig, oder ein neues Parlament wie jetzt in Simbabwe. Aber sie kümmern sich nicht um die Politik wie der Westen es versucht mit good governance und Menschenrechten und der Bekämpfung von Korruption", sagt Weiss. „Das hat Nachteile für Afrika und vor allem für die normalen Afrikaner, die nicht zur Elite gehören. Das ist die Mehrheit und die Lage der Mehrheit ist in vielen Ländern elend."

Gegenseitige Inspiration – was der ehemalige Bundespräsident Joachim Gauck im Vorwort zu diesem Jahrbuch den Schlüssel zur Bewältigung der Krisen nennt, ergänzt die Jüdin Ruth Weiss um einen Aspekt, den der protestantische Pfarrer sicher unterschreiben würde. „Wer Afrika verstehen will, sollte nicht nur auf die Geschichte schauen, sondern auch auf den Glauben. Die Afrikaner waren ja immer gottgläubig – und zwar schon bevor das Christentum kam." Außerdem müsse man den Afrikanerinnen und Afrikanern erlauben, ihre eigenen Schätze nicht nur selbst zu fördern, sondern ihnen dabei behilflich sein, sie auch selbst zu bearbeiten und zu nutzen. „Und wenn man sich die Bevölkerungszahlen anschaut: Im Jahr 2050 werden die Afrikaner sehr viel jünger sein als der Durchschnitt in Europa. Diese jungen Menschen brauchen Ausbildung und Arbeit. Das gibt Hoffnung." Das weiß Ruth Weiss, die mitfühlende Problemlöserin, die mit fast hundert noch dreißig Jahre in die Zukunft schaut, aus eigener Lebenserfahrung.

Sarah Elsing ist Journalistin und Autorin.

Fotos: © Ruth Weiss

← Auch mit 98 Jahren blickt Ruth Weiss klar und offen in die Zukunft

EIN MUTIGER KAMPF FÜR DIE PRESSEFREIHEIT

Rede von Dr. Uschi Eid zur Verleihung des Ehrenpreises der Deutschen Afrika Stiftung an Gwen Lister

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete des Deutschen Bundestages, sehr geehrte Frau Lister, liebe Gwen, sehr geehrte Frau Josey Mahachi,

ich freue mich, Sie heute speziell im Haus der Bundespressekonferenz zu begrüßen – ein Gebäude, das wir bewusst für diesen Abend gewählt haben, um eine ganz besondere Frau zu ehren, deren Bedeutung für die Presse und Pressefreiheit in ihrer Wahlheimat Namibia, aber auch im gesamten südlichen Afrika unumstritten ist: Gwen Lister.

Unerschrocken und unter großen persönlichen Opfern kämpfte Gwen Lister für die Unabhängigkeit der Medien und die Freiheit der Presse. Darüberhinaus möchte ich etwas anderes hervorheben – und zwar Gwen Listers Verdienste um Namibia. Entschlossen, als weiße Südafrikanerin Widerstand gegen die Apartheidpolitik zu leisten, ein System, das sie selbst als „unmenschlich" bezeichnete, zog es Gwen Lister in jungen Jahren nach Namibia, das unter südafrikanischer Verwaltung stand.

Ihren Widerstand leistete sie dabei nicht mit Waffen, sondern mit Worten. Genauer gesagt, mit unabhängigem und kritischem Journalismus: Als lange Zeit einzige Zeitung berichtete der von ihr gegründete Namibian über die Gräueltaten und Menschenrechtsverletzungen durch südafrikanische Sicherheitskräfte an der Bevölkerung und brach auch mit der Propaganda der Leitmedien, die die namibischen Befreiungskämpferinnen und -kämpfer als Terroristinnen und Terroristen darstellten.

So nahmen Gwen Lister und ihre als linke, der Party of Namibia (SWAPO) nahe stehenden Tageszeitung, auch eine zentrale Rolle im Kampf um Namibias Unabhängigkeit ein: The Namibian – eine Zeitung deren Namen Provokation und Programm war. Provokation, weil die Verwaltungsmacht Südafrika schließlich dem namibischen Staat das Existenzrecht absprach. Programm, weil sie eine vom südafrikanischen Regime unabhängige Zeitung für Namibierinnen und Namibier war, die das System der Apartheid immer wieder aufs Neue herausforderte.

Auch international wurde die Arbeit von Gwen Lister beobachtet und der Druck auf das südafrikanische Apartheidsregime erhöht. So spielte Gwen Lister auch eine

← Gwen Lister während der Verleihung des Ehrenpreises der Deutschen Afrika Stiftung

nicht zu vernachlässigende Rolle auf dem Weg zur Umsetzung der UN-Resolution 435, in der der UN-Sicherheitsrat die Verwaltung des Landes durch Südafrika als illegal einstufte und die Übergabe der Macht an das namibische Volk forderte.

Unter Beschuss in Arrandis

Als ich Namibia Mitte der achtziger Jahre als Bundestagsabgeordnete zum ersten Mal besuchte, was damals noch von Apartheid-Südafrika annektiertes Mandatsgebiet war, hatten wir das das politische Ziel, die Unabhängigkeit Namibias zu unterstützen. Es war selbstverständlich, bei Dir und der ganz jungen Redaktion des Namibian vorbeizuschauen. Erstens, um „Gleichgesinnten" einen Besuch abzustatten, aber natürlich auch um uns über die Lage informieren, denn Journalisten des Namibian wussten immer am besten Bescheid.

Einem Eurer Hinweise folgend nahm ich in Arrandis an einer Demonstration teil und lernte ich die südafrikanische Gewalt kennen, als aus den berühmt berüchtigten Casspirs (minengeschützter gepanzerter Truppentransporter mit Allradantrieb) auf uns geschossen wurde. Daran musste ich denken, als ich in deinem Buch las, dass Du Deine erste Lektion in Sachen südafrikanischer Gewalt bei einer SWAPO-Demonstration in Katutura wohl Ende der 1970er Jahre kennenlerntest. Und wir alle wissen, dass Du weiterhin dieser Gewalt und dem Terror ausgesetzt warst.

Dein Fotograf, John Liebenberg, begleitete mich auf einer meiner Reisen in den Norden. Immer gab es etwas Konspiratives zu entdecken und festzuhalten. Als ich davon hörte, dass auf ihn geschossen wurde, war ich froh, dass die Kugeln ihn nicht getroffen hatten, hat er doch einen wesentlichen Beitrag leisten können, um das Leben in Namibia unter der Apartheid zu dokumentieren.

Wichtige Dokumente, die die Gräueltaten der South African Defence Force (SADF) zeigten und die auch von Unbekannten aufgenommen wurden, erschienen trotz aller Gefahren und Anfeindungen im Namibian. Zum Beispiel das Bild mit paradierenden Casspirs, auf denen zur Abschreckung der Bevölkerung getötete SWAPO-Kämpfer auf den Rädern festgebunden waren. Das war ein richtiger Coup des Namibian, der der Welt zum ersten Mal Beweise lieferte über lang gehegte Vermutungen über solche Grausamkeiten.

Ein wichtiger Beitrag zum nationalen Gedächtnis Namibias

Natürlich standen auch Treffen mit Persönlichkeiten wie Dan Tjongarero, Nico Bessinger, Ya Toivo, Nora Schimming-Chase, oder auch Nathaniel Maxulili und Ben Ulenga auf unserem Reiseprogramm in Namibia. Und selbstverständlich trafen wir auch deutschsprachige Namibier wie Anton Lubowski, Henning Melber, Hartmut Ruppel und Klaus Dirks.

> *„Der Namibian lieferte erstmals Beweise über die Grausamkeiten der SADF."*

Ulli und Annalen Eins von der Interessengemeinschaft Deutschsprachiger Südwester sowie Peter Koep vom National Peace Plan 435 gehörten ebenso zu den Kontaktpersonen – ich nenne sie hier, weil sie alle in jener Zeit eine wichtige Rolle spielten und ihren Beitrag zur Unabhängigkeit Namibias auf ihre Weise geleistet haben. Du hast vielen von Ihnen in deinem Buch ein Denkmal gesetzt, und das ist – neben Deinen Leistungen als Verteidigerin der Pressefreiheit ein wichtiger Beitrag zum nationalen Gedächtnis Namibias.

Das Wertvolle an Deinem Buch ist darüber hinaus, dass Du auch sensible ungeklärte Fragen der namibischen Innenpolitik nicht aussparst. Es war gut das noch einmal nachzulesen und daran erinnert zu werden, war ich doch selbst zwar zu Gast in Windhoek, jedoch als Bundestagsabgeordnete und Aktivistin bei einigen der beschriebenen Sachverhalte beteiligt.

Du warst diejenige, die den besorgten Stimmen deutscher Solidaritätsgruppen und Unterstützer der namibischen Unabhängigkeit im Hinblick auf die Gefangenen in den SWAPO-Lagen in Südangola eine Plattform gegeben hat. Andere, selbst der UN-Sondergesandte, wollte davon nichts wissen. Für diesen Mut in der damaligen durchaus prekären Situation, haben wir Dich sehr bewundert.

Die unterlassene Anerkennung des Völkermords ist unverzeihlich

Fragen, die das deutsch-namibische Verhältnis betrifft, hast Du in Deinem Buch nicht dargelegt. Das hast Du wohlweislich, zwar unausgesprochen, an uns delegiert. Und ich kann auch heute Abend hierzu nicht schweigen. Die unmittelbar nach der Unabhängigkeit Namibias unterlassene Anerkennung des Völkermords an den Herero und Nama ist unverzeihlich. Die hier durch hervorgerufenen Wunden sind schwer zu heilen. Trotzdem hoffe ich, dass sowohl auf der Seite Namibias als auch auf Seiten der Bundesregierung sehr bald eine für alle akzeptable Form der Versöhnung gefunden wird.

Liebe Gwen, Dir danke ich für Deine großartige Lebensleistung, Deinen Beitrag zur Unabhängigkeit eines der letzten fremdbesetzten Länder in Afrika, Deinen unerschütterlichen Glauben an die Rechtsstaatlichkeit und Deinen lebensmutigen Einsatz für die Meinungs- und Pressefreiheit.

Du hast alle meine Hochachtung.

Foto: © Stefanie Duckstein

Pressefreiheit als Investition in die Zukunft

Gwen Lister

Demokratie und Medienfreiheit im südlichen Afrika sind – wie im Rest der Welt – in ständigem Wandel begriffen und meist bedeutet diese Fragilität, dass die negativen Veränderungen die erfreulichen überschatten. Von einem positiveren Umfeld in meinem Heimatland Namibia, das von *Reporter ohne Grenzen* als eines der freiesten Länder Afrikas angesehen wird, bis hin zu Malawi, Angola und Simbabwe, wo Journalistinnen und Journalisten weiterhin durch repressive Bedingungen bedroht sind, ist dieser Lebensnerv der Demokratie immer in Gefahr.

Seit den Achtzigerjahren, als Südafrika und das damalige Südwestafrika noch fest im Griff der Apartheidsregierung waren und sich im Krieg mit den Befreiungsbewegungen auf dem Subkontinent befanden, hat sich viel getan. Weiter entfernt prägten autoritäre Einparteienstaaten das Gesicht Afrikas. Seitdem hat es zwar Fortschritte gegeben, doch allzu oft zog ein Schritt vor und zwei zurück nach sich. Bis heute bleibt der Traum von einem wirklich demokratischen südlichen Afrika schlimmstenfalls ein Albtraum und bestenfalls eine mythische Vision.

Wenn wir uns um die Zukunft des Journalismus und seine zentrale Rolle in der Demokratie sorgen, müssen wir Mittel und Wege zu finden, das öffentliche Interesse daran aufrechtzuerhalten, Desinformationen entgegenzuwirken und die Bürger weiterhin mit guten Informationen zu versorgen. Der Lakmus-Test wird sein, das Vertrauen des Publikums wiederzugewinnen. Es geht darum, das Bewusstsein dafür zu schärfen, dass guter, unabhängiger und investigativer Journalismus in dieser heftig gespaltenen und turbulenten Welt notwendiger ist als je zuvor.

Vielleicht noch beunruhigender als die neuen Drohungen der Regierungen ist das Bild, das das Meinungsforschungsinstitut Afrobarometer zeichnet. Er zeigt, dass den Menschen auf dem afrikanischen Kontinent die Pressefreiheit heute weit weniger wichtig ist als noch vor zehn Jahren. Es muss noch viel getan werden – auch von den Journalisten selbst – um diesen negativen Trend umzukehren.

> *„Guter Journalismus ist eine solide Investition, die allen zugute kommt."*

Es gibt keine Demokratie ohne Pressefreiheit. Und wie Mandela sagte: „Nur eine freie Presse kann der wachsame Wächter des öffentlichen Interesses gegen die Versuchung der Machthaber sein, diese Macht zu missbrauchen." Die Welt wird nicht sicherer für die Demokratie, um Woodrow Wilson zu paraphrasieren. Stattdessen ist das Gegenteil der Fall: Die Wahrheit wird an vielen Fronten angegriffen. Die globale Nachrichtenmedienindustrie ist in einer Zeit bedroht, in der der Zugang zu vertrauenswürdigem, unabhängigem Journalismus für viele eine Frage von Leben und Tod ist.

Viele Menschen stehen den Medien nach wie vor sehr skeptisch gegenüber. Eine Reihe von Vorwürfen, die von Voreingenommenheit und Desinformation bis hin zu schlampiger, sensationslüsterner und oft gedankenloser Berichterstattung reichen, sind leider in vielerlei Hinsicht zutreffend.

Während es also dringend notwendig ist, die Standards der Berichterstattung weltweit anzuheben, ist es wichtig, dass wir zwischen Medien als einem allumfassenden Begriff – einschließlich der sozialen Medien und der Vielzahl von Falschmeldungen, die sich online, in Printmedien und im Rundfunk verbreiten – und professionellem, „gutem" Journalismus für das öffentliche Wohl unterscheiden. Letzterer braucht heute mehr denn je Unterstützung, denn, wie ein Kollege sagte, sei guter Journalismus eine solide Investition, die allen zugute komme.

Die russische Invasion in der Ukraine hat uns deutlich vor Augen geführt, dass dringend Maßnahmen zur Rettung der unabhängigen Presse ergriffen werden müssen. Doch während sich der Fokus unweigerlich auf die Ukraine verlagert hat, ignorieren wir andere Teile der Welt, in denen guter Journalismus ebenso bedroht ist. Das Ziel der Demokratie ist ohne einen lebendigen, freien und unabhängigen Mediensektor weder möglich noch realisierbar.

Das energische und konsequente Engagement der Medien in Namibia hat dazu beigetragen, dass wir in einem der freiesten Länder des afrikanischen Kontinents leben. Die Bürgerinnen und Bürger profitieren davon, wenn sich die freie Meinungsäußerung und die Pressefreiheit entfalten können und die Information als öffentliches Gut geschätzt wird. Aber auch unsere Freiheiten und unsere Demokratie bleiben zerbrechlich und verletzlich und müssen jederzeit bewacht und geschützt werden, um ihre Aushöhlung zu verhindern.

Die Rettung des kränkelnden Mediensektors

Es gibt kein Patentrezept zur Rettung des kränkelnden Mediensektors, aber es ist völlig klar, dass alle Versuche, den Journalismus zu retten, ohne öffentliche Unterstützung und Anerkennung seiner unverzichtbaren Rolle scheitern werden. Mit der Einrichtung verschiedener internationaler Fonds wird versucht, den guten Journalismus weltweit, aber auch im globalen Süden, zu retten. Auch in Namibia ist die Stiftung des Namibia Media Trust, des Herausgebers der Zeitung The Namibian, dabei, eine Finanzierungskampagne zu starten, um professionellem Journalismus auf unserem Kontinent eine lebensfähige Zukunft zu sichern.

Doch das allein wird nicht ausreichen. Die Regierungen, deren Aufgabe in erster Linie darin besteht, ein Umfeld zu schaffen, in dem Freiheiten gedeihen können und nicht behindert werden, müssen mehr als nur Lippenbekenntnisse abgeben. Sie müssen die Pressefreiheit auch dann verteidigen, wenn Politiker von denjenigen kritisiert werden, die weder Schoßhündchen noch Kampfhunde sein sollten, sondern wahre Wächter über das öffentliche Interesse.

> *„Journalistinnen und Journalisten müssen zugunsten der Wahrheit voreingenommen sein – zugunsten der Demokratie selbst."*

Den Worten Richard Stengels zufolge sollten Journalistinnen und Journalisten überparteilich sein, können aber nicht neutral sein. Sie müssen zugunsten der Wahrheit und der Fakten voreingenommen sein. Voreingenommen zugunsten der Demokratie selbst. „Wir schützen die Presse, damit die Presse die Demokratie schützen kann." Und es kann keine bessere Investition in die Demokratie geben als die Sicherung der Zukunft eines guten Journalismus, um eine bessere Zukunft für die Menschen und unseren Planeten zu schaffen.

Gwen Lister ist eine namibische Journalistin, Verlegerin, Apartheidsgegnerin und Aktivistin für Pressefreiheit.

Dieser Text ist eine gekürzte Version eines Vortrags, den die Autorin am 31. Mai 2022 im Club la Redoute in Bonn hielt.

Foto: © Stefanie Duckstein

Namibia auf einen Blick

Bevölkerung 2021: 2,6 Millionen
Bevölkerungswachstum 2021: 1,8 %
Fläche: 824.268 km²
Hauptstadt: Windhuk, 450.000 Einwohner
Durchschnittliche Lebenserwartung 2020: 64 Jahre
Bruttoinlandsprodukt 2021: $ 12,24 Milliarden
Bruttoinlandsprodukt pro Kopf 2021: $ 4.729
Staatsform: Präsidialdemokratie

Quellen: Weltbank, Statista

← Freier Zugang und freie Berichterstattung: Dafür kämpfte Gwen Lister ihr Leben lang

Afrikas Quälgeist für Frieden und Versöhnung

Ein Nachruf auf Erzbischof Desmond Tutu

Dr. Volker Faigle

Ohne Zweifel zählt der Friedensnobelpreisträger und ehemalige anglikanische Erzbischof von Kapstadt zu den gegenwärtig weltweit bekanntesten religiösen Persönlichkeiten. Oft genannt in einem Atemzug mit Mutter Teresa oder dem Dalai Lama.

Eigentlich wollte er Arzt werden. Da seine Familie sich jedoch diese Ausbildung nicht leisten konnte, wurde er wie sein Vater Lehrer. Durch seine Lehrtätigkeit wurde ihm zum ersten Mal bewusst, wie sehr die Mehrheitsbevölkerung Südafrikas der Willkür der damaligen weißen Minderheitsregierung ausgesetzt war. Er wollte kein Teil eines Erziehungssystems sein, das bewusst alle Schwarzen erheblich diskriminiert. Deshalb gab er seinen Lehrerberuf auf und begann eine theologische Ausbildung an einer anglikanischen Hochschule in Südafrika und wurde Priester. In London erwarb er am renommierten King's College den Master in Theologie. Zurück in Südafrika nahm er auch als Dekan der anglikanischen St. Mary's Kathedrale in Johannesburg verstärkt rassistische Erfahrungen wahr. Diese trugen wesentlich zu seinem Entschluss bei, sich dem Kampf gegen das Unrechtssystem in seinem Heimatland anzuschließen.

Als Bischof von Lesotho, Generalsekretär des Südafrikanischen Kirchenrates, Bischof von Johannesburg und schließlich als Erzbischof von Kapstadt wies er unermüdlich auf die menschenverachtende Situation der schwarzen und farbigen Bevölkerung hin. Trotz persönlicher Anfeindungen und Gefahr für Leib und Leben spießte er in scharfformulierten und kompromisslosen Angriffen diejenigen auf, die er für das Leid der Apartheid verantwortlich machte.

Tutu wurde mehr und mehr zum „Interimsführer" während der Zeit, als führende südafrikanische Befreiungskämpfer für Jahrzehnte inhaftiert oder im Exil waren. Es gelang ihm zunehmend, das weltweite Interesse auf die innenpolitische Lage in Südafrika zu lenken. Auch in Deutschland warb er durch zahlreiche Besuche bei Kirchenvertretern und Politikern, auf Kirchentagen und Akademieveranstaltungen um Solidarität im Kampf gegen die Apartheid. Durch die Vergabe des Friedensnobelpreises 1984 konnte sich schließlich auch der südafrikanische Staatsapparat nicht mehr der öffentlichen Präsenz Tutus entziehen. Sein unerschütterlicher Glaube an einen gewaltlosen Wandel stand im Mittelpunkt vieler seiner Predigten und Ansprachen. Gerne benutzte er die Metapher vom Regenbogen. Die Schönheit des Zusammenspiels der verschiedenen Farben war für ihn Symbol für eine aus allen Bevölkerungsschichten geprägten versöhnten Gesellschaft. Er prägte den Begriff von der Regenbogennation Südafrika.

Desmond Tutu war ein enger Vertrauter Nelson Mandelas, den er im Gefängnis auf Robben Island besuchen und mit dem er, wenn auch unter Schwierigkeiten, korrespondieren konnte. Nach den ersten demokratischen Wahlen für alle Südafrikaner und der gesetzlichen Abschaffung der Apartheidpolitik wurde er gebeten, den Vorsitz der Wahrheits- und Versöhnungskommission zu übernehmen. Im Blick auf die Abscheulichkeiten der Vergangenheit wurde eine Pauschal-Amnestie abgelehnt. Stattdessen machte man die Gewährung von Amnestie ausschließlich von der persönlichen Meldebereitschaft und der vollständigen Enthüllung der Verbrechen und Menschenrechtsverletzungen abhängig. Vorherrschend war das Bedürfnis nach Verständnis und nicht nach Rache, ein Bedürfnis nach Entschädigung und nicht nach Vergeltung.

Der protestantische Geistliche kritisierte auch im „neuen Südafrika" die regierende Mehrheitspartei, den Afrikanischen Nationalkongress (ANC) und wurde zum weltweit beachteten Leuchtfeuer für die Würde des Menschen. Der ruhige Lebensstil, den er nach der Freilassung Mandelas angestrebt hatte, blieb ihm versagt. Die in seinen Augen zunehmend schlechte Regierungsführung seines Landes kommentierte er öffentlich mit dem Hinweis, bei der nächsten Wahl den ANC nicht mehr wählen zu können. Er begründete dies damit, dass der ANC zwar sehr gut im Kampf gegen die Unterdrückung gewesen sei. Allerdings hätten die Freiheitskämpfer das Regieren wohl noch nicht gelernt. Als Hauptprobleme nannte er Kor-

ruption und fehlende Verantwortung der Regierung für das Gemeinwohl.

Nach seiner Wahl zum Präsidenten der Gesamtafrikanischen Kirchenkonferenz (Nairobi) machte er sich zur Aufgabe, alle diejenigen Länder Afrikas zu besuchen, deren Menschen von diktatorischen Herrschern unterdrückt wurden. In Mobutus Zaire, Mengistus Äthiopien, Bashirs Sudan und anderen Staaten predigte er vor Menschenmengen und verurteilte schonungslos konkrete Menschenrechtsverletzungen. Den Präsidenten von Simbabwe, Robert Mugabe, forderte er auf, sein Amt niederzulegen. Er bezichtigte ihn der Menschenrechts verbrechen und zeigte sich enttäuscht vom politischen Taktieren der südafrikanischen ANC-Führung gegenüber Simbabwe.

Scharf ging er auch mit dem US-Präsident George W. Busch und dem britischen Premierminister Tony Blair ins Gericht. Gegen beide forderte er einen Strafprozess vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag, da sie den Irakkrieg mit der Lüge vom Vorhandensein von Massenvernichtungswaffen im Irak begründet hätten. Ein weiteres Minenfeld, auf das er sich begab, war das Verhältnis zwischen Israel und Palästina. Seine Besuche im Heiligen Lande hätten ihn an die Apartheidszeit erinnert.

Der gemeinsame Faktor der Desmond Tutus Wirken zugrunde lag, war sein tief verwurzelter Glaube und dessen Auswirkungen darauf, wie Menschen behandelt werden sollten. Sein Eintreten gegen jegliche Diskriminierung galt allen Menschen, gleich welcher Rasse, Religion oder Geschlechts. Als erster Bischof unterstützte er die Ehe für homosexuelle Paare in Südafrika.

Desmond Tutu (7.10.1931-26.512.2021)

Eines seiner Markenzeichen war sein unerschütterlicher und schelmischer Sinn für Humor, den er bei dem Versuch Gewalt zu entschärfen mit ernsthafter Wirkung einsetzte. Schallendes Gelächter und Weinen waren bei ihm nur durch eine dünne Linie getrennt. Er weinte fast so leicht wie er lachte – besonders, wenn er Zeuge des Leidens Unschuldiger wurde.

Zu den vielen Auszeichnungen, die er weltweit erhielt, zählen das Großkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland und Ehrendoktorwürden der Ruhr-Universität Bochum und der Kirchlichen Hochschule Berlin. Im Jahre 2007 wurde er für internationale Verständigung und Versöhnung mit dem Marion Dönhoff Preis ausgezeichnet.

Desmond Tutu starb im Dezember 2021 im Alter von 90 Jahren.

Dr. Volker Faigle ist Mitglied im Vorstand der Deutschen Afrika Stiftung. Er war 13 Jahre Afrika-Referent der EKD und zehn Jahre Theologischer Referent beim Bevollmächtigten des Rates der EKD am Sitz der Bundesregierung und der Europäischen Union. Gleichzeitig ist er ehrenamtlicher Sudan- und Südsudan-Beauftragter des Rates der EKD.

Foto: © The Argus, Kapstadt

Engagiert im Gespräch: Togos verstorbener Premier Yawovi Agboyibo (31.12.1943-30.5.2020) bei einer Veranstaltung der Konrad Adenauer Stiftung in Berlin

Ein Repräsentant der Hoffnung Afrikas

Ein Nachruf auf Premier Yawovi Agboyibo

Prof. Dr. Karl-Heinz Hornhues

Es war ein demonstrativ politischer Besuch, den ich Maître Yawovi Agboyibo am 5. Januar 2001 in seiner Heimat Togo abstattete. Dass ich als offizieller Vertreter des Deutschen Bundestages nach meiner Ankunft in der Hauptstadt Lomé nicht zuerst Präsident Eyadema aufsuchte, würde Konsequenzen haben.

Schließlich stand Akboyibo mit Präsident Eyadema im Dauerringen um Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Er hatte einer der ersten demokratischen Parteien in Togo gegründet, war Generalsekretär der westafrikanischen Anwaltsvereinigung und gleichzeitig Leiter der nationalen Kommission für Menschenrechte. Für sein unerschrockenes Eintreten für Demokratie und Bürgerrechte hatte ihn die Deutsche Afrika Stiftung, deren Präsident ich damals war, mit dem Deutschen Afrika-Preis ausgezeichnet. „Wenn Sie vorher zu Akboyibo gehen, können Sie sich einen Termin bei Präsident Eyadema aber abschminken", warnten mich die deutschen Diplomaten vor Ort. Aber ob der togoische Präsident nun verärgert war, war für mich zweitrangig. Zumal ich ihn erst wenige Wochen zuvor in Berlin getroffen hatte.

Als ich Akboyibo schließlich traf, schien er stark gealtert. Seit jener Verleihung 1993 durch Bundespräsident Richard von Weizsäcker war einige Zeit vergangen, aber auch

die Jahre der machtvolle Gegnerschaft des Autokraten Eyadema waren nicht ohne Spuren geblieben. Dennoch erlebte ich ihn als einen unverdrossen für seine Ziele kämpfenden Preisträger, als einen „Repräsentanten der Hoffnung Afrikas", wie der Bundespräsident es bei der Preisverleihung formuliert hatte. Aktuell forderte er wieder einmal kompromisslos die Durchführung von wirklich freie Parlamentswahlen, bei denen der Sieger (Eyadema und seine Partei) nicht praktisch vorher feststand. Um Akboyibos Forderungen nach Demokratie in Togo Nachdruck zu verleihen, hatte die EU, wesentlich von Frankreich und Deutschland veranlasst, Sanktionen gegen Togo verhängt.

Zum Erstaunen der Botschaftsmitarbeiterinnen und Botschaftsmitarbeiter empfing mich Eyadema übrigens nur wenige Stunden nach dem Treffen mit Akboyibo. Nach dem „staatsmännischen" Teil unserer Unterhaltung ging es um Akboyibo. Ich solle doch auf ihn einwirken, sich mit seiner Partei an den Wahlen zu beteiligen – zu Eyademas Bedingungen natürlich. Er habe ihm doch schon Regierungsbeteiligung angeboten, erst drei, zuletzt sechs Ministerposten. Immer käme von Akboyibo ein „Nein". „Sie haben doch gute Kontakte zu ihm, er steht ja halbwegs unter ihrem Schutz. Was will er denn eigentlich", fragte mich der Präsident. „Ich glaube, Ihren Stuhl," antwortete ich. Aber nur wenn die Wahlen frei, gleich und geheim seien und einen Machtwechsel zum Ergebnis haben könnten.

Immer wieder wurde Akboyibo verhaftet und erfuhr wie seine Anhänger körperliche Gewalt. Die Deutsche Afrika Stiftung versuchte seine Bemühungen zu unterstützen und ihm in die Freiheit zu helfen, wenn die Gefängnistore sich erneut hinter ihm geschlossen hatten. Dass er trotz dieser negativen Erfahrungen weiterhin zum Dialog mit den Machthabern bereit war, brachte ihm auch reichlich Kritik von anderen Gegnern Eyademas und später dessen Sohn ein. Aber er war zutiefst überzeugt, dass es keine sinnvolle Opposition sei, sich dem Dialog mit der Regierung zu verweigern.

Jahre später sollte sich für Akboyibo doch noch etwas von seinem Traum erfüllen. Nach wiederholt von Betrugsvorwürfen und Gewalt überschatteten Präsidentschaftswahlen wurde er 2006 zum Präsidenten des „Intertogoischen Dialogs" gewählt und schließlich zum Ministerpräsidenten berufen, um wirklich freier Parlamentswahlen vorzubereiten und durchzuführen. Diese fanden im Oktober 2007 tatsächlich statt. Allerdings war dies nur ein zeitlich begrenzter Erfolg. Als Akboyibo im Jahr 2020 starb, herrschte in Togo noch immer Westafrikas letzte Langzeitherrscherfamilie. Dennoch können Akboyibos Verdienste um die demokratische Entwicklung seines Landes nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Prof. Dr. Karl-Heinz Hornhues (CDU) ist Ehrenpräsident der Deutschen Afrika Stiftung. Von 1972 bis 2002 war er durchgängig Mitglied des Deutschen Bundestages und viele Jahre Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses.

Fotos: © picture-alliance | dpa
Klaus-Dietmar Gabbert und Karl-Heinz Hornhues

Bundespräsident Richard von Weizäcker verlieh Akboyibo 1993 den ersten Deutschen Afrikapreis. Rechts von beiden Akboyibos Frau, links Karl-Heinz Hornhues →

Die Deutsche Afrika Stiftung (DAS) ist eine überparteiliche Stiftung, die sich für die erfolgreiche Umsetzung der afrikapolitischen Leitlinien der deutschen Bundesregierung einsetzt. Als Vermittlerin bietet sie eine Plattform für den partnerschaftlichen Austausch zwischen deutschen und afrikanischen Akteurinnen und Akteuren und stärkt so die Zusammenarbeit mit den Staaten und Institutionen unseres Nachbarkontinents. Hierbei konzentriert sie sich insbesondere auf die Arbeit im parlamentarischen Raum. Im Rahmen von Fachgesprächen, parlamentarischen Frühstücken und Podiumsdiskussionen bringt sie Mitglieder des Deutschen Bundestags, Fachministerien und sonstige politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger aus Deutschland und Afrika zusammen. Gleichzeitig setzt sie sich für die stärkere Einbindung der Vertreterinnen und Vertreter afrikanischer Botschaften sowie der afrikanischen Diaspora im deutschen politischen Raum ein. Eine ihrer Kernaufgaben ist zudem die Vermittlung eines differenzierten Afrikabildes im politischen Raum und der deutschen Öffentlichkeit. Seit 2015 wird die Stiftung von Dr. Uschi Eid, Parlamentarische Staatssekretärin a.D. und ehemalige G8-Afrikabeauftragte von Kanzler Schröder, geleitet.

Vorstand

Dr. Uschi Eid | Präsidentin
Prof. Dr. Karl-Heinz Hornhues | Ehrenpräsident
Alois Karl | Vizepräsident
Christoph Matschie | Vizepräsident
Dieter Härthe | Schatzmeister
Klaus A. Hess | Justiziar
Dr. Karamba Diaby, MdB | Beisitzer
Dr. Volker Faigle | Beisitzer
Dr. Christoph Hoffmann, MdB | Beisitzer
Volkmar Klein, MdB | Beisitzer
Andreas Lämmel | Beisitzer
Sabine Odhiambo | Beisitzerin
Heiko Schwiderowski | Beisitzer
Kordula Schulz-Asche, MdB | Beisitzerin
Dr. Wolfgang Stefinger, MdB | Beisitzer
Gabi Weber | Beisitzerin

Kuratorium

Dr. phil. Prinz Asfa-Wossen Asserate | Vorsitzender
Prof. Dr. em. Robert Kappel | Mitglied
Egon Kochanke | Mitglied
Robert von Lucius | Mitglied
Dr. Stefan Mair | Mitglied
Dr. Michael Rabbow | Mitglied
Marina Schuster | Mitglied
Dr. Johannes Singhammer | Mitglied
Dr. Dr. h. c. Peter Spary | Mitglied
Bruno Wenn | Mitglied

Team

Sabine Odhiambo | Generalsekretärin
E-Mail: odhiambo@deutsche-afrika-stiftung.de
Silke Degen | Wissenschaftliche Referentin
E-Mail: degen@deutsche-afrika-stiftung.de
Larissa Pflüger | Wissenschaftliche Referentin
E-Mail: pflueger@deutsche-afrika-stiftung.de
Svenja Schindelwig | Wissenschaftliche Referentin
E-Mail: schindelwig@deutsche-afrika-stiftung.de
Doreen Brüggemann | Fremdsprachenassistentin
E-Mail: brueggemann@deutsche-afrika-stiftung.de

Geschäftsstelle

Deutsche Afrika Stiftung e.V.
Ziegelstraße 30
10117 Berlin
Deutschland

Telefon: +49 30 28 09 47 27
E-Mail: info@deutsche-afrika-stiftung.de

Impressum

Deutsche Afrika Stiftung
Herausgeber | V.i.S.d.P.:
Sabine Odhiambo, Generalsekretärin

Deutsche Afrika Stiftung e.V.
Geschäftsstelle
Ziegelstraße 30
10117 Berlin
Deutschland
Telefon: +49 30 28 09 47 27
E-Mail: info@deutsche-afrika-stiftung.de
www.deutsche-afrika-stiftung.de

Redaktion
Sarah Elsing
Silke Degen

Gestaltung
Leonard Hertel

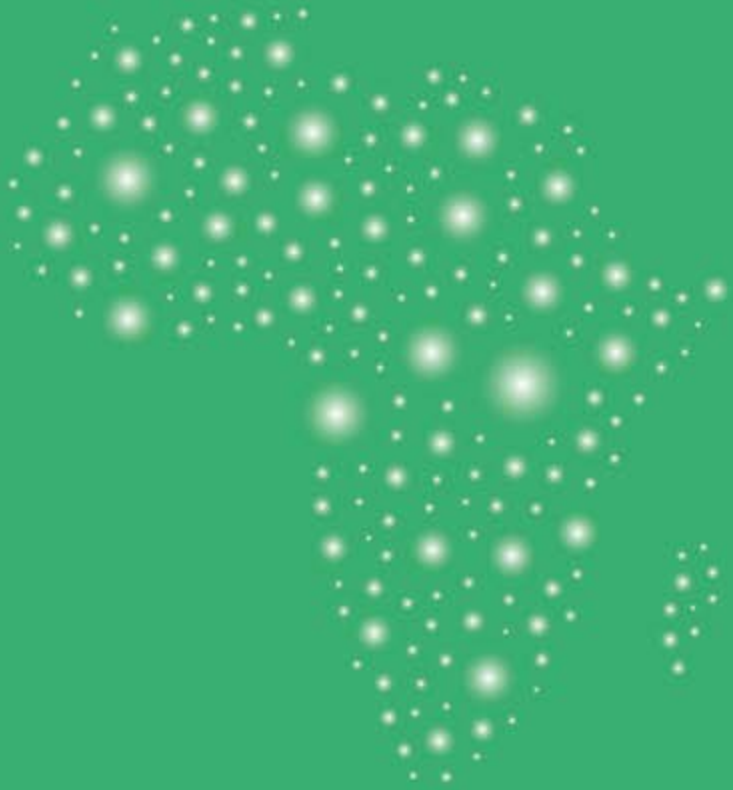
Lektorat
Sarah Elsing

Beitragende
Dr. Olumide Abimbola, Dr. Foneth Akum,
Alhaji Allie Bangura, S.E. Lazarus Chakwera, Dr. Douada Cissé,
Koen Doens, Dr. Uschi Eid, Sarah Elsing, Dr. Volker Faigle,
Dr. Martin Frank, Joachim Gauck, Prof. Dr. Tobias Heidland,
Dr. Christoph Hoffmann, Prof. Dr. Karl-Heinz Hornhues,
Katja Keul, S.E. Mohamed Mahmoud Ould Brahim Khlil,
Prof. Dr. Host Köhler, Gwen Lister, I.E. Mmasegkoa Masire-Mwamba, Dr. Melanie Müller, S.E. Dr. Cheikh Tidiane Sall,
Claus Stäcker, Prof. Dr. Rainer Thiele

Bildnachweise:
Titel: © iStock
S. 3, 14-15: © Christian Kruppa
S. 4, 23-27: © Frederic Schweizer
S. 4, 10: © Bündnis 90/Die Grünen, Kaminski
S. 5, 68: Stefanie Duckstein
S. 5, 50-52: © Jens Schicke
S. 6: © J. Denzel/S. Kugler
S. 9, 12, 20, 29, 33-34, 43, 47,
56, 58, 60, 62, 71, 74: © picture alliance
S. 17: © Allie Dustin Jobst
S. 18: © Deutsche Botschaft – Rabat
S. 28: © EHRC's audio visual team Getachew Asnakew
S. 55: © iStock
S. 64: © Peter Duminy
S. 65-67: © Ruth Weiss
S. 73: © The Argus
S. 75: © dpa Klaus-Dietmar Gabbert und
Karl-Heinz Hornhues

Das Jahrbuch der Deutschen Afrika Stiftung unterliegt dem deutschen Urheberrecht. Der Nachdruck, auch auszugsweise, sowie Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und jede Art der Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtes bedarf der schriftlichen Zustimmung des jeweiligen Autoren bzw. der Deutschen Afrika Stiftung. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren wieder. Diese muss nicht mit der Auffassung der Deutschen Afrika Stiftung übereinstimmen. Das Jahrbuch enthält Links zu externen Webseiten Dritter, auf deren Inhalte wir keinen Einfluss haben. Für die Inhalte der verlinkten Seiten ist der jeweilige Anbieter oder Betreiber der Seiten verantwortlich.

Gefördert durch:

Auswärtiges Amt

aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages